Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1966.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 5 | Dresden, Freitag den 6. Januar 1922 | 33. Jahrg.

Das Projekt Lloyd Georges

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Die Grundlage der gestrigen unverbindlichen Vorbesprechungen zwischen den Delegierten in Cannes war der Vorschlag Lloyd Georges zur Reparationsfrage. England ist der Ansicht, daß Deutschland nicht in der Lage ist, die Beträge, die im Januar und Februar fällig sind, voll zu bezahlen und deshalb eine Stundung beschlossen werden muß. Diese Stundung soll dadurch zum Ausdruck kommen, daß Deutschland im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen an die Entente aushändigt, zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen von jetzt an bis zum 15. April. Die Hälfte dieses Betrages soll nach den Plänen Lloyd Georges an Belgien fallen. England würde nahezu auf den ganzen Betrag von 500 Millionen verzichten, welche ihm zustehen, und sich mit 60 bis 80 Millionen zufrieden geben.

Italien, dem 180 Millionen zustehen, müßte nach dem Plane Englands gleichfalls große Opfer bringen. Das Abkommen Loucheur-Rathenau soll von England sofort angenommen und für die erste Periode von drei Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachlieferungen im Werte von mehr als 1250 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen für 1923 und 1924 verlangt. Das Finanzabkommen vom 13. August würde zu Frankreichs Gunsten geändert, besonders in der Abschätzung der Saargruben, deren Wert erst später durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt würde.

Dieses Projekt Lloyd Georges soll sich ausschließlich auf die Zahlungsverpflichtungen im Jahre 1922 beziehen. Naturgemäß sind an diese Zugeständnisse weitgehende Bedingungen geknüpft, die vor allen Dingen eine Sanierung des deutschen Finanzwesens verlangen. Desgleichen besteht der englische Plan auf eine Kontrolle der Reichsbank, eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife sowie die Besteuerung der deutschen Kohle, die künftig zum Weltmarktpreis verkauft werden soll.

Merwilius

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Der schwerkranke Ministerialdirektor im Reichsschatzamt Geheimrat Kautsch hat die Erklärung abgegeben, es sei ganz ausgeschlossen, daß ihm brieflich oder telephonisch die schweren Beschuldigungen zugegangen seien. Ebenso wenig habe er eine bereits vereinbarte Besprechung mit dem Urheber des Briefes oder des Telephongesprächs wieder abbestellt. Das Reichsschatzministerium erklärt weiter, daß es bei den strengen Grundsätzen in der Abteilung 3 ganz undenkbar sei, daß eine solche Beschuldigung, wenn sie einlaufe, nicht mit aller Energie weiter verfolgt würde. Die Ermittlungen nach den behaupteten unterirdischen Zusammenhängen sind sehr schwierig, weil seinerzeit bis zu 10 000 Personen von dieser Abteilung (Reichsverwertungsamt) beschäftigt worden waren und die Verbindung mit diesen Leuten erst wieder gesucht werden müsse.

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Die Behauptung der Roten Fahne, daß gegen den Staatskommissar Weißmann und dessen Mitarbeiter Schwarz ein Disziplinarverfahren schwebe, wird amtlich als vollkommen unwahr bezeichnet. Es könne sich höchstens um Klatschgeschichten handeln, die schon vor einem Jahre auftauchten.

Parlamentarische Besprechungen über die Steuerfragen

Eigene Drahtmeldung

rs. **Berlin, 6. Januar.** Die Besprechungen, die der Reichskanzler mit den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten in den letzten Tagen über die Steuerfragen geführt hat, werden fortgesetzt, und es wird morgen nachmittag eine neuerliche Beratung abgehalten werden. Gestern hat der Reichsfinanzminister Dr. Hermes eine Besprechung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen gehabt. Bisher sind die Bemühungen für eine möglichst große Mehrheit für die Steuervorlagen noch nicht erfolgreich gewesen. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Vermögenssteuer. Die Demokraten sind bemüht, eine Einigung zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei herbeizuführen, auf deren Grundlage am nächsten Dienstag dann die beiden Steuerausschüsse ihre gemeinsamen Beratungen aufnehmen könnten.

Die britischen Arbeiter und die Reparationen

London, 5. Januar. Die englische Arbeiterpartei und der Exekutivausschuß der Trade Unions haben Lloyd George ein Memorandum geschickt, worin sie die Aufgabe des englischen Anteils am Reparationsguthaben sowie die Ermäßigung der Reparationsforderungen um den Betrag, den die Pensionen ausmachen, fordern. Sie fordern Abberufung der Rheinlandbesetzung, Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, in der alle hauptsächlichen Regierungen Europas vertreten sein sollen. Es solle eine internationale Anleihe aufgelegt werden für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und die Regelung der europäischen Valuten, besonders der russischen Währung. Das Memorandum fordert, daß soviel wie möglich deutsche Maschinen und Arbeitskräfte herangezogen werden sollen. Es erklärt sodann, daß die Forderung für die Bezahlung der Pensionen England einen viel größeren Anteil als Frankreich zuspricht. Wenn diese Forderung gestrichen würde, könnte Frankreich ein größerer prozentualer Anteil an der Gesamtsumme zugestanden werden.

•

Die erste Vollsitzung der Konferenz in Cannes, die heute unter dem Vorsitz von Briand abgehalten werden soll, wird sich mit der Prüfung der Programme des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues Europas befassen. Die Reparationen werden noch nicht besprochen, da die Arbeiten der Sachverständigen nicht weit genug vorgeschritten sind. Es scheint demnach, daß Lloyd George mit seiner Ansicht durchgedrungen ist, die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas an die Spitze des Programms zu setzen, weil davon die Frage der Reparationen abhängig sei, während Briand in erster Linie die Konferenz auf die Reparationsfrage festlegen wollte. Der Gegensatz in den Auffassungen der beiden Ministerpräsidenten wird von einem Italiener treffend zusammengefaßt. Briands Standpunkt sei:

„Was werden wir tun, um Deutschland zum Zahlen zu bringen", sei Briands Standpunkt, während Lloyd Georges Meinung in folgender Form wiederzugeben sei: „Was werden wir für Deutschland tun?"

Briand erstrebt vor allem ein Defensivbündnis zwischen England und Frankreich, wodurch er alle Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu beseitigen hofft. Man glaubt, daß England als Bedingungen für ein Bündnis stellen wird, daß Frankreich zu Lande teilweise und zur See vollständig abrüste und insbesondere die Unterseebootwaffe aufgibt.

Weiter glaubt man, daß Lloyd George die Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Rheinlande und die Neutralitätserklärung des Rheinlandes verlangen werde.

Einem Pressevertreter sprach sich Briand gegen ein Moratorium Deutschlands aus:

Wenn Belgien mit uns in dieser Frage gegen England zusammensteht, so kommt es zu keinem Moratorium. Der Unterredung wohnte Loucheur bei.

Belgien wird voraussichtlich, falls es auf einen Teil seiner Vorzugsforderungen verzichten soll, als Ersatz dafür Naturallieferungen verlangen, wie Lieferungen von Eisenbahnwagen sowie Eisen und Holzhäuser für den belgischen Kongo.

In Konferenzkreisen hofft man mit ziemlicher Sicherheit, daß bei einer Einigung zwischen Lloyd George und Briand über die Neuordnung Europas die Vereinigten Staaten ihre Mithilfe nicht versagen werden. Wie die Times melden, müsse Europa nach Ansicht der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes zwei Dinge ohne Zeitverlust tun. Es müsse den Streit über die deutschen Reparationen beenden und seine Landrüstungen auf das Friedensmaß herabsetzen.

Auf die Absicht, aktiv in die europäischen Angelegenheiten einzugreifen, deutet auch ein Antrag des amerikanischen Kongreßmitgliedes Britten hin, in dem Harding aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die sofortige Zurückziehung aller alliierten Truppen aus Deutschland zu beantragen. Britten erklärte, daß dadurch jährlich 125 Millionen Dollar erspart werden könnten und Deutschland in die Lage versetzt würde, diese Summe zu Reparationszahlungen zu verwenden.

•

Rathenau in französischer Beleuchtung

Paris, 6. Januar. In der Ere Nouvelle schreibt der Abgeordnete Herriot über die Verhandlungen Rathenaus in London und Paris, die ihm den Einfluß auf die englischen Finanz- und Regierungskreise gebracht haben. Die Aufgabe Loucheurs werde nicht leicht sein; hinter der englischen Regierung stehe die englische Finanz, hinter der englischen Finanz hält sich Dr. Rathenau bereit. Er ist es, der das Spiel leitet.

Paris. Dr. Rathenau hat erklärt, er werde Freitag abend nach Berlin abreisen.

•

Was Rußland braucht

London, 5. Januar. Krassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Times: Jeder Plan für eine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas müsse auf eine viel breitere Grundlage gestellt werden, als sie gegenwärtig von den Geschäftsleuten angenommen worden sei. Ein Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling sei völlig ungenügend, um den Anforderungen Rußlands zu entsprechen. Die gesamte Kreditfrage vom russischen Standpunkt aus gesehen müsse auf eine internationale Grundlage gebracht werden. Die Anforderungen Rußlands seien zu groß, als daß ihnen durch irgend eine private Gruppe entsprochen werden könne. Das erste und dringendste, was Rußland brauche, sei eine sofortige Hilfe zur Wiederherstellung seiner Landwirtschaft. Rußland müsse an das Wirtschaftsleben der Welt angeschlossen werden.

Englische Ziele

Noch immer haben die englischen Staatsmänner, die auf eine Abänderung der Reparationsbestimmungen hinarbeiten, in der Oeffentlichkeit nicht bekanntgegeben, welche Vorschläge sie für die Aenderung der deutschen Wiedergutmachungsbedingungen machen wollen. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß die Nachrichten, die über die englischen Pläne durch die Presse verbreitet werden, den Tatsachen entsprechen oder mindestens nahekommen. Im Gegensatz zu Frankreich hat England heute nur noch ein verhältnismäßig geringes Interesse daran, von Deutschland Zahlungen zu erhalten. Viel wichtiger ist den englischen Staatsmännern das Ziel, eine Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder herbeizuführen, durch die die Zerrüttung der Weltwirtschaft beseitigt wird.

Hält die große Arbeitslosigkeit an, unter der England leidet, so sind die Verluste, die dadurch dem englischen Volke entstehen, viel höher als die Summen, die England jemals aus den Reparationszahlungen Deutschlands erhalten kann. Außerdem muß die englische Regierung fürchten, daß sie in die schärfsten Konflikte mit ihrer Arbeiterschaft gerät, wenn sie sich nicht ernstlich bemüht, die Ursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not zu beseitigen. Daher ist es ohne weiteres zu glauben, daß die englischen Staatsmänner bereit sind, die deutschen Reparationsleistungen zu ermäßigen, wobei sie natürlich hoffen, Deutschland wieder in höherem Grade für die Erzeugnisse Englands und seiner Kolonien kaufkräftig zu machen. Bei der Abänderung der Reparationsbedingungen wollen sie aber vor allen Dingen auch erreichen, daß Deutschland nicht in dem Maße wie bisher auf dem Weltmarkte die englische Industrie unterbieten kann. Deshalb wollen sie an Deutschland Forderungen stellen, deren Erfüllung nach ihrer Meinung dazu führen wird, daß der deutsche Arbeiter nicht mehr so billig wie bisher arbeiten kann. Den Engländern liegt daran, daß die deutsche Valuta sich hebt oder wenigstens nicht mehr weiter sinkt. Sie sehen die Ursachen des Sinkens der deutschen Valuta in der starken Inanspruchnahme der Notenpresse durch die deutsche Regierung. Deswegen soll die deutsche Reichsbank daran gehindert werden, so wie bisher dem Deutschen Reich zur Deckung seiner Ausgaben beliebig Banknoten zur Verfügung zu stellen. Zweifellos trägt die Tatsache, daß wir immer wieder von neuem die Notenpresse in Anspruch nehmen, zur Verschlechterung unsrer Valuta bei, wobei allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, daß die Hauptursachen des schnellen Sinkens unsrer Valuta in unsrer ungünstigen Zahlungsbilanz und der fortschreitenden Zunahme unsrer ausländischen Verschuldungen zu suchen, und daß das starke Anschwellen unsrer Notenflut zum großen Teil erst wieder die Folge des Valutasturzes ist.

Soll die Notenpresse in Deutschland stillgelegt werden so ist es notwendig, daß der Haushalt Deutschlands in Ordnung gebracht wird. Nach den vorliegenden Mitteilungen verlangen die Engländer, daß Deutschland zur Ordnung seines Budgets innere Anleihen aufnimmt. Wenn tatsächlich große innere Anleihen in Deutschland zustande kämen, so hätte das zur Folge, daß ein großer Teil des Papiergeldes, das heute im Verkehr ist, dem Reiche wieder zuflösse und der Papiergeldumlauf sich stark verminderte. Wahrscheinlich wäre das Reich gezwungen, eine Zwangsanleihe auszuschreiben und die Folge wäre voraussichtlich, daß in unserm Wirtschaftsleben eine große Kapitalknappheit entstände, die nur überwunden werden könnte, wenn sich gleichzeitig unser ganzes Preisniveau senkte, so daß der Kapitalbedarf in Handel und Industrie geringer würde. Eine solche Senkung des Preisniveaus ist aber nur möglich, wenn gleichzeitig wieder die deutsche Valuta steigt und uns dadurch die aus dem Auslande eingeführten Waren verbilligt werden.

Da es der englischen Regierung vor allen Dingen darauf ankommt, daß der deutsche Arbeiter nicht mehr so billig arbeitet wie bisher, sollen die Zuschüsse abgebaut werden, die jetzt die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland vermindern. Es soll, wie es in einer Zeitungsmeldung heißt, jede Unterstützungspolitik aufhören. Was die englische Regierung im einzelnen für Forderungen stellen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Zuschüsse werden jetzt in Deutschland zur Verbilligung des Brotes noch gezahlt. Eine Aufhebung dieser Zuschüsse würde bedeuten, daß Brot überhaupt nicht mehr oder nur in ganz geringen Mengen auf Brotmarken zu verbilligtem Preise abgegeben werden könnte.

Fraglich ist es, ob die englische Regierung auch ein Aufhören der Zuschüsse zum Wohnungsbau verlangen wird. Müßte die deutsche Regierung sich mit der Bedingung einverstanden erklären, daß keine Baukostenzuschüsse mehr gegeben werden, so würden sich die Mieten in den neuen Häusern auf das 10- bis 15fache der Friedensmiete stellen, und es wäre dann nicht zu vermeiden, daß über kurz oder lang die Mieten in den alten Häusern dieselbe Höhe erreichen. Das Reich müßte dann allerdings dafür sorgen, daß diese Mietsteigerungen nicht den Hausbesitzern zugutekommen, sondern für die Allgemeinheit erfaßt werden. Aber die Mieter würden durch eine derartige Erhöhung sehr stark belastet.

Möglicherweise wird die englische Regierung auch fordern, daß jede Bezahlung von Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln aufhört. Da wir unsre Arbeitslosen nicht verhungern lassen können, so müßte dann schleunigst eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden, deren Unkosten durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter, oder bloß durch die Unternehmer gedeckt werden. Außerdem werden die Tarife von Bahn und Post so gehalten werden müssen, daß dort unter keinen Umständen Zuschüsse erforderlich sind. Kurz und gut, die englischen Forderungen haben

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220106/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

das Ziel, die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters zu verteuern und die deutschen Produktionskosten zu erhöhen.

Falls es wirklich gelingen sollte, eine Ermäßigung der Reparationsleistungen zu erreichen, so wird wahrscheinlich die deutsche Regierung die englischen Forderungen annehmen müssen, wenn sie auch für das deutsche Volk nicht leicht zu erfüllen sind.

Für die deutsche Arbeiterschaft würde nach der Annahme der englischen Bedingungen eine sehr schwere Uebergangszeit kommen. Bleibt die deutsche Valuta auf der bisherigen Höhe oder sinkt sie sogar trotz der Ermäßigung unsrer Reparationsleistungen noch, so würde sich eine starke Verteuerung der Lebenshaltung ergeben, der die Löhne nur allmählich folgen könnten. Steigt unsre Valuta jedoch, so würde dadurch zwar der Verteuerung der Lebenshaltung entgegengewirkt, dafür aber hätte die deutsche Arbeiterschaft voraussichtlich unter einer schweren Wirtschaftskrise und großer Arbeitslosigkeit zu leiden.

Für die deutsche Industrie wäre der Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht mehr so leicht, sie würde nicht mehr damit rechnen können, daß die deutschen Löhne so weit unter den ausländischen Löhnen stehen wie jetzt. Wir müßten deshalb alle Anstrengungen machen, um unsre ganze Industrie gut durchzuorganisieren, und den Wirkungsgrad der Arbeit zu erhöhen, damit wir auch trotz hohen Löhnen unsre Erzeugnisse zu verhältnismäßig billigen Preisen auf den Weltmarkt bringen können. Käme also eine Neugestaltung der Wiedergutmachungsbedingungen zustande, die den englischen Wünschen entspricht, so würde dadurch die Lage des deutschen Volkes sicher noch nicht etwa leicht werden, zumal unsre Reparationsverpflichtungen im besten Falle immer noch reichlich groß blieben. Das deutsche Volk müßte alle Kräfte anspannen, um der großen Aufgaben, vor die es gestellt wäre, Herr zu werden.

Die Förderung im Ruhrgebiet

Essen, 5. Januar. (Telunion.) Für den Monat Dezember wird die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) auf rund acht Millionen Tonnen in 24 Arbeitstagen veranschlagt. Im November 1921 betrug in 24 Arbeitstagen eine Kohlenförderung von 7,77 Millionen Tonnen und im Dezember 1920 eine solche von 8,14 Millionen Tonnen. Die arbeitstägliche Förderung im Ruhrgebiet wird für Dezember 1921 veranschlagt auf 316 000 Tonnen gegen 320 520 Tonnen im November und 324 190 Tonnen im Dezember 1920. Da die Förderung des Ruhrbeckens vom 1. Januar bis 1. November 1921 86,06 Millionen Tonnen betragen hat, so wird sich die Gesamtjahresförderung voraussichtlich auf 94 Millionen Tonnen gegen 88,26 Millionen Tonnen im Jahre 1920 belaufen. Die Zunahme der Förderung ist auf die Vermehrung der Belegschaft zurückzuführen. Die Leistung pro Mann und Schicht ist nicht gestiegen.

Die Deutschnationalen und die Frauen

Die Deutschnationalen sehen zwar die Frauen ganz gern als Wähler und sie haben deshalb auch eine Anzahl weiblicher Abgeordneter aufgestellt, die männlichen Mitglieder der Partei sind aber noch immer der früher bei den Konservativen herrschenden Anschauung, daß die Gleichberechtigung der Frau etwas höchst Verwerfliches sei. So haben die männlichen deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag wiederholt gegen Anträge gestimmt, die von den Frauen der Partei mit unterschrieben waren und die auf eine Erweiterung der Frauenrechte hingezielten. So ist das z. B. geschehen bei den Anträgen, die die Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und den juristischen Prüfungen forderten, und bei einem Antrag zur Zulassung zum Schöffen- und Geschworenendienst. Gegen die weiblichen Fraktionsgenossen wurde sogar mehrfach der Vorwurf erhoben, daß sie sich in Widerspruch mit den Grundsätzen der Partei gestellt hätten. Offenbar auf Verlangen der weiblichen Abgeordneten hat nun die Leitung der Deutschnationalen Partei ausdrücklich festgestellt, daß die weiblichen Abgeordneten sich nicht in Widerspruch zu den Parteigrundsätzen gestellt haben.

Nun führt im Deutschen Abendblatt ein Fräulein Emma Witte aus, für die Abstimmung der deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag sei doch auch die Parteileitung mitverantwortlich und sie stellt die Frage, wann sich die Parteileitung dann in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Partei befunden hätte, damals, als die Frauenanträge im Reichstag von den deutschnationalen Männern abgelehnt wurden, oder jetzt, wo konstatiert werde, daß sich die weiblichen deutschnationalen Abgeordneten nicht in Widerspruch zum Parteiprogramm gesetzt hätten?

Zwischen der Erklärung der Parteileitung und dem Verhalten der männlichen deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag klafft allerdings ein starker Widerspruch. Entweder sind die männlichen Abgeordneten mit den Parteigrundsätzen in Konflikt gekommen, oder die Parteileitung hätte den Frauen nicht ausdrücklich bescheinigen dürfen, daß sie korrekt gehandelt haben. Die Parteileitung müßte jetzt eigentlich den Männern einen Rüffel erteilen. Das wird sie natürlich nicht tun, denn die Deutschnationalen sind in allen Dingen die Anhänger der alten Konservativen und haben deshalb in Wirklichkeit auch für Frauenrechte nichts übrig. Die weiblichen Abgeordneten, die man in den Reichstag hat wählen lassen, sind eben nur eine Dekoration, die man braucht, damit man bei den Wahlen möglichst viele weibliche Stimmen bekommt.

Massenpartei oder Sekte

Karl Kautsky gehört zu den Politikern, die unter der Spaltung der Arbeiterbewegung schwer leiden und die deshalb ihre publizistische Tätigkeit auf ein Minimum eingeschränkt haben. Nur selten noch ergreift der große Theoretiker des Marxismus das Wort, und wenn es geschieht, so zu dem Zwecke, seine engeren Parteifreunde wie die gesamte Arbeiterklasse in ernsten Worten zu mahnen, zur Einsicht und Besonnenheit zurückzukehren. In einem längeren Artikel in der „Freiheit" untersucht Kautsky die Unterschiede, die eine Massenpartei, als die er die deutschen sozialistischen Parteien ansieht, von einer Sekte, als die er die Kommunistische Partei in Rußland bezeichnet, trennen. Kautsky sagt:

„Neben und vor der Marxschen Auffassung der Arbeiterpartei als Massen- und Klassenpartei finden wir eine andre, die nicht getragen ist von dem Geiste des Klassenkampfes, sondern von dem des sozialistischen Empfindens. Wo das Proletariat noch nicht genügend Selbstbewußtsein und Selbständigkeit zeigt, da treten Sozialisten auf, die die Aufgaben und Methoden der Arbeiterparteien nicht aus der ökonomischen Entwicklung und aus dem proletarischen Klassenkampf ableiten, sondern an Stelle dieses langsamen und mühsamen Verfahrens die Erfindung einer Zauberformel setzen, die dem Proletariat unfehlbar sofortige Erlösung verspricht. Im Anfang der sozialistischen Bewegung sind diese Erfinder sehr zahlreich. Jeder hat ein andres System, sammelt eine Sekte, die eine besondere Organisation bildet und jede andre proletarische Organisation bekämpft. Ihr Ergebnis ist die Spaltung des Proletariats und damit seine Ohnmacht. Marx hat daher von Anfang an die Sektiererei bekämpft, und das war einer der Hauptgründe, warum der Lassalleanismus so unsympathisch war. Er befürchtete, daß er den Anfang einer neuen Sekte darstelle."

In seinen weiteren Ausführungen betont Kautsky die Notwendigkeit, in Zukunft Meinungsverschiedenheiten, die bei großen Parteien stets vorhanden sein müssen, wenigstens im Rahmen einer einheitlichen Organisation auszutragen. Sehr beachtenswert sind die Ausführungen, die er über die Toleranz der einzelnen Richtungen gegeneinander macht und mit denen er die Breitscheidsche Auffassung stark unterstützt. Hierüber heißt es:

„Diese Zusammenfassung wäre natürlich unmöglich, wenn von der einen oder der andern Richtung der Verzicht auf ihre Ueberzeugung gefordert würde. Die Einigung könnte sich nur dann vollziehen, wenn, wie immer die jeweilige Mehrheit der neuen Gesamtpartei deren augenblickliche Praxis gestalten möge, den Gegnern wie den Anhängern der Koalitionspolitik die vollste Freiheit der Propagierung ihres Standpunktes in der Partei gewährleistet wird. Der Kampf der beiden Richtungen soll und kann nicht aufhören. Er soll nur aufhören, ein Kampf zweier getrennter Organisationen zu sein. Er soll ein Kampf zweier Richtungen innerhalb der gleichen großen Organisation um die Gewinnung der proletarischen Masse, die Eroberung der Mehrheit in der Organisation sein."

Kautsky ermahnt seine Parteifreunde zum Schluß, den Geist der Klassenpartei über den der Sekte triumphieren zu lassen. Damit sei der Weg eröffnet, der schließlich zur Einigung führen muß.

Der adlige Protokollführer

Am Potsdamer Landgericht hat sich kürzlich folgendes zugetragen:

Landgerichtsrat Westphal hatte im Dezember vorigen Jahres in einem Ehescheidungsverfahren einer Offiziersfamilie die Frau des Prinzen Eitel Friedrich auf dem Landgericht in Potsdam zu vernehmen. Der Gerichtsrat Westphal forderte seinen ständigen Protokollführer, Kanzleiassistenten Melch, auf, bei Erscheinen der Prinzessin das Zimmer zu verlassen und den Referendar Graf v. Gröben als Protokollführer zu rufen. Die Kanzleibeamten des Landgerichts beschwerten sich über diesen Vorfall beim preußischen Justizminister. Landgerichtsrat Westphal beantragte daraufhin gegen sich selbst die Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Gestern ist dem Landgerichtsrat vom Justizminister mitgeteilt worden, daß sein Verhalten gutgeheißen werde, als er statt des Subalternbeamten für die Prinzessin einen adligen Protokollführer hinzugezogen hatte und das Disziplinarverfahren deshalb gegen ihn eingestellt ist. Landgerichtsrat Westphal hat wieder den Vorsitz am Potsdamer Schöffengericht übernommen.

Wie zartfühlend doch ein deutscher Richter sein kann. Es wäre wirklich schlimm gewesen, wenn die Frau Prinzessin in Anwesenheit eines gewöhnlichen Kanzleibeamten ihre Aussagen über die delikate Ehescheidungsangelegenheit der Offiziersfamilie hätte machen müssen!

Nach den Erfahrungen, die wir mit den deutschen Richtern gemacht haben, wundern wir uns über das Verhalten des Potsdamer Richters nicht. Ein starkes Stück aber ist es, daß der preußische Justizminister es fertig gebracht hat, das Verhalten des Richters zu billigen. Es wäre die Pflicht des Ministers gewesen, dem Manne klar zu machen, daß es in der deutschen Republik vor Gericht auch in Potsdam, der ehemaligen Sommerresidenz der Hohenzollern, eine besondere Rücksichtnahme auf Prinzessinnen nicht geben darf.

Die Herbeizitierung des gräflichen Referendars als Protokollführer bedeutete eine verletzende Zurücksetzung des herausgeschickten Beamten. Wenn der Mann gut genug dazu ist, die Protokolle über die Aussagen gewöhnlicher Sterblicher aufzunehmen, so hätte er auch mit dem Protokoll über die Aussagen der Frau Prinzessin Eitel Friedrich fertig werden können.

Die Unparteilichkeit der Richter

Von der Görlitzer Volkszeitung wird uns folgendes interessante Schriftstück zur Verfügung gestellt:

Schwarzenberg, 30. Dezember 1921.

An das Amtsgericht zu Görlitz.

In hiesigen sozialistischen Kreisen hat das Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der Richter neue Nahrung dadurch erhalten, daß vom Amtsgericht Görlitz verschiedene Angehörige bürgerlicher Kreise nur mit 100 M. bzw. 200 M. Strafe verurteilt worden sind, weil sie gelegentlich des Görlitzer Parteitages der S. P. D. die vor dem Tagungsgebäude wehende rote Fahne zerrissen haben, während zwei Angehörige der S. P. D., die am Beisetzungstage der ehemaligen deutschen Kaiserin die von der Deutschen Volkspartei in Düren gehißte schwarzweißrote Fahne heruntergerissen haben, vom Amtsgericht Düren mit je 3 Monaten Gefängnis bestraft worden sind.

Der Unterzeichnete, der zugleich Stadtverordneter ist, ist gebeten worden, den Fall im Interesse des Ansehens des deutschen Richterstandes aufzuklären und evtl. eine Berichtigung in der Erzgeb. Volksstimme, dem hiesigen Organ der S. P. D., zu veranlassen, weil dort mit Rücksicht auf die erwähnten beiden Urteile die Unparteilichkeit der deutschen Richter in Frage gestellt worden ist.

Es wird deshalb um möglichst umgehende Ueberlassung der Akten auf kurze Zeit oder, falls dies nicht möglich sein sollte, um alsbaldige Mitteilung einer Urteilsabschrift gebeten.

Etwaige Kosten bittet man nachzunehmen.

Amtsgericht Schwarzenberg.

J. V.: geg. Amtsgerichtsrat Dr. (Meng? oder Maß).

Bezeichnend ist, daß man selbst in Richterkreisen eine Untersuchung für notwendig hält, also von der Unparteilichkeit selbst nicht mehr so sehr überzeugt ist. Man muß abwarten, ob das Amtsgericht in Görlitz der Bitte des Amtsgerichtsrats in Schwarzenberg nachkommen und wie die Antwort ausfallen wird.

Ausfuhrabgaben und Devisenkontrolle

Berlin, 5. Januar. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung am 4. Januar mit dem Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren. Die Berechtigung der Erhebung einer Ausfuhrabgabe in Zeiten der sinkenden Mark wurde von allen Seiten anerkannt, während die Ansichten über die Ausfuhrkontrolle auseinandergingen. Gerade darum wurde der Gesetzentwurf, der beide Gebiete trennt, einstimmig angenommen, nachdem die Regierung gegenüber Bedenken in Einzelfragen der Durchführung des Gesetzes zugesichert hatte, daß der Reichswirtschaftsrat vor Erledigung der Ausführungsbestimmungen gehört wird.

Bei der Beratung über die weiter vorliegenden beiden Gesetzentwürfe über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen und über die unmittelbare Erfassung von Ausfuhrdevisen brachten die Arbeitgebervertreter 1. zum Ausdruck, daß das Gesetz (Entwurf 1 über die Ablieferungen von Ausfuhrdevisen) in seiner Formulierung der Begründung widersprechen, weit über den vorherigen Zustand hinausgehe, und wirtschaftlich undurchführbar sei. Ihnen schloß sich ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften an, während die andern Arbeitnehmer hervorhoben, daß es sich im wesentlichen um eine Wiederholung der alten Devisenordnung handle, und für den Entwurf waren. Mit neun gegen acht Stimmen wurde ein Abänderungsantrag Reinath angenommen. Der 2. Entwurf wurde mit neun gegen acht Stimmen angenommen. Ein Antrag Mey und Genossen betr. Maßnahmen zur Beseitigung der Schäden, die den bayerischen und sächsischen Verbrauchern böhmischer Braunkohle durch die Erhöhung für diese Kohle entstehen, wurde von einem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums dahin beantwortet, daß Maßnahmen der Regierung gegenüber der Tschecho-Slowakei nicht angängig erscheinen.

Leben • Wissen • Kunst

Der neue Dresdner Generalmusikdirektor

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit:

Nachdem die württembergische Regierung dem Generalmusikdirektor Fritz Busch von seinen Stuttgarter Verpflichtungen für das Ende dieser Spielzeit enthoben hat, sind die hiesigen maßgebenden Stellen unverzüglich mit ihm in Verbindung getreten. Die angeknüpften Verhandlungen und das in ihrem Verlaufe erfolgte Gehör des Vertrauensausschusses der Oper haben das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß die Gewinnung Busch' als Generalmusikdirektor für Dresden vorbehaltlich der Genehmigung des Gesamtministeriums und der Zustimmung des Landtages als gesichert angesehen werden kann.

Als besonders erfreulich darf hervorgehoben werden, daß Generalmusikdirektor Busch sich entschlossen hat, auf jeden vertraglichen Urlaub während der Spielzeit zu verzichten, um seine volle Kraft der Dresdner Staatsoper widmen zu können.

Erfindungen der Großvaterzeit

Beim Beginn eines neuen Jahres richtet sich der Blick unwillkürlich rückwärts, und wir fragen, wie wohl vor hundert Jahren unsre Großväter gelebt haben. So gern wir uns nun auch nach der „guten alten Zeit" zurücksehnen, so dürfte es uns doch, wenn unsre Sehnsucht erfüllt würde, wie dem Justizrat in Anderssens „Galoschen des Glücks" gehen der durch die Zauberkraft dieser Galoschen in die von ihm so hochgepriesene Zeit des „guten König Hans" zurückversetzt wurde und die entsetzlichsten Erfahrungen dabei machte. Vor hundert Jahren gab es Teuerung und Elend als Nachwirkung der napoleonischen Kriege wie heutzutage, und sehr viele Dinge, die uns heute das Leben erleichtern und verschönen, waren unsern Vorfahren noch ganz unbekannt. Sehen wir von den großen Fortschritten, wie Eisenbahn, Telegraph, Telephon usw., ab, so bleiben noch eine große Anzahl kleinerer Annehmlichkeiten und Errungenschaften übrig, ohne die wir uns heute das Leben kaum noch denken können. Goethe hat einmal gesagt, er würde den als einen Wohltäter der Menschheit preisen, der das ewige langweilige Putzen der Lichter unnötig machen würde. Der gedrehte Docht, der die Benutzung der Lichtputzschere aufhob, ist zwar noch zu seiner Zeit in Anwendung gekommen, denn er wurde im Jahre 1825 erfunden, aber Goethe hat selbst nicht mehr viel von dieser Neuerung gehabt. Auch damals war man noch auf Talg- und Wachslichter angewiesen, die recht unregelmäßig brannten, und die moderne Paraffinkerze ist nicht älter als siebzig Jahre, aber heute auch schon durch Gas und elektrisch Licht zu einer anmutigen Kuriosität geworden. Die stählerne Schreibfeder wird heute bereits von der Schreibmaschine bedroht, die so viel bequemer ist als das Schreiben mit der Hand. Aber der Gebrauch der Stahlfeder ist auch noch nicht hundert Jahre alt, obwohl sie bereits 1803 erfunden wurde. Goethe hat sein ganzes Leben lang noch mit dem Gänsekiel geschrieben und Heine ihn noch vor neunzig Jahren besungen. Erst nach 1830 bürgerten sich die Stahlfedern mehr ein, als praktische und billigere Fabrikate in den Handel kamen. Und nicht anders ist es mit der Tinte. Wir machen uns heute keinen Begriff davon wie schwierig und voller Aerger das Schreiben mit den Tinten war, die vor hundert Jahren benutzt wurden. Diese Tinte glich mehr einer schwarzen Farbe und war äußerst schwierig zu handhaben, kleckste und wischte beständig. Ein englischer Kulturhistoriker hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß die erste wirklich brauchbare Tinte 1884 von einem Londoner Arzt hergestellt wurde. In demselben Jahre begannen die Streichhölzer ihren Siegeszug durch die Welt; doch waren diese ersten Schwefelhölzer ein qualvolles Werkzeug, das entsetzlich roch und sich sehr schwer entzünden ließ. Trotzdem wurde die Erfindung mit Jubel begrüßt, weil sie dem viel umständlicheren Anzünden mit Feuerstein und Feuerschramm ein Ende bereitete. Noch sehr viel jünger als die Streichhölzer ist ein für unser alltägliches Leben nicht minder geläufiger Gegenstand, die Briefmarke, denn erst im Jahre 1853 erfand Archer eine Maschine zum Perforieren der Blätter, von denen dann die einzelnen Briefmarken abgerissen wurden. Durch eine neue Maschine wurde auch erst ein heute allbeliebtes Gebäck möglich, nämlich das Biskuit. Im Jahre 1831 erfand Jonathan Carr aus Carlisle eine Maschine, die nach Art der Druckerpresse gebaut war und ermöglichte den Teig zu Biskuits zu zerschneiden und auszuprägen. Der englische Historiker führt auch noch zwei andre „Erfindungen" an, die danach überraschend neu sind. Er behauptet nämlich, der Kalender sei zum erstenmal im Jahre 1840 von einem gewissen Hetherington in London getragen worden, wobei er aber nur für die heute übliche runde Form des schwarzen Seidenhutes recht hat, denn hohe röhrenartige Kopfbedeckungen hat man schon viel früher getragen. Die braunen Stiefel sollen vor etwa vierzig Jahren von Robert Scrope eingeführt worden sein und fanden einen solchen Beifall, daß das Geschäft des erfinderischen Schuhmachers sich innerhalb von zwölf Monaten um das Zwanzigfache steigerte, so daß er 3000 Arbeiter beschäftigen mußte.

Dresdner Kalender

Theater am 7. Januar. Opernhaus: 3. Sinfoniekonzert, Reihe A (7); öffentliche Hauptprobe (11½). — Schauspielhaus: Medea (7). — Zentral-Theater: Michel der Nußknacker (3½); Die Braut des Lucullus (7½). — Residenz-Theater: Die Eisprinzessin (3½); Schäm' dich — Lotte (7½).

Schauspielhaus. Sonnabend wird nach längerer Pause Grillparzers Trauerspiel: Medea wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Hauptrollen sind folgendermaßen besetzt: Kreon: Forestt, Kreusa: Dietrich, Jason: Dirmoser, Medea: Leithner, Glauka: Bordou-Müller, Herold: Schröder. Spielleitung: Wiertz. Anfang 7 Uhr.

Volkssinfonie-Konzerte. Heute Freitag, 7½ Uhr, im Gewerbehaus Volkssinfonie-Konzert des Dresdner philharmonischen Orchesters. Dirigent: Prof. J. G. Mraczek. Solist: Erik Wildhagen, Tenor, Mitglied der Staatsoper. Programm: Ouvertüre Fliegender Holländer, Arie des Lenski aus Eugen Onegin, drei Orchesterlieder von Mraczek: Am Strande, Wie der stöhnende Wind, Erwartung (Uraufführung). Mahler-Sinfonie Nr. 1 D-Dur. — Die drei Gastspiele des vormaligen Hofballmusikdirektors Johann Strauß aus Wien finden statt am 7. und 8. Januar. Morgen Sonnabend, 7½ Uhr: 1. Konzert: Ein Abend von Strauß. Das 2. Konzert Sonntag, nachm. 4 Uhr: Die Operette von einst und jetzt. Am Sonntag, 7½ Uhr abends: Letztes Konzert: Wiener Walzer-Abend.

Karten zu allen diesen Veranstaltungen bei F. Ries, Seestr. 21, und an der Saalkasse. Für die Strauß-Konzerte werden numerierte und nichtnumerierte Tischplätze ausgegeben. Nachmittags kleine Preise.

Mineralogisch-geologisches Museum. Mittwoch den 11. Januar, 1 Uhr, und Sonntag den 15. Januar, 10 Uhr vormittags, findet je eine Führung durch die Sonderausstellung Edelsteine statt. Karten sind in beschränkter Zahl von Sonnabend den 7. Januar an im Museum zu haben. Der Eintritt ist frei.

Kleine Mitteilungen

Tina Frohn. Am 31. Dezember verschied nach längerem schweren Herzleiden das Mitglied des Zentral-Theaters, Fräulein Tina Frohn. Die Einäscherung fand am 3. Januar statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220106/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Republikanisches Strafrecht

In der am Mittwoch veröffentlichten Fassung des „Gesetzentwurfs zur Anpassung des Strafgesetzbuches an das Verfassungsrecht", hören die P. P. N., daß dieser Gesetzentwurf aus dem Reichsjustizministerium stammt und nicht, wie es vielfach in der Presse geschieht, verwechselt werden darf mit dem im Reichsministerium des Innern bearbeiteten Gesetzentwurf zum Schutze der Republik, dessen Veröffentlichung ebenfalls in einiger Zeit zu erwarten steht.

Völlig schief ist die in der Kritik der Rechtspresse vielfach aufgetauchte Behauptung, als ob es sich bei dem soeben veröffentlichten Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums um eine Neuauflage des Majestätsbeleidigungsparagraphen handele. Gerade die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags war es, die darauf gedrungen hat, daß in der Republik keine Parallele zur Majestätsbeleidigung geschaffen wird. Tatsächlich bestraft der neue Gesetzentwurf auch nicht Beleidigungen, sondern Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegen das Staatsoberhaupt oder Mitglieder von Regierungen.

Der Eisenbahnetat für das Jahr 1922

Berlin, 5. Januar. Die Telegraphen-Union ist in der Lage, ausführliche Mitteilungen aus dem Reichsbahnetat für das Jahr 1922 zu machen. Der Haushalt der deutschen Reichsbahnen für das Jahr 1922 schließt im ordentlichen Haushalt bei den fortdauernden Ausgaben mit 65 298 628 000 M. und in den Einnahmen mit demselben Betrag ab. Der Zuschuß beim ordentlichen Haushalt, der 1921 (samt dem Nachtragsetat) noch 10 635 013 900 M. betragen hat, ist also vollständig entfallen. Der Etat balanciert. Im außerordentlichen Haushalt sind vorgesehen an Ausgaben 6 789 259 000 M. und an Einnahmen 6 500 000 M., so daß also ein Zuschuß von 6 782 759 000 M. (gegen 35 631 013 900 M. 1921) erforderlich ist. Das Verkehrsministerium ist mit Nachdruck bestrebt, das hergestellte Gleichgewicht zu erhalten. Zu diesem Zwecke soll einer weiteren Markentwertung durch jeweilige sofortige Anpassung der Tarife begegnet werden. Im übrigen soll durch weitere Ausgestaltung der Sparmaßnahmen der Verwaltung die Betriebsführung wirtschaftlicher gestaltet werden. Die Wirkung der Sparmaßnahmen kann jedoch nur allmählich in die Erscheinung treten. Ihre Ergebnisse werden bei der künftigen Tarifgestaltung berücksichtigt werden.

Fortschreitende Teuerung

Berlin, 5. Januar. Ueber die Teuerung im Dezember 1921 teilt das Statistische Reichsamt mit: Obwohl durch die Steigerung der Kaufkraft der Mark zu Beginn des Dezember die Großhandelspreise zurückgingen, setzte sich die Aufwärtsbewegung der Lebenshaltung doch vom November zum Dezember infolge des vorhergehenden Sturzes der Reichsmark weiter fort. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember von 1397 auf 1550, also um 153 Punkte oder 11 v. H. gestiegen. Gegenüber Dezember 1920 beträgt jetzt die Steigerung 66 v. H. und gegenüber dem Mai, dem billigsten Monat des vorigen Jahres, 75,1 v. H. Stärker als in den Vormonaten trug zu dieser Steigerung im Berichtsmonat die Erhöhung der Kosten für Heizung und Beleuchtung bei, während die Wohnungsmieten in verhältnismäßig wenig Gemeinden anzogen. Die Indexziffer für die Ausgaben für Ernährung allein, die im November 1914 betragen hatte, ist um 174 Punkte oder 9,1 v. H. auf 2088 gestiegen. Zu der Erhöhung der Ernährungsausgaben trugen im Berichtsmonat fast sämtliche Lebensmittel bei. Die Preise für Brot, Nährmittel, Hülsenfrüchte und besonders Fleisch zogen erneut an. Auch Gemüse, Kartoffeln und Eier wurden wiederum teurer. Die Preisbewegung für Fette war (bis Mitte Dezember) nicht einheitlich.

Calonders Programm

Kattowitz, 6. Januar. Vom Bundesrat Calonder werden heute in Kattowitz die Vertreter der deutschen Gewerkschaften empfangen werden. Am Dienstag den 10. Januar finden in Beuthen Besprechungen statt, die um 10 Uhr 30 Minuten mit den Vertretern des Handels, des Handwerks und des Gewerbes, um 11 Uhr 30 Minuten mit den Vertretern der Landwirtschaft, um 4 Uhr nachmittags mit den Vertretern der freien Berufe, um 5 Uhr nachmittags mit den Vertretern der Presse und um 6 Uhr mit den Vertretern der Geistlichkeit erfolgen werden. Am Mittwoch den 11. Januar findet um 10 Uhr vormittags in Königshütte ein Empfang der Vertreter sämtlicher Organisationen des Deutschtums in den an Polen abgetretenen Gebieten durch Bundesrat Calonder statt. In dieser Sitzung werden die im Deutschen Ausschuß zusammengeschlossenen politischen Parteien, Gewerkschaften und Verbände unter Hinzuziehung besonderer Vertreter der einzelnen Berufs- und Bevölkerungskreise zugegen sein.

Wiens schwarze Tage

Wien, 5. Januar. Nach dem gestrigen Kurs kostet eine tschechische Krone jetzt 109 deutschösterreichische Kronen. Da Kohle, Zucker, Brotkorn, Kartoffeln, Papier zum weitaus größten Teil aus der Tschecho-Slowakei bezogen werden müssen, bedeutet dieser noch nicht dagewesene Kurs eine Katastrophe. Die Arbeiter-Zeitung fordert, daß die längst vorgeschlagenen radikalen Finanzmaßnahmen ungesäumt ergriffen werden.

Die schwedische Regierung hat die Absicht, dem Storthing vorzuschlagen, daß der norwegische Staat ebenso wie England, Frankreich und andre Länder wegen der Wiederaufrichtung der österreichischen Finanzen seine Forderung an Oesterreich über 1½ Millionen norwegische Kronen für Heringslieferungen 20 Jahre lang ruhen läßt.

•

Postgebührenerhöhung auch in Oesterreich

Wien, 5. Januar. Die Finanzverwaltung plant große Erhöhungen der Postgebühren und der Luxussteuer, um das Defizit des Budgets einigermaßen zu verringern. — An der heutigen Börse herrschte wieder eine Hausse in Valuten.

•

Ein Brot 316 Kronen

Der Preis für einen Laib Brot im Gewicht von 1260 Gramm wurde auf 316 Kronen, für ein Kilogramm Verschleißmehl auf 500 Kronen festgesetzt.

•

Ein Dollar = 6877 österreichische Kronen

Eigene Drahtmeldung

Wien, 6. Januar. Die Tschechen-Krone ist gestern auf 122 gestiegen, während die Reichsmark von 85 auf 84 zurückgegangen ist. Ein Dollar kostet 6877 Kronen. Ein Aufruf des sozialdemokratischen Vorstandes, der Gewerkschaftskommission und des Verbandes der Konsumgenossenschaften weist darauf hin, daß die Einkaufsgesellschaft für jenen Warenankauf im Dezember 48 Milliarden ausgeben mußte, sechsmal soviel als im August; ihr Betriebskapital beträgt nur 500 Millionen Mark. Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder ist von 145 000 1914 auf 508 000 gestiegen. Der Mitgliederanteil beträgt nur 500 bis 1000 Kronen. Vor dem Zusammenbruch war er 20 Kronen, was heute 20 000 Kronen entspricht. Der Aufruf fordert als Vorbedingung der Erhaltung des Genossenschaftswesens eine angemessene Erhöhung des Mitgliederanteils.

Die Kundgebung Devaleras

London, 5. Januar. In einer Kundgebung richtete Devalera die dringende Aufforderung an das irische Volk, seiner stürmischen Sehnsucht nach Frieden nach der langen Spannungszeit zu widerstehen, und erklärt: Wenn ihr nachgebt, so werden alle eure Opfer umsonst gebracht sein. Die Presse ist keine nationale Presse, sondern verrichtet des Feindes Werk, sonst würde sie das Volk vor der ihm drohenden Gefahr warnen, anstatt dem Schlage Vorschub zu leisten. Devalera bittet das irische Volk, sich nicht in eine Entscheidung einzulassen, für die die kommende Generation ihm fluchen würde. „Man verlangt von euch eure Zustimmung zu einem Vertrage, der die britische Macht in Irland festlegt, und zwar nicht wie früher durch einen euch aufgezwungenen Parlamentsakt, vielmehr verlangt man von euch, daß ihr euch mit euren eigenen Händen bindet." Zum Schluß entwickelte Devalera die von ihm vorgeschlagene Lösung.

•

Irische Selbsthilfe

London, 5. Januar. Heute nachmittag wurde in Dublin der Sonderberichterstatter der Times, als er sich gemeinsam mit andern Journalisten in einer Kolonialwarenhandlung befand, von drei Männern, die ihn mit Revolvern bedrohten, in einen bereitstehenden Kraftwagen nach Cork entführt. Wie verlautet, wird von ihm ein Widerruf einer von ihm verfaßten Meldung verlangt. Als das Sinnfeinerparlament heute zusammentrat, erhoben die Pressevertreter Einspruch und forderten Freilassung ihres Kollegen sowie Bestrafung der Schuldigen.

Deutsches Reich

Rathenaus Bericht

Berlin, 6. Januar. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird in der nächsten Woche zusammentreten, um den Bericht Dr. Rathenaus über die Verhandlungen entgegenzunehmen. Auf Wunsch des Kanzlers soll sich hieran eine Besprechung über die allgemeine außenpolitische Lage und die Steuerpolitik des Reiches anschließen.

Der bürgerliche Stadtverordnetenvorsteher bleibt

Berlin, 5. Januar. In der Stadtverordnetenversammlung wurde heute der bisherige Vorsteher Caspari (D. Vp.), der Kandidat der Bürgerlichen, mit 110 von 217 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, Franz Krüger (Soz.), erhielt 103 Stimmen.

•

Berlin, 5. Januar. Bei der Wahl des Vertreters des Stadtverordnetenvorstehers machten die Sozialdemokraten die Versammlung beschlußunfähig, so daß die Sitzung aufgehoben werden mußte.

Ausland

Polen

Kein neues Bistum Kattowitz

Breslau, 5. Januar. Wie die Telegraphen-Union aus Kreisen des Domkapitels hört, beabsichtigt man, die polnische Forderung auf Abtrennung der polnisch werdenden Teile Oberschlesiens von der Diözese Breslau und auf Errichtung eines Bistums Kattowitz durchaus nicht zu unterstützen. Die internationale Einteilung der Diözesen habe sich besonders im Osten bisher bewährt.

Die deutschen Gesetze in Posen und Pommerellen

Berlin, 5. Januar. Der in der Presse an die Ueberführung der polnischen Justizdepartements geknüpfte Folgerung, daß in Posen und Pommerellen an Stelle der bisherigen deutschen nunmehr die polnischen Gesetze gelten, ist, wie der amtliche Preußische Pressedienst schreibt, nicht zutreffend. Die der Ueberführung an Polen zugrunde liegende Verordnung des polnischen Ministerrats vom 25. Oktober 1921 enthält lediglich eine Verwaltungsmaßnahme, die auf das geltende materielle Recht keinen Einfluß hat. Es bleibt daher bei dem bisherigen Rechtszustande, wonach in den früher preußischen Gebietsteilen Polens die aus Deutschland stammenden Gesetze als nunmehr polnische fortgelten, soweit sie nicht durch polnische Gesetzgebungsakte ausdrücklich aufgehoben oder abgeändert sind oder werden.

Tschecho-Slowakei

Der Banknotenumlauf

Prag, 5. Januar. Der Ausweis des Bankamtes des Finanzministeriums, das in der Tschecho-Slowakei die vorläufige Funktion einer Notenbank versieht, weist am 31. Dezember eine Vermehrung des Banknotenumlaufs um etwa 450 Millionen auf 12 Milliarden tschechischer Kronen auf. Der Geldbedarf zum Quartalswechsel war diesmal wesentlich geringer als sonst. Die Notenreserve ist von 900 Millionen auf 180 Millionen zusammengeschrumpft.

Frankreich

Ein Unterstaatssekretär als Drückeberger

Paris, 5. Januar. Der frühere Unterstaatssekretär Ernestes Vilgrais ist verhaftet worden. Vilgrais war zu Beginn des Krieges als Leutnant der Infanterie eingezogen, wurde aber im Herbst 1914 entlassen, weil er an der Hand verletzt worden war. Er kehrte nicht mehr zum Heere zurück, sondern wurde für einen Zivilposten empfohlen. Clemenceau ernannte Vilgrais zum Unterstaatssekretär für die Lebensmittelversorgung. Er ist jetzt verhaftet worden, weil er als verdächtig erscheint, sich die Verletzung an der Hand selbst beigebracht zu haben, um sich dem Kriegsdienste zu entziehen.

Italien

Warenausfuhrerlaubnis

Berlin, 4. Januar. Wie der Deutsche Schnelldienst aus Rom meldet, ist die Ausfuhr aus Italien gestattet worden für Metallegierungen aller Art und Maschinenschmierfette.

Rußland

Der allrussische Kongreß

Moskau, 4. Januar. Der 9. allrussische Rätekongreß faßte folgenden Beschluß: Der allrussische Kongreß wird jährlich einmal einberufen, während der Hauptvollzugsausschuß drei Sitzungen jährlich abhält. Die Kongresse der Republiken, selbständigen Gebiete, Provinzen, Kreise und Gaue werden einmal jährlich abgehalten.

Aus aller Welt

Die Grippe im Reich

In Berlin ist die Grippe im Abnehmen begriffen. In verschiedenen Gegenden Mittel- und Westdeutschlands scheint sie zur Zeit erst ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

Aus Essen wird gemeldet, daß die Grippeepidemie besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet immer größeren Umfang annimmt. In Düsseldorf sind die Krankenhäuser überfüllt. Da die Krankheit in vielen Fällen zu schweren Komplikationen führt, die sich besonders in Lungenentzündung äußern, sind bereits zahlreiche Todesfälle vorgekommen. Wegen der Ansteckungsgefahr sind die Ferien der Schulen in Düsseldorf bis zum 8. Januar verlängert worden. In Essen ist man zu dieser Maßnahme noch nicht geschritten, obwohl auch hier die Grippe wütet. Die Aerzte sind kaum in der Lage, die vielen Erkrankungen zu behandeln. Auch hier sind bereits Todesfälle zu verzeichnen. — Auch aus Thüringen werden viele Grippeerkrankungen gemeldet, so besonders aus Erfurt. In andern thüringischen Städten, u. a. Weimar, Jena, Gera, hält sich die Zahl der Erkrankungen in mäßigen Grenzen. In Eisenach verschied plötzlich infolge Grippe der erste Direktor der dortigen Filiale der Dresdner Bank, Isenberg. — In Hagen nimmt die Grippe äußerst scharfe Formen an, deren Auswirkungen bereits in der Zeit vom 27. Dezember bis zum heutigen Tage 22 Personen (über die Hälfte starb an nachher eingetretener Lungenentzündung) zum Opfer fielen. — In Köln hat die Grippe seit Beginn der Woche wieder eine Steigerung erfahren. Die Zahl der Erkrankungen ist so groß, daß die Kranken in den Anstalten in besonderen Räumen untergebracht werden mußten, da die Abteilungen stellenweise nicht mehr ausreichten. — In Hannover hat die Grippe einen ziemlichen Umfang angenommen, jedoch hat sie, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, keinen gefährlichen Charakter. — In Kattowitz sind die vor etwa drei Wochen wieder eingetretenen Grippeerkrankungen, wie die zuständigen Stellen erklären, erfreulicherweise wieder zurückgegangen, so daß von einer Ausbreitung der Epidemie in Oberschlesien nicht gesprochen werden kann.

Der Hauptmann von Köpenick gestorben

Wilhelm Voigt, der „Hauptmann von Köpenick" und frühere Schuhmacher, ist in Luxemburg im Alter von 71 Jahren gestorben. Er lebte seit Jahren in der Hauptstadt des Großherzogtums Luxemburg und war mit einer Luxemburgerin verheiratet.

•

Wohl selten hat die Welt so viel gelacht, wie am 16. Oktober des Jahres 1906, als „der Hauptmann von Köpenick", ein simpler, eben aus dem Gefängnis entlassener Schuhmacher, in einer Hauptmannsuniform unter Vorweisung einer falschen Kabinettsorder eine 20 Mann starke Abteilung Soldaten auf der Straße anhielt und mit ihr schnurstracks vor das Köpenicker Rathaus marschierte, den Bürgermeister Dr. Langerhans und den Hauptkassenrendant Dr. Wildberg als Arrestanten abführte und in Droschken nach Berlin schaffte, sowie die Kasse, in der sich 4000 M. befanden, beschlagnahmte. Die Behörden standen vor einem Rätsel, das jedoch bald genug gelöst wurde. Kadavergehorsam, blinde Unterwerfung, gedankenlose Ausführung der von Vorgesetzten gegebenen Befehle, diese Ideale des alten Militärstaates gaben anläßlich der Köpenickiade den preußischen Militarismus der wohlverdienten Lächerlichkeit preis. Vor dem Glanz der Uniform verpaß auch der studierte, fachmännisch gebildete Köpenicker Bürgermeister, daß es keinerlei rechtliche Grundlage gab, die selbst der „von Gott bestimmten Majestät" irgendwie ein derartiges Vorgehen gestattet hätte.

Aufklärung eines Raubmordes

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den Raubmord an dem Altwarenhändler Ziegler in der Mulackstraße aufzuklären. Die Mörder sind vier junge Burschen, darunter zwei Polen. Die Verhafteten legten ein umfassendes Geständnis ab und gaben zu, daß sie über 20 Einbrüche, Raubüberfälle usw. verübt haben.

Letzte lokale Nachrichten

Vereinbarungen in der Feinkeramik

Die zentralen Verhandlungen in der feinkeramischen Industrie haben am 4. und 5. Januar unter dem Vorsitz des Ministerialrats Haack vom sächsischen Arbeitsministerium in Dresden zu einem günstigen Abschluß geführt. Alle in der Industrie Beschäftigten erhalten auf die Oktoberlöhne einen Zuschlag von 40 Prozent. Für die Zeit vor Neujahr wird als Ausgleichssumme ein voller Wochenlohn gewährt.

Ein großer Scheunenbrand. Eine mit Gerätschaften, Maschinen, Gartenmöbeln angefüllte Scheune an der Pappritzer Straße in Oberpochwitz ging gestern in Flammen auf und wurde vollständig eingeäschert. In der Scheune befand sich auch ein Fleischerladen. Der Brand war weithin sichtbar und wurde schließlich mit drei Rohren gelöscht.

Gasvergiftung. Heute früh hatte ein in der Bürgerstraße 18 wohnhafter 61 Jahre alter Mann durch ausströmendes Leuchtgas ungewollt das Bewußtsein verloren, konnte aber nach 35 Minuten durch Zuführung von Sauerstoff wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Er wurde nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht.

Fabrikbrand. Heute vormittag gegen 11 Uhr geriet in einem der drei Siedegebäude der Firma Karl Liebemann, chemische Werke, Coswig-Dresden, ein eingemauerter Kessel mit Leinöl durch Ueberhitzung in Brand. Von dem Gebäude brannte ein Teil nieder, indessen blieb der andre, die Filteranlage enthaltende Teil unversehrt. Zahlreiche Feuerwehren waren zur Stelle. Der Betrieb des Unternehmens erleidet keinerlei Unterbrechung, da er in zwei andern Siedegebäuden fortgeführt wird.

Mazen. Der Raubmord an der Frau verw. Kühnel hat durch das sachkundige Eingreifen der Polizei schnelle, restlose Aufklärung gefunden. Bekanntlich wurde Frau Kühnel nach Weihnachten tot auf dem Sofa liegend aufgefunden, und der Arzt stellte Tod durch Herzschlag fest. Der Behörde waren aber Bedenken aufgestiegen, und durch eine Kommission der Dresdner Polizei wurde festgestellt, daß ein Mord vorliegen müsse. Die Sektion ergab nachher, daß Frau verw. Kühnel durch innere Verblutung, herbeigeführt durch einen Schlag gegen den Unterleib, gestorben ist. Die Landeskriminalbrigade hatte zwei der mutmaßlichen Täter, und zwar zwei junge Männer, von denen einer der Neffe der Frau ist, festgenommen. Dieser Neffe hat nunmehr auch eingestanden, die Frau umgebracht zu haben, um sich in den Besitz ihres Geldes zu setzen.

Devisenkurse

Berlin, 6. Januar. (Amtlich.)

		6. 1. Geld	6. 1. Brief	5. 1. Geld	5. 1. Brief
Holland	100 Gulden	6743,15	6856,85	7417,75	7432,45
Dänemark	100 Kronen	3726,25	3738,75	4005,95	4014,05
Schweden	100 Kronen	4830,85	4839,65	4995,—	4995,—
Norwegen	100 Kronen	2897,10	2902,90	3136,85	3142,15
Helsingfors	100 finn. Mark	841,65	842,35	880,—	880,60
Schweiz	100 Franken	3628,85	3636,15	3891,10	3899,40
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	6,28	6,32	5,88	5,92
Prag	100 Kronen	300,65	301,35	323,15	328,85
Budapest	100 Kronen	80,86	80,94	81,96	82,04
Spanien	100 Peseten				
Brüssel-Antwerpen	100 Franken	1438,55	1441,45	1528,45	1531,55
Italien	100 Lire	811,65	815,35	851,60	853,40
London	1 Pfd. Sterl.	789,20	790,80	846,65	848,35
Neuyork	1 Dollar	188,31	188,69	201,29	201,71
Paris	100 Franken	1508,45	1511,55	1599,40	1601,60
Buenos Aires	1 Peso	62,40	62,40	66,65	66,85

Polnische Noten 6,60.

Rückläufige Bewegung der Kurse

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Heute trat auf dem Berliner Devisenmarkt eine rückläufige Bewegung der Kurse ein. Der Dollar wurde anfangs mit 194, später mit 188 bis 190 gehandelt. Auch an der Effektenbörse zeigte sich größte Zurückhaltung im Hinblick auf die in den nächsten Tagen zu erwartenden Entscheidungen in Cannes. Die Spekulation nahm das auf den Markt kommende Material nur zu wesentlich niedrigeren Kursen auf.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	4.	5.		Meßort	4.	5.
Moldau	Budweis	+ 20	+ 8		Brandeis	+ 159	+ 155
Moldau	Modran	+ 76	fehlt		Melnik	— 66	+ 196
Iser	Jungbunzlau	+ 87	+ 80		Leitmeritz	+ 91	+ 188
Eger	Laun	+ 148	+ 74		Aussig	+ 114	+ 190
Elbe	Pardubitz	+ 172	— 80		Dresden	— 54	— 25

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220106/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zentralverein f. Schmiedeberg u. Umg. (E. V.)

Sonntag den 15. Januar, nachm. 2½ Uhr im Restaurant des Herrn G. Claus:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung.

1. a) Geschäftsbericht; b) Kassenbericht; c) Revisionsbericht; d) Bericht der Turnabteilung, e) der Sängerabteilung, f) des Vergnügungsausschusses. 2. Anträge, wenn solche bis zum 12. Januar beim Vorsitzenden eingegangen sind. 3. Wahl des Vergnügungsausschusses. 4. Beschlußfassung über die Höhe der auszulosenden Anteilscheine. 5. Verschiedenes. [b 540]

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

---

5. Unterbezirk. Gruppe 7.

Nach längerer Krankheit starb am 2. Jan. unser früherer, langjähriger Bezirkskassierer

Hermann Glaßer, Maurer

Oertelstraße 20. [h 420]

Als ein Beispiel treuer Pflichterfüllung ist ihm ein dauerndes Gedenken gesichert.

Die Beerdigung erfolgt Sonnabend den 7. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Tolkewitzer Friedhofes. Die Genossen der Gruppe 7 wollen sich recht zahlreich beteiligen.

Deutsch. Tabakarbeiterverband Zahlstelle Dresden.

Der Mitgliedschaft die traurige Nachricht, daß unsere Mitglieder [h 492]

Meta Haase, Zigarrenrollerin 37 Jahre alt, und

Marie Kühne, Wickelmacherin 59 Jahre alt, am 3. Januar verstorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung im Tolkewitzer Krematorium findet statt für Frl. Meta Haase Sonnabend den 7. Januar, nachm. 3 Uhr, und für Frau Marie Kühne am gleichen Tage vormittags. Die Kollegenschaft wird ersucht, den Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen.

Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen sprechen wir hierdurch allen den herzlichsten Dank aus

Löbtau, den 5. Januar 1922. [w 43]

Familie Haugk.

Werkmeister

für Schaum-, Gummi- und Fondant-Spezialfabrik in Dresden für sofort gesucht. Es kommen nur Herren mit langjähriger Erfahrung in Frage, die in der Lage sind, einen größeren Betrieb vorteilhaft zu leiten. Off. Ang. m. Gehaltsanspr., früh. Antrittstermin usw. unt. **K. L. 7** a. d. Exp. d. Bl.

Sofort gesucht

Wickler Dreher Rundschleifer

Sachsenwerk

Niedersedlitz-Dresden [1690]

Nachweislich erfahrene Leute

möglichst ledig — für die Bedienung nachstehender Reinecker-Maschinen zwecks serienweiser Herstellung von Präzisionsteilen für den modernen Automobilbau zum sofortigen Antritt **gesucht:**

Zweispindlige Zylinderbohrmaschine
Vertikal-Langfräsmaschine Nr. 1
Vertikal-Fräsmaschine Nr. 1
Universal-Werkzeug-Schleifmaschine

Pilot-Motorenwerke

[1451]

Chemischen Fabrik Bannewitz Orloff Hansen

Bannewitz bei Dresden.

Erster Bonbonkocher

mit Kochmaschine vertraut, der in der Lage ist, eine erstklassige Hochglanzware herzustellen, wird für sofort gesucht. Frankierte Angebote mit Gehaltsansprüchen, frühestem Eintrittstermin usw. unter **F. R. 32** an die Exped. dieses Blattes [1446]

Aus unsern Abteilungen

Wollwaren & Trikotagen

in erstklassigen Qualitäts-Waren

Wollshawls geraubt, moderne Farbenzusammenstellungen . . . 85.00, 65.00,	49⁵⁰
Wollgarnituren Shawl m. dazu pass. Mütze, f. Dam. u. Kind., 196.00, 125.00,	75⁰⁰
Blusenschoner reine Wolle, in weiß, schwarz und farbig . . 175.00, 135.00,	58⁰⁰
Kimonos reine Wolle, versch. Ausführungen i. apart. Farben . . . 275.00, 175.00,	95⁰⁰
Jumper reine Wolle, m. Matr.-Kragen u. z. Schließen vornehm. Farbensortiment 395.00, 295.00,	250⁰⁰
Kindergamaschen reine Wolle, viele Farben . 18.00, 16.00,	13⁵⁰
Wollblusen pr. reine Wolle, farbig, mit langen Aermeln	195⁰⁰
Kinder-Rodelgarnituren Shawl, Mütze und Sweater 225.00, 210.00,	175⁰⁰
Herren-Normalhemden prima wollgemischt, m. doppelter Brust	95⁰⁰
Herren-Normalhosen hochwollhaltige Qualität	79⁵⁰
Kinder-Normalanzüge wollgem. u. m angerauht. Futt. 39.75, 23.50,	18⁵⁰

Damen-Strickjacken reine Wolle, in wunderbaren Ausführungen und schönen Farbsortimenten . . . . 850.00 bis **350⁰⁰**

Handschuhe

Damenhandschuhe Trikot, farbig und gestrickt, grau .	13⁵⁰
Damenhandschuhe Lederimitation, mit Halbfutter . . .	24⁵⁰
Damenhandschuhe Schlüpfer, Wolle mit Seide, Kleiderfarb.,	24⁵⁰
Damenhandschuhe prima Verarbeitung, mit Halbfutter .	29⁷⁵
Damenhandschuhe gestrickt, reine Wolle, grau und braun,	22⁵⁰
Herrenhandschuhe gestrickt, grau, mit gemust. Handfläche,	13²⁵
Herrenhandschuhe Trikot, mit Paspel und Zierknopf . . .	16⁰⁰
Herrenhandschuhe Ledernachahm., grau u. braun, mit Halbfutter,	22⁵⁰
Kinderhandschuhe gestrickt, gute Qualität, 12.50,	8⁵⁰

Strumpfwaren

Damenstrümpfe Bauwolle, schwarz 9.75,	7⁵⁰
Damenstrümpfe 1×1 gestrickte gute Baumwollqualität . .	22⁵⁰
Damenstrümpfe Halbwolle gewebt, schwarz	32⁵⁰
Damenstrümpfe reine Wolle, schwarz, vollständig nahtlos	42⁵⁰
Herrensocken grau, sehr haltbare Qualität . 12.50, 9.75,	7⁷⁵
Herrensocken reine Wolle, hell u. dunkelgrau, m. 1×1 gestr. Schaft, 29.75, 24.50,	21⁵⁰
Herrensocken Kamelhaar, plattiert und schwarz, reine Wolle, gewebt	29⁷⁵
Füßlinge schwarz, verstärkte Spitze, reine Wolle	7⁵⁰

Kinderstrümpfe reine Wolle, Halbwolle und Baumwolle **große Auswahl.**

ALSBERG

[s4]

SARRASANI

Täglich 7.15 Uhr, Sonntags und Mittwochs auch 3 Uhr. Vorverkauf: Circuskasse und Residenz-Kaufhaus (ohne Aufschlag)

6 Karloys
5 Loros
16 Kakadus
3 Olympias
3 Gaschs, Mundeling
4 Rondala
Mysteriöse Kugel
Miss Vella
Puppchen
Nach Schulschluß
Quadrille 5 Erdteile
Rudis Equilibristen
Der kleine Max
Der lange Emil
Freiheitsdressuren
Radetzkys Grisly-Bären

[s 688]

Jede Nummer **erstklassig**

[redacted]el. 1438[redacted] Anf. [redacted] 7½ [redacted]

Tymians Thalia-Theater

Dresdens Deutsches Theater

Riesen-Weihnachts-Spielplan

zum Besten Tymians Hilfs- und Fünferspende

Niemand versäume den Besuch

Sonntags auch 3½ Uhr kl. Preise' Kinder halbe!

Palast-Konditorei Café Schröder

Postplatz DRESDEN-A. Postplatz

Täglich vor und nach dem Theater

Grosses erstkl. Künstler-Konzert

Jeden Sonn- u. Feiertag v. 11—12½ Uhr

Früh-Konzert.

Täglich von 10 Uhr an

ff. Hühnerfleischbrühe mit Pasteten.

Kalte Küche bis 11 Uhr nachts.

Reichhaltiges Konditorei-Büfett und Eisspeisen. [s 332]

Reichshallen, Palmstraße 18 nahe Postplatz.

Jeden Sonnabend: [f 365]

Gr. Wohltätigkeits-Herren- u. Damenball.

Vaterland Licht-Spiele

Freiberger Platz — 20.

Nur noch bis Montag! trotz großem Erfolg u. Ausverkauf

Das Haus in der Weichselgasse

Sensations-Sittendrama in 5 großen, äußerst spannenden Akten.

Ferner das Lustspiel: **Eine nette Bescherung?**

Ab Dienstag 4 Uhr: [s 810]

Erstaufführung des 2. Piel-Films

Unus, der Weg in die Welt

7 Akte. — Hauptrolle: Harry Piel.

Westend-Theater

Kesselsdorfer Str. 20, Straßenbahn-Linien 7, 13, 22

Vom 6. bis 9. Januar

Die beiden erstklassigen Schlager:

Die Geliebte Roswolskys

Drama in 5 Akten nach dem Roman von Georg Fröschel

Hauptdarsteller: [s 451]

Asta Nielsen — Paul Wegener

Der grösste Boxkampf des Jahrhunderts

Der Kampf um die Weltmeisterschaft

Carpentier — Dempsey

in Newyork im Juli vorigen Jahres.

Asta Nielsen — Paul Wegener

Beginn werkt. 5, 7, 9 Uhr, Sonnt. 3, 5, 7, 9 Uhr

[w 265]

Palast-PT-Theater

Alaunstraße 28

Freitag bis Montag:

Die schwarze Spinne

Drama in 5 Akten.

In den Hauptrollen: Lissa Lind, Olga Engel, Rudolf Klein-Rhoden.

Der Schrein der Medici

Abenteurerfilm in 5 Akten.

Hauptrollen: Margit Barnay . . Dr. Ed. Rothauser.

Strohhut-Näherinnen

auf Ober- und Unterstichmaschine **geübt,** [1483]

für feine Geflechte, große Posten für **Saal und Heimarbeit,** sofort gesucht

B. Kronheim

Dresden-A., Seidnitzer Str. 9.

Zeitungsträgerinnen

für Altstadt gesucht.

Dresdner Volkszeitung, Wettinerplatz 10.

Anlegerin für Bogenfalzmaschine
Geübtes Buchbinder-Mädchen für autom. Falzmaschine
Handfalzerin und Bogenkleberin
Geübte Buchbinder-Mädchen

sucht dauernd

Carl Anton Müller, Großbuchbinderei Winckelmannstr. 9.

Schlosser

für Transportgeräteban suchen Neubauer & Schubert, Tharandter Str. 57. [b 1589]

Lehrling

mit gut. Handschrift und Schulbildung für Ostern 1922 gesucht. Schriftliche Angebote erbeten an Oscar Witte G. m. b. H., Kohlengroßhdlg., Fabrikstraße 15 b. [b 1580]

Offeriere noch einen Posten schöne

Hafer-Gänse

à Pfund nur **13 Mark**

solange Vorrat reicht.

Feiste Hasen

à Pfund nur **16 Mark**

Andr. Mirtschin Nachf.

Lindenaustraße 20. Telephon 40 209. [b 1591]

In keiner Wohnung fehle die Volkszeitung!

Außergewöhnliches Angebot

Ia hoher geräuch. Speck	Pfd. nur 28⁰⁰
Ia dänisch. Schweinsbeine	Pfd. nur 9⁰⁰, 3 Pfd. 25⁰⁰
Ia geräuch. Karbonade, Inlandware	25⁰⁰, bei 5 Pfd. 24⁰⁰
Gez. Vollmilch	Dose 12⁰⁰

[m 88]

149d Antonshalle Galerie **Loeffler** Eingang Breite Straße über dem Restaurant **149d**

Gepök. Rinderkopffleisch	8.—
" Schweinshaxen	10.—
Gewiegtes	12.— und 16.—

Kulcsar, Antonshalle Galerie Nr. 135, Geflügelreihe. [w 88]

Pa. fettes Rindfleisch 14 u. 15 M.
Masthammelfleisch 15 u. 16 M.

Wettinerstraße 39. Hauptvogel. [w 88]

Ein glückliches neues Jahr!

meiner wert. Kundschaft

Bäckermeister

Kurt Sachse u. Frau

Dresden: Uebigau Rethelstraße 16. [w 13]

Auf Kredit

und Barzahlung

Möbel

Herren- und Schlaf- und Speisezimmer

Moderne Küchen

Einz. Möbel sowie ganze Ausstattungen

Damen- u. Herren-Konfektion

leichte Zahlungsweise

Fietze

2 Grunaer Str. 2 am Pirnaischen Platz

Mod. Kinder- u. Klappwagen bill. z. verk. Oppellstr. 18, I.

See-Lichtspiele

Erstaufführung! **Das Kind der Straße** Erstaufführung!

2. Teil **Hallys Untergang** 6 Akte

Kriminal-Sittenfilm. [s365]

Seine Ferienbraut. Lustspiel in 2 Akten

Breite Str. 3. Beg. 4, 5⅔, 7, 8¾ Uhr, Sonnt. ab 3 Uhr.

In ½ Stunde Läuse beseitigen Sie unter **Garantie** Kopf-, Filz- u. Kleiderläuse, Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier. „Nierolda", bst erpr. Mittel. Wund. glück. Verk. nur: Frd. Zeh, A. Zee 12. Rudolph, Marschallstr. 40, Löbtau: Gletsche, Kesselsd. Str. 8, Neust.: Hagemann, Am Markt 1, Tons. Oppellstr. 11. Verkaufspr. Fl. 5.— u. 7.50. Pollnert.

Ein Jahr sächsischer Politik

IV.

Gegen Ende des Jahres 1920 hatte sich der Geschäftsgang in der sächsischen Industrie wesentlich gehoben, so daß er namentlich in einzelnen Hauptzweigen der Textilindustrie als befriedigend bezeichnet werden konnte. Bald trat jedoch infolge des Kohlenmangels und der stark verminderten Kaufkraft des Inlandes sowie als Folge der einsetzenden Weltwirtschaftskrisis ein Rückschlag ein. Die Tätigkeit des Wirtschaftsministeriums war darauf gerichtet, in dieser Zeit der Absatzstockungen namentlich auf die Milderung der Schwierigkeiten hinzuwirken, die dem Exportgeschäft durch die bestehende Außenhandelskontrolle mit ihrem häufig umständlichen Antragsverfahren erwuchsen. Die im November 1920 auf Anregung der sächsischen Regierung in Leipzig von der Reichsstelle für Textilwirtschaft errichtete Nebenstelle der Auslandsabteilung hat zur beschleunigten Erteilung der von der sächsischen Textilindustrie im laufenden Jahre beantragten Aus- und Einfuhrgenehmigung wesentlich beigetragen.

Angesichts der großen Schwierigkeiten, die sich auch im sächsischen Wirtschaftsleben aus der Durchführung der Einfuhrverbote ergaben, trat die sächsische Regierung, zuletzt am 12. Dezember auf der Darmstädter Konferenz der deutschen Wirtschaftsminister, dafür ein, daß das System der Einfuhrverbote mit möglichster Beschleunigung durch Maßnahmen der Zollpolitik ersetzt werde, und daß namentlich auf Waren, deren Einfuhr im Interesse unserer Zahlungsfähigkeit nicht gestattet werden kann, prohibitiv wirkende Zollsätze gelegt werden. Anderseits gab der Wirtschaftsminister auf jener Konferenz wie auch im Landtag der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Ausfuhrkontrolle bis auf weiteres nicht entbehrt werden könne, daß sie vielmehr zur Verhinderung des sogenannten deutschen Ausverkaufs, der sich im November nach dem gewaltigen Sturz des Markkurses auch in Sachsen anbahnte, besonders nachteilig bemerkbar gemacht hatte, in verstärktem Maße durchgeführt werden müsse. Der Absicht der Reichsregierung, über die bisher getroffenen Maßnahmen hinaus durch eine allgemeine, auch von den sogenannten ausfuhrfreien Waren zu entrichtende Ausfuhrabgabe das Reich an den Mehrerlösen des Ausfuhrgeschäftes zu beteiligen, wurde nachdrücklich zugestimmt.

Je mehr es trotz dieser unentbehrlichen Beschränkungen gelingt, die der heimischen Industrie durch den Krieg verloren gegangenen Absatzgebiete im Ausland wieder zu gewinnen, um so dringender wird das Bedürfnis, für den deutschen Außenhandel wieder feste rechtliche Grundlagen im Verkehr mit dem Ausland zu erlangen, und zwar durch den Abschluß von Handelsabkommen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

An den Vorbereitungen für die Verhandlungen zum Abschluß solcher Wirtschaftsabkommen und teilweise an den Verhandlungen selbst nahm die sächsische Regierung zur Wahrnehmung der besonderen wirtschaftlichen Interessen Sachsens an der Wiederanknüpfung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland tätigen Anteil. Insbesondere hat die sächsische Regierung zu den wirtschaftlichen Verhandlungen des Reiches mit Deutschösterreich, der Tschecho-Slowakei, der Schweiz und Jugoslavien Vertreter entsendet.

Während im allgemeinen die sächsische Textilindustrie über die Zeiten des Konjunkturniederganges ohne ernstliche Erschütterungen hinwegkam, konnte die vogtländisch-erzgebirgische Weißwarenindustrie nur durch weitgehende Umstellung von der Spitzenauf die Stickereiherstellung und durch unmittelbare Fernhaltung der Einfuhr ausländischer Konkurrenzerzeugnisse ihren Existenzkampf bestehen. Das Wirtschaftsministerium hat auch im abgelaufenen Jahre alles getan, um die in Krisenzeiten infolge der Einseitigkeit der ansässigen Industrie im Vogtlande besonders große Arbeitslosigkeit eindämmen. Hierzu gehören auch die teilweise erfolgreichen Bestrebungen zur Einführung neuer Industriezweige und zur Umschulung von Arbeitskräften.

Da die Industrie nach dem verlorenen Kriege nur durch Qualitätsarbeit auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleiben kann und die Rohstoffknappheit zu sparsamster Ausnutzung der verfügbaren Materialien bei rationeller Betriebsführung zwingt, ist das Bestreben des Wirtschaftsministeriums darauf gerichtet, Wissenschaft, Kunst und Technik weit mehr als früher der Industrie nutzbar zu machen. Diesen Bestrebungen verdanken das Deutsche Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden, die Deutsche Werkstelle für Farbkunde in Dresden, die Werkstätten für Glasindustrie in Pillnitz und die Hauptstelle für wissenschaftliche Arbeitsförderung in Dresden ihre Entstehung. Zu dem Forschungsinstitut ist seit dem 1. Dezember 1921 das als Kaiser-Wilhelm-Institut errichtete Forschungsinstitut der Deutschen Lederindustrie mit dem Sitze in Dresden hinzugetreten. Nach langen Bemühungen ist es dem Wirtschaftsministerium dank der verständnisvollen Mitwirkung des Landtages gelungen, das Institut für Sachsen zu erhalten, wo sich bereits (in Freiberg) die Deutsche Gerberschule und die Versuchsanstalt der Deutschen Lederindustrie befinden. Zum Ausbau des Instituts wird eine einmalige Staatsbeihilfe von 1 Million Mark gewährt. Außerdem zahlt der Staat dem Institut eine laufende jährliche Unterstützung von 50 000 M. und hat den Leiter des Instituts als Staatsbeamten übernommen.

Ein wertvolles Mittel zur Steigerung des Wertes deutscher Erzeugnisse und zur Förderung ihrer Ausfuhr erblickt die sächsische Regierung auch in der Veranstaltung von Ausstellungen, die sich auf die Vorführung von Qualitätserzeugnissen beschränken. In der Ueberzeugung, daß die Jahresschau deutscher Arbeit 1922 auf dem Gebiete der Porzellan-, keramischen und Glasindustrie nur vorbildliche Leistungen zulassen wird, hat die Regierung die Förderung dieses Unternehmens in Aussicht gestellt und im Haushaltplan für 1922 einen erheblichen Staatsbeitrag angefordert.

Zu der Rohstoffbeschaffung hat das Wirtschaftsministerium auf verschiedenen Gebieten der Industrie in umfangreicher Weise helfend und fördernd eingegriffen, insbesondre für Eisen, Papier und Zement. Die sehr im Argen liegende Belieferung der Industrie und des Verkehrsgewerbes mit Benzol erforderte vielfach Vorstellungen in Berlin, mit dem Endziel, baldiger Aufhebung der infolge noch bestehenden Zwangsbewirtschaftung, die heute dem Schleichhandelsbetriebe erheblichen Vorschub leistet. Die Reichsregierung hat jedoch bisher unter besonderem Hinweis auf die Lostrennung des oberschlesischen Erzeugungslandes vom Reiche und angesichts der hohen auf Grund des Friedensvertrages an den Feindbund abzuführenden Benzolmengen Bedenken getragen, die Freigabe zu verfügen. Die sächsische Regierung erreichte aber, daß die nach und nach immer weiter zurückgegangenen Betriebsstoffzuweisungen für Sachsen noch vor Jahresschluß wieder erhöht wurden, so daß schlimme wirtschaftliche Schäden ausblieben. Alle bekanntgewordenen Schleichhandelsfälle wurden mit Nachdruck verfolgt.

Die Gasversorgung auf kommunalwirtschaftlicher Grundlage ist unter Mitwirkung der Landesstelle für Gemeinwirtschaft in verschiedenen Gegenden des Landes wesentlich gefördert worden. Dabei mußte vor allem mit Nachdruck einer großen Privatgesellschaft entgegengetreten werden, die schon seit langem an zahlreichen Orten Sachsens bedeutenden Einfluß auf die Gasversorgung besitzt, aber bei ihren Bestrebungen, sich finanziell starke Gemeinden für Jahrzehnte zu sichern, die weniger leistungsfähigen dazwischen liegenden Gemeinden auszuschalten suchte.

Abgesehen von ihrer Mitwirkung auf dem Gebiete der Gasversorgung bearbeitete die Landesstelle für Gemeinwirtschaft insbesondre die Frage der Sozialisierung des Wohnungswesens und der Baustoffproduktion, des Bestattungswesens, der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft und der Abwasserwirtschaft in Sachsen unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Arbeiten hierüber sind in den Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft (Dresden, v. Zahn u. Jaensch) erschienen. Das Kommunalisierungsproblem wurde weiter durch Sammlung von Material und Erteilung von Auskünften über Kommunalisierungsfragen an Gemeinden sowie durch eine kritische Behandlung des Kommunalisierungsgesetzentwurfes gefördert, die Frage der Arbeitsförderung (Nationalisierung der Arbeit) durch Vorträge und Abhaltung von Aussprachekreisen sowie durch literarische Behandlung. Als Beitrag zur Frage der Kohlensozialisierung erschien endlich eine Arbeit über den Ausbau und Abbau der Kohlenwirtschaft in England.

Für das dem Wirtschaftsministerium unterstehende Handels- und Gewerbeschulwesen ist im Anschluß an die staatliche Besoldungsordnung Einheitlichkeit der Besoldung für alle hauptamtlich angestellten Lehrkräfte durchgeführt worden. Gleichzeitig ist ein großer Teil der bestehenden Schulen, vor allem die von privaten Vereinigungen getragenen Handelsschulen, durch stärkere Heranziehung der beteiligten Gemeinden und durch Erhebung von Sonderumlagen seitens der Handelskammern auf festere finanzielle Grundlagen gestellt und dadurch auch die wirtschaftliche Lage der dort angestellten Lehrkräfte erheblich verbessert worden. An der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig ist zur Erzielung von Meisterleistungen auf dem Gebiete des graphischen Gewerbes die Umwandlung der schon bestehenden photomechanischen Abteilung in einen modernen Werkstattbetrieb in die Wege geleitet.

An der Handelshochschule zu Leipzig wurde mit Rücksicht auf die immer schwieriger werdende Handhabung der Steuergesetze ein Institut für Steuerkunde errichtet. Die Studienzeit der Handelslehrer ist auf 6 Semester erhöht worden; weitere Aenderungen der Prüfungsordnung sind in Vorbereitung.

Um dem ständigen Andrang zu der Gewerbeakademie in Chemnitz sowie zu den ihr angegliederten staatlichen Lehranstalten und den Anforderungen an einen zeitgemäßen Unterricht zu genügen, sind umfangreiche Neubauten vorgenommen worden, die bis auf die Inneneinrichtung fertiggestellt sind.

Die höheren Webschulen zu Chemnitz, Reichenbach, Zittau sowie die höhere Wirkschule in Chemnitz sind zu höheren Fachschulen für Textilindustrie mit Ausstellung entsprechender Prüfungsordnungen umgewandelt worden.

Ein Ausbau der Deutschen Uhrmacherschule in Glashütte und der Deutschen Gerberschule ist in die Wege geleitet.

Zur Erleichterung des Aufstieges der Tüchtigen ist an den Staatsbauschulen durch Einrichtung einer „Bauschulreifeprüfung für Nichtschüler" Baubeflissenen, die keine regelrechte Bauschulausbildung genießen konnten, die Möglichkeit geboten worden, sich das Reifezeugnis einer Staatsbauschule zu erwerben. Weiter ist die Prüfungsbehörde für Baumeister neuzeitlicher gestaltet worden, indem als Mitglieder auch Fachleute herangezogen werden, die von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden frei gewählt werden.

Dem Submissionsamt als der wirtschaftlichen Zentralstelle des sächsischen Handwerks wurde die Vermittlung von Darlehen an Kleingewerbetreibende zur Maschinenbeschaffung aus den hierzu zur Verfügung stehenden Staatsmitteln übertragen und hierbei vereinbart, daß dem Darlehensnehmer aus Mitteln der Landesgewerbebank ein gleichhohes Darlehen wie aus Staatsmitteln gewährt, der Gesamtbetrag des Darlehens also verdoppelt wird, und demgemäß 10 000 M. betragen kann.

Das Wirtschaftsministerium veranlaßte ferner, daß in Plauen vom Submissionsamte eine selbständige Abteilung für textile Handwerkskunst „Margarethen-Technik" unter Leitung der bekannten Künstlerin Margarete Naumann errichtet wurde.

Durch das Gesetz, die Aenderung der Pfandleihgebühren betreffend, vom 24. März 1921 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 76) wurden die seit dem Jahre 1882 unveränderten Gebühren der Pfandleiher im Hinblick auf die allgemeine Teuerung und das Anwachsen der Betriebsunkosten der Pfandleiher erhöht.

Mit der Verordnung, den Geschäftsbetrieb der Pfandvermittler betreffend, vom 12. Oktober 1921 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 338), erfuhr das Pfandvermittlerwesen eine gewerbepolizeiliche Regelung.

Infolge des zunehmenden Abbaues der Zwangswirtschaft wurde das Landespreisamt in seiner bisherigen Form aufgehoben und eine Landespreisprüfungsstelle neu errichtet. Diese wurde von den polizeilichen Aufgaben des bisherigen Landespreisamtes entlastet, damit sie ihre ganze Kraft ihrem eigentlichen Zweck, der Beobachtung der Preisbildung und der allgemeinen Preisprüfung und -Ueberwachung widmen kann. Hierbei leisten Fachausschüsse, denen insbesondere auch Vertreter der in Frage kommenden Verbraucherkreise angehören, wertvolle Mitarbeit.

Wucher und sonstige Auswüchse in der Preisgestaltung, wie sie sich namentlich bei den letzten Kursstürzen gezeigt haben, ist die Regierung entschlossen, auch ferner unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des einwandfreien Handels mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Sie hat deshalb auch dem von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf zugestimmt, worin vorgeschrieben wird, daß die Verurteilungen wegen Preistreiberei, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels öffentlich bekanntgemacht werden müssen.

Das dem gegenwärtigen Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht mehr entsprechende Sonntagsruhegesetz von 1870 wurde aufgehoben und durch ein neues, den Zeitverhältnissen Rechnung tragendes Gesetz ersetzt. Das Hohnenjahrsfest und der Frühjahrsbußtag sind als allgemeine sächsische Feiertage aufgehoben worden. Dem Landtag wurde, seinem Antrag entsprechend, Ende des Jahres ein Gesetzentwurf über die Anerkennung des 1. Mai und 9. November als allgemeine Feiertage vorgelegt.

In eine außerordentlich schwierige Lage geriet das sächsische Wirtschaftsleben ziemlich unerwartet durch die im Dezember erneut eingetretene Kohlenknappheit. In erster Linie ist sie eine Folge unsrer Zwangslieferungen an die Entente; für Sachsen wurde sie aber besonders deshalb so empfindlich, weil die Tschecho-Slowakei im November nach dem Sturz des Markkurses dazu übergeht, den Preis für böhmische Braunkohle in Kronenwährung zu berechnen, so daß für die meisten sächsischen Bezieher dieser Kohlensorten der Preis unerschwinglich hoch wurde. Die sächsische Regierung hat deshalb den Reichskohlenkommissar sofort ersuchen lassen, aushilfsweise für den Ausfall anderweite Kohlenmengen deutscher Herkunft zur Verfügung zu stellen. Leider konnte diesem dringenden Ansuchen nur in ganz geringem Umfange entsprochen werden. Denn es zeigte sich, daß inzwischen auch eine schwere Eisenbahntransportkrisis eingetreten war, die eine geregelte Zuführung der auf den heimischen Werken und Verladebahnhöfen vorhandenen Vorräte an Braunkohlenbriketten längere Zeit unmöglich machte.

Der mehrfach erörterten Aufteilung des Bezirks der Eisenbahngeneraldirektion Dresden wurde ebenso nachdrücklich widersprochen, wie der Verlegung ihres Sitzes nach Leipzig. Dagegen wurde dem Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt, für Sachsen und Teile von Thüringen sowie der Provinz Sachsen einen Bezirkseisenbahnrat mit dem Sitz in Leipzig zu errichten. Nachdem jedoch die Provinz Sachsen diesem Vorschlage widersprochen hatte, erklärte man sich mit einem Bezirkseisenbahnrat für Sachsen und Thüringen mit dem Sitz in Leipzig einverstanden. Endgültig wird diese Frage erst später geregelt werden können.

Den Gedanken, die Reichseisenbahnen in Privathand überzuführen, hat die sächsische Regierung von Anfang an abgelehnt. Dagegen fördert sie alle Bestrebungen, die dahin zielen, dem Eisenbahnwesen in der Hand des Reiches eine freiere, auf kaufmännischen Grundsätzen aufgebaute Verfassung zu geben, durch die die denkbar wirtschaftlichste Betriebsführung ermöglicht und dabei auch den Ländern ein ausreichender Einfluß auf die Gestaltung des Verkehrswesens gesichert wird.

Sächsische Angelegenheiten

Fürwahr: ein Wunderkind!

Da die erwachsenen Arbeiter die Sowjetfahnen immer mehr im Stich lassen, ist man in den Kreisen der unentwegten Kommunisten auf den Gedanken gekommen, den Geist von Moskau in die Seelen der Hosenmätze zu verpflanzen. Ein drastisches Beispiel für die Art, in der man dabei vorgeht, teilt die Chemnitzer Volksstimme mit. Sie schreibt: Man hat — allen Ernstes! — kommunistische Kindergruppen gegründet, die regelrechte Diskussionsabende abhalten, in denen die Neun- und

Ein Reisender aus Altrurien

2

Von Wm. D. Howells

Mit Bewilligung des Verfassers deutsch von Adolf Hepner

Ich wußte, daß er am Morgen mit dem Dampfer in Boston angekommen war, und dachte nun, daß es höchste Zeit sei, die Frage an ihn zu richten: „Nun, was denken Sie über Amerika?" Eigentlich hätte ich im Moment, da er aus dem Zuge stieg, ihn das fragen sollen.*

„O," sagte er, „Amerika interessiert mich ganz außerordentlich." Meiner Ansicht nach sprach er mit einer gewissen Zurückhaltung. „Die Neugier, das fortgeschrittenste Land unsrer Zeit zu sehen, hat mir niemals Ruhe gelassen." Der letzte Satz hob wieder meine gedrückte Seelenstimmung, und ich erklärte zuversichtlich: „Unser Gepäckscheinsystem müssen Sie entzückend finden." Das sagte ich, weil es eins der ersten Dinge ist, mit denen wir — einschließlich meiner Wenigkeit — Ausländern gegenüber zu prahlen pflegen. „Uebrigens," wagte ich hinzuzufügen, „Sie meinten vorhin, als ich Sie am Bahnhof fragte, ob Sie Gepäckscheine haben, daß Sie zwei gekauft haben; Sie wollten wohl sagen, daß Sie zwei Gepäckscheine haben, nicht aber gekauft haben."

„Doch," erwiderte der Altrurier, „ich gab auf dem Bahnhof in Boston einen halben Dollar fürs Stück; ich sah andre Leute so tun," erklärte er weiter, als er meine Ueberraschung bemerkte, „ist es nicht der Brauch?"

„Glücklicherweise auf unsern meisten Bahnen noch nicht. Die Leute, deren Beispiel Sie veranlaßte, einen halben Dollar für den Gepäckschein zu zahlen, gaben dem Gepäckmann ein Trinkgeld nur, um sich dessen zu versichern, daß ihre Sachen rechtzeitig in den Zug gelangen; ich selbst hatte, als ich herkam, mich zu Aehnlichem zu bequemen, sonst wäre mein Gepäck vielleicht am nächsten Tage erst abgegangen. Aber das Gepäckscheinsystem ist durchaus perfekt."

„Der arme Gepäckmann sah furchtbar abgearbeitet aus," sagte der Altrurier; „ich bin froh, daß ich ihm etwas gegeben habe; er schien mehrere hundert Stücke zur Erledigung vor sich zu haben und es geniert ihn — ungleich Ihrem Hoteldiener — durchaus nicht, daß ich ihm meine Koffer in den Waggon schleppen half. Im übrigen muß ich Ihnen gestehen, daß das ordinäre Aussehen des dürftigen Bahnhofs, seine unzureichenden Einrichtungen, seine schäbigen Wartezimmer und das furchtbare Gedränge mit seiner vielfachen Konfusion dort einen schlechten Eindruck auf mich gemacht hat."*

„Ich weiß es," mußte ich zugeben, „es ist schmachvoll; in der Stadt aber würden Sie keinen Bahnhof in so schlechtem Zustande finden."

„Dann ist vermutlich," sagte der Altrurier, „diese besondere Bahn zu arm, um mehr Gepäckleute anzustellen oder neue Bahnhöfe zu bauen; denn auf der ganzen Fahrt von Boston hierher waren alle Bahnhöfe ziemlich schäbig."

„Nun," was die finanzielle Situation dieser Bahn betrifft, mußte ich eingestehen, „so ist sie eine der reichsten im Lande; ihre Aktien stehen auf 180. Aber ich besorge wirklich, daß wir das Abendessen versäumen, wenn wir nicht vorwärts kommen," — brach ich ab, obgleich es mir tatsächlich nicht leid tat, später als der Hoteldiener dort einzutreffen; denn ich fürchtete, mein sonderbarer Begleiter würde noch einmal seine werktätige Sympathie mit dem Diener bekunden. Auch mir taten diese Gepäckleute immer recht leid, aber freiwillig ihnen die schweren Koffer tragen helfen — das ist mir doch nie in den Sinn gekommen.

Vom Hotel war der Altrurier hoch entzückt; und wirklich nahm es sich äußerst hübsch aus mit seinen Veranden, die voll von gutgekleideten Leuten waren, und seinen grünen, freien Plätzen, auf denen die Kinder spielend sich vergnügten. Ich ging dem Altrurier voran in sein Zimmer, das ich für ihn neben meinem bestellt hatte: es war ganz einfach möbliert, sah aber recht gemütlich aus mit seinen sauberen Matten, seinem frischen Leinenzeug und den reinen, weiß angestrichenen Wänden. Rasch warf ich die Fensterläden zurück und ließ meinen Gast einen Blick auf das sich beim Sonnenuntergang mit Purpur überziehende Gebirge werfen. „Herrlich! Herrlich!" sagte er tiefergriffen.

„Ja," stimmte ich bescheiden bei. „Wir denken, es ist ziemlich schön." Wie verzückt stand er vor dem Fenster, so daß ich es für das Beste hielt, zu sagen: „Ich kann Ihnen leider nicht viel Zeit lassen, den Reisestaub abzuschütteln, denn der Speisesaal wird um 8 Uhr geschlossen; wir müssen uns beeilen, hinab zu gehen."

„In einem Augenblick bin ich bei Ihnen," sagte er, indem er sich des Rockes entledigte.

Ungeduldig wartete ich unten an der Treppe, scheu vor der Frage, der ich auf den Lippen und in den Augen meiner Bekannten begegnete. Der Ruf von meines Freundes Verhalten am Bahnhof mußte sich über den ganzen Platz sofort verbreitet haben; jeder wünschte zu wissen, wer der Fremde sei. Ich antwortete einfach: „Ein Reisender aus Altrurien." In manchen Fällen ging ich weiter und erklärte, daß die Altrurier etwas eigenartige Menschen sind.

Sehr bald — obwohl mir die Minute zur Viertelstunde ward — fand sich mein Freund ein und nun wurde ich für das, was ich seinetwegen gelitten, einigermaßen entschädigt. Ich konnte sehen, daß die Leute — was sie auch über ihn sagen mochten — bei seinem Anblick ein mysteriöses Wohlgefallen an ihm empfanden, wie ich selber. An seiner Toilette hatte er einige Veränderungen vorgenommen, und ich merkte, daß die Frauen ihn nicht nur gut aussehend, sondern auch gut gekleidet fanden; mit den Blicken folgten sie ihm, als wir in den Speisesaal gingen; ich war ziemlich stolz, sein Begleiter zu sein, als ob ich irgendwelchen Anteil am Lobe seiner Kleider und seines guten Aussehens hätte.

(Fortsetzung folgt.)

* Es ist eine Gepflogenheit des Amerikaners, bei der ersten Begegnung mit einem jüngst eingewanderten Ausländer die Frage an ihn zu richten: „How do you like this country?" (Wie gefällt Ihnen dieses Land?) A. H.

* Auf allen amerikanischen Eisenbahnen sind 150 Pfund Reisegepäck frei. Der Nutzen dieser geschäftlich klugen Einrichtung ist bis heute in Europa nicht erkannt; sie erleichtert und fördert weites Reisen der Kaufleute mit schweren Musterkoffern und der Damen mit vollzähliger Garderobe, während hierzulande die Gepäckkosten den Reisenden zu unangenehmer Einschränkung der mitzuführenden Habe nötigen — abgesehen davon, daß sparsame Passagiere durch Mitnahme mittelgroßer Stücke in den Waggon den Mitreisenden erhebliche Unbequemlichkeiten bereiten.

Aus Vorstehendem ergibt sich daß allerdings bei zeitweiligem überstarken amerikanischen Reiseverkehr — wie in der Sommersaison — manche Unregelmäßigkeit und Verspätung in der Kofferbeförderung vorkommen mag. Immerhin dürfte amerikanischen Europareisenden das diesseitige „Gepäckscheinsystem" mit seinen hohen Gebühren weit weniger angenehm sein, als ihr heimatliches. A. H.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220106/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zehnjährigen sich mit hoher Politik beschäftigen. Wie weit dieses Treiben der Kommunisten geht, davon zeugt ein Bericht, den wir in der Ausgabe des „Kämpfers" vom 3. Januar über eine Weihnachtsfeier der Kindergruppe Nord finden. Dort heißt es:

„Man mußte staunen, welche Fähigkeiten in den Kindern stecken, aber auch proletarisches Klassenbewußtsein, ja, kommunistischer Kampfeswille kam bei einer kleinen Genossin sehr stark zum Ausdruck, indem sie kaum zu bewegen war, ein Gedicht vorzutragen, welches nicht den Kampf um den Kommunismus zur Grundlage hatte. So tief kommunistisch müßten alle Arbeiterkinder denken und fühlen, dann würden auch tüchtige Klassenkämpfer aus ihnen werden."

Glaubt ein ernsthafter Arbeiter — und wir nehmen an, daß es auch solche noch in der K. P. D. gibt — an dieses elende Geschmalz? Kommunistischer Kampfeswille bei einem kleinen Schulmädel! Vielleicht erfinden die Leute, die so etwas ausgeheckt haben, auch noch eine Methode, nach der man Kinder zeugen kann, die gleich als kommunistische Klassenkämpfer auf die Welt kommen.

Doch genug. Es widert einen an, das kindische Geteue in der K. P. D. zu betrachten. Schade nur, daß es Leute in den Reihen unsrer Gegner gibt, die der gesamten Arbeiterbewegung den Unsinn der Kommunisten in die Schuhe schieben.

Wer ist Schuld an den hohen Milchpreisen?

Zu dem am 31. Dezember veröffentlichten Rechtfertigungsversuch des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Sachsen gegen den in der Dresdner Volkszeitung vom 22. Dezember erhobenen Vorwurf, daß er als Milchverteurer wirke, schreibt uns unser Gewährsmann:

In dem ersten Absatz wird gesagt, daß in den angrenzenden Gebieten die Milchpreise noch höher seien. Das trifft keinesfalls auch auf Süddeutschland zu, denn dort kostet die Milch etwa nur halb so viel wie in Sachsen. In Norddeutschland sind die Preise allerdings noch höher. Das kommt jedoch daher, daß auch dort die Milchpreise von den Landesverbänden festgesetzt werden und diese Organisationen vorwiegend aus Milchhändlern bestehen, die ebenso wie in Sachsen, infolge einer Verdienstspanne von 33 Prozent auf den Einstandspreis, nur Interesse an recht hohen Milchpreisen haben.

Bei der Berechnung der Butterausbeute im zweiten Absatz wurde eine Milch mit reichlich 3 Prozent Fett angenommen. Wie die Statistik über Milchuntersuchungen der Stadt Dresden und andrer Städte beweisen, wird jedoch Milch mit diesem Fettgehalt so gut wie nicht in den Verkehr gebracht, sondern der Fettgehalt beträgt im Mittel 2,50 bis 2,60 Prozent. Auch der Landeskulturrat äußerte sich jüngst gutachtlich, daß das Ergebnis der Milchkontrollvereine einen Fettgehalt von nur 2,70 bis 2,80 Prozent aufweise. Keinesfalls kann eine reichlich 3prozentige Milch der Berechnung zugrunde gelegt werden.

Die Quarkausbeute ist mit 25 Pfund auf 100 Liter Vollmilch viel zu hoch angegeben. Bei einer derartigen Ausbeute kann Quark von normaler Beschaffenheit nicht hergestellt werden. Beim Landwirt, um den es sich ja hier zunächst handelt, werden höchstens 20 Pfund erzeugt.

Der Butterpreis ist mit 40 M. je Pfund angegeben. Das ist der Preis, den die Notierungskommission für Molkereibutter im Großhandel festgesetzt hat. Der Landwirt erhielt für seine Butter im Monat Dezember 34 bis 35 M. je Pfund. Der Preis für Speisequark ist sogar mit 6 M. angegeben, während er in den städtischen Markthallen für 4,20 M., vereinzelt mit 5 M. verkauft wurde und der Landwirt etwa 3,50 M. für das Pfund bekommt.

Ferner sind 70 Liter Molke zu je 10 Pf. angegeben, die höchstens mit 3 Pf. zu verwerten ist. Eiweiß wird heute nicht mehr erzeugt, weil es keine Abnehmer gibt.

Auch bezüglich der Verdienstspanne des Milchhandels sind die Zahlen frisiert. Er rechnet die Geschäftsunkosten dem Erzeugerpreis hinzu und schlägt dann noch 33 Prozent Kleinhandelsverdienst darauf. Noch sei bemerkt, daß 12 Pf. für Fracht eingesetzt sind, während diese höchstens 5 Pf. beträgt.

Die Behauptung, daß ein Milchhändler durchschnittlich nicht mehr als 50 Liter verkaufe, blamiert den ganzen Milchhandel. Denn das ist eine Arbeit von höchstens 1½ Stunde oder eine Nebenbeschäftigung.

Ich kann nur wünschen, daß dem Landesverband von höherer Stelle die Richtlinien vorgeschrieben werden und ihm somit die Möglichkeit zu ungerechtfertigten Verteuerungen entzogen wird.

Nachdem wir unserm Gewährsmann noch einmal das Wort zur Beleuchtung der Angaben gegeben haben, die der Milchwirtschaftliche Landesverband seinen Darlegungen entgegengestellt hat, schließen wir die Erörterung.

Das größere Leipzig

Mit dem 1. Januar sind die Leipziger Vororte Großzschocher-Windorf, Leutzsch, Wahren und Paunsdorf nach Leipzig einverleibt worden. Die feierliche Uebergabe hat am Montag vormittag stattgefunden. Als Vertreter des Bezirks war Amtshauptmann Ryssel, als Vertreter der Stadt Oberbürgermeister Dr. Rothe und Stadtrechtsrat Stadtschreiber Melzer erschienen. Insgesamt hat nun Leipzig nicht weniger als 29 Vororte einverleibt. Bis auf absehbare Zeit hin dürfte damit die Abrundung Leipzigs nach außen hin beendet sein. Die Fläche Leipzigs beträgt von jetzt an 10 375 Hektar, also etwas über 103 Quadratkilometer, die Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung 636 503. (Nur diese Ziffer ist maßgebend für einen Vergleich mit andern Städten.) Welche Bedeutung die Vororte gegenüber Alt-Leipzig, d. h. dem Leipzig, wie es bis Ende 1886 bestand, erlangt haben, geht daraus hervor, daß Alt-Leipzig nur 176 800, die Vororte dagegen 459 700 Einwohner zählen. Die gegenwärtige Bewohnerzahl Leipzigs läßt sich auf etwa insgesamt 660 000 schätzen.

Konflikte in Stadtparlamenten

In Lichtenstein-Callnberg wurde zum Stadtverordnetenvorsteher der Gemeindebeamte Richard Schmitt, als Stellvertreter Fabrikant Endeselder gewählt. Weiter wurden zwei bürgerliche und vier sozialistische Vertreter zu Stadträten gewählt. Die Ausführungen eines kommunistischen Vertreters veranlaßten die bürgerlichen Stadtverordneten, die Sitzung vorzeitig geschlossen zu verlassen.

In Neustädtel sollte nach der Verpflichtung und Einweisung der wieder- und neu gewählten Stadtverordneten durch Bürgermeister Dr. Richter die Wahl des ersten Vorstehers folgen; da aber ein sozialdemokratischer Vertreter fehlte und je sieben der Rechten und Linken anwesend waren, stellten die letzteren den Antrag auf Vertagung der Wahl. Als dieser mit Stimmengleichheit abgelehnt worden war, verließen sie sämtlich den Saal, so daß die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit geschlossen werden mußte.

Der Dank an die Eisenbahner

Die letzte Nummer des Amtsblatts der Eisenbahngeneraldirektion Dresden enthält folgende Bekanntmachung an das Eisenbahnpersonal: „Starker Verkehr und ungünstige Witterungsverhältnisse, verbunden mit dem herrschenden Lokomotivmangel, haben in letzter Zeit die Betriebsführung sehr erschwert und große Anforderungen an das Gesamtpersonal, namentlich aber an das Betriebs- und Verkehrspersonal, gestellt. Die Generaldirektion spricht dem beteiligten Personal für seine Ausdauer und Pflichterfüllung Anerkennung und Dank aus."

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Unterwiesenthaler Chaussee kam ein Dresdner Privatauto ins Rutschen und fuhr in den Straßengraben. Der Wagen überschlug sich. Die Insassen wurden zum Teil schwer, zum Teil leicht verletzt. Eine Dame trug zwei komplizierte Knochenbrüche davon. — Der 27jährige Justizassistent Horst Quellmalz aus Oberfrohna wurde in Waschwitz von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet. — Der Bergarbeiter Willi Wetzel aus Leukersdorf zog sich im Schacht schwere Verletzungen zu, an deren Folgen er im Kreiskrankenstift starb. — Wegen Wechsel- und Scheckfälschungen wurde ein früherer Privatdetektiv, der jetzt in Pötzscha wohnt und an einem Handelsgeschäft beteiligt ist, auf dem Pirnaer Bahnhof in dem Augenblick verhaftet, als er auf der Durchreise von Pötzscha nach Dresden einer Angestellten seiner Firma Anweisungen erteilen wollte. — Ein Schadenfeuer entstand am Mittwochabend, wahrscheinlich durch Selbstentzündung, in der Graphittrocknerei der chemischen Fabrik von Humann u. Teisler in Dohna. Den angestrengten Bemühungen der herbeigeeilten Feuerwehren gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Stadt-Chronik

Die Heide im Schnee

Die Heide leuchtet weit im ersten Schnee,
Von Wäldern blau verbrämt. Ein Krähenrufen
Schweift hungrig übers Feld. Mit flüchtigem Pusen
Süt eine leichte Spur ein fahles Reh.

Schritt hier ein Mensch schon? Jeder Pfad verschwand,
Ihn deckte zu das große stille Glänzen.
Ich stehe wie an zweier Welten Grenzen,
Am Tor zu einem neuen heil'gen Land.

Paul Mochmann.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge

Darüber macht das Kriegsfürsorgeamt folgende Mitteilungen: Neben der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge, deren Umfang in den letzten Monaten durch günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes stark zurückgegangen ist, so daß in Dresden zur Zeit nur rund 3700 Vollerwerbslose unterstützt werden, sucht die produktive Erwerbslosenfürsorge unter Aufwendung von Reichs-, Landes- und Gemeindemitteln nach dem gleichen Aufbringungsverhältnis wie bei jener, die Erwerbslosigkeit durch Förderung von Arbeitsgelegenheiten öffentlicher und privater Stellen zu bekämpfen. Ihr kommt, wenn auch naturgemäß die unterstützende Erwerbslosenfürsorge stark in den Vordergrund tritt, doch eine nicht geringere Bedeutung als dieser zu, denn sie soll möglichst die Erwerbslosen der regelmäßigen Arbeit wieder zuführen und so verhindern, daß bei ihnen der Empfang des ohne Gegenleistung gewährten Unterhaltes zur Gewohnheit wird und die Arbeitswilligkeit gefährdet.

Der Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge stehen nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegen. Neben der Gefahr zuweitgehender Ausdehnung ungenügend wirtschaftlicher Notstandsarbeiten und ungerechtfertigter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für Zwecke, die bei reinem Erwerbscharakter keine solche Förderung notwendig haben, kann vor allem angemessen entlohnte Dauerbeschäftigung bei Notstandsarbeiten dem Arbeitsmarkt für andre Zwecke notwendige Arbeitskräfte entziehen. Um solchen Nachteilen vorzubeugen, haben die erlassenen eingehenden Vorschriften zunächst weitgehendste Zentralisierung der Entscheidung über die Förderungsanträge in Berlin vorgesehen. Die damit notwendig verbundenen Unzuträglichkeiten sind jedoch seit Juli d. J. vom Reichsarbeitsministerium durch sehr wesentliche Ausdehnung der Entscheidungsbefugnisse der Landesbehörden und weites Entgegenkommen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung so weit beseitigt worden, daß heute rasche Förderung geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in weitem Umfange aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge möglich ist, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß ihr Eingreifen nur ein Notbehelf beim Fehlen regelmäßiger Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sein darf.

Die Förderung erfolgt durch zuschuß- oder darlehnsweise Geldbeihilfen für Arbeiten öffentlicher Körperschaften oder privater Unternehmungen mit gemeinnützigen Zwecken, ausnahmsweise auch wirtschaftlich besonders wertvolle private Erwerbsunternehmungen, die jedoch für den Regelfall an die dazu besonders geschaffene Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen beim Reichsschatzministerium verwiesen werden sollen. Die Zuwendung wird bemessen nach der Zahl der durch die Beschäftigung bei dem Unternehmen der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge entzogenen Arbeitskräfte. Sie kann höchstens bis zum Zweieinhalbfachen des für einen Erwerbslosen bei Hinzurechnung von zwei Angehörigen täglich ersparten Unterstützungsbetrages gewährt werden. Um Mißbrauch auszuschließen, regeln die einschlagenden Verordnungen vor allem eingehend, unter welchen Voraussetzungen hinreichender wirtschaftlicher Wert eines zu fördernden Unternehmens anerkannt werden kann, wer in solche Arbeit eingestellt werden darf, und wie der Lohn festzusetzen ist, um nicht den allgemeinen Arbeitsmarkt schädlich zu beeinflussen.

Bei dem gegenwärtig günstigen Arbeitsmarkt hat in Sachsen mit seiner starken Industrie die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht die Ausdehnung erfahren wie in andern Teilen des Reiches. Doch wird in ihr an erster Stelle das Hilfsmittel zu suchen sein, um langfristiger Erwerbslosigkeit bei Rückgang der Industrie nach Möglichkeit vorzubeugen. Leider sind für Sachsen und seine Großstädte die Anwendungsmöglichkeiten nicht allzu große, weil der weitgehende Ausbau aller Verkehrsmittel, der geringe Umfang der Landwirtschaft und des Bergbaues in Sachsen gerade auf den Gebieten nur geringe Arbeitsmöglichkeiten bietet, auf denen anderwärts hauptsächlich die produktive Erwerbslosenfürsorge helfend eingegriffen hat. Trotz diesen Hemmnissen sind auch in Sachsen bisher zur Förderung öffentlicher und privater Unternehmungen recht erhebliche Beträge aus Reichs- und Landesmitteln zur Verfügung gestellt und damit zahlreiche Erwerbslose dauernd dem Unterstützungsbezuge ferngehalten worden. In Dresden betragen sie bisher rund 7 050 000 M., abgesehen von 1 750 000 Mark zur Vorrichtung von Wohngebäuden.

Der Adel im Volksstaate

Nach Artikel 109 Ziffer 3 der Reichsverfassung sind die Vorrechte des Adels aufgehoben. Adelsbezeichnungen gelten als Teil des Namens und werden künftig nicht mehr verliehen. Diese Bestimmung der Reichsverfassung bildete den Gegenstand einer grundsätzlichen Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig hatte am 21. Dezember 1920 gegen die Tänzerin Wohlleben aus Berlin-Schöneberg eine Strafverfügung in Höhe von 150 M. Strafe erlassen, weil sie seit Anfang Dezember 1920 im Weinpalast Eden als Baronin de Déans aufgetreten war und in öffentlichen Ankündigungen sich so bezeichnet hatte, trotzdem sie keinen Nachweis zur Berechtigung der Führung des Adelsprädikats und der Bezeichnung als Baronin zu führen vermochte. Die Tänzerin beantragte richterliche Entscheidung und behauptete, am 15. August 1916 in Rumänien einen Ingenieur Hugo de Déans geheiratet zu haben. Sie sei nur kirchlich getraut worden, weil das Standesamt infolge der Kriegswirren nicht mehr vorhanden war. In einer späteren Eingabe des Verteidigers wurde allerdings auch die Behauptung aufgestellt, daß eine standesamtliche Trauung erfolgt sei. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung und begründete dies damit, daß, selbst wenn man als wahr unterstelle, daß die Angeklagte sich unbefugt einen adligen Namen beigelegt habe, doch aus rechtlichen Gründen Freisprechung erfolgen müsse. Nach der Reichsverfassung bilde das Adelsprädikat nur einen Teil des Namens und habe die Eigenschaft als Adelsprädikat verloren. Damit sei aber auch der Strafschutz, den das Adelsprädikat früher genoß, beseitigt. Die Angeklagte sei auch dann freizusprechen, wenn es sich um ein ausländisches Adelsprädikat handeln sollte, da ausländische Adelsprädikate in Deutschland niemals geschützt worden seien. Das Landgericht als Berufungsinstanz bestätigte den Freispruch und fügte noch hinzu, daß die Adelsbezeichnungen nach der Reichsverfassung keinen andern Schutz genießen sollen als die bürgerlichen Namen und deshalb sei auch die unbefugte Beilegung des Adelsprädikats straflos.

Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Es wurde zugegeben, daß die Frage, ob die unbefugte Annahme des Adelsprädikats noch wie vor strafbar ist, sehr umstritten ist. Wenn manche Rechtslehrer der Meinung seien, daß der Adel jetzt als eine Einrichtung im öffentlichen Leben ausgelöscht sei, so sei er (der Oberstaatsanwalt) entgegengesetzter Auffassung. Wenn der Adel abgeschafft sei, so könnte sich das nur auf den inländischen beziehen, der ausländische bestehe aber nach wie vor, und war früher ein Schutz des Adels vorhanden, so auch heute noch. Wer sich unbefugt als adelig bezeichne, wolle sich nicht bloß dem profanen Volke gegenüber auf eine höhere Stufe stellen, sondern sich oft auch mit einem Nimbus zur Erlangung größerer Kreditmöglichkeit usw. umgeben. Dem sollte vorgebeugt werden. Dieser Grund der öffentlichen Sicherheit sei aber heute noch vorhanden und zu schützen. Es sei nirgends ersichtlich, daß dieser Strafschutz aufgehoben werden sollte.

Das Oberlandesgericht hat sich dieser Rechtsauffassung angeschlossen, das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. Auch gegenüber der neuen Reichsverfassung sei der Standpunkt zu vertreten, daß der Strafschutz gegen unberechtigte Adelsbezeichnungen bestehen bleiben müsse zum Schutze der Allgemeinheit. Die Zurückverweisung erfolgte deshalb, weil der Punkt hinsichtlich des Nachweises der Angeklagten, sich Baronin nennen zu dürfen, noch der Klärung bedarf.

Dresden als Kongreß-Stadt. Durch die Veranstaltungen der Jahresschau Deutscher Arbeit im Sommer 1922 wird Dresden seinen alten Ruf als Kongreß-Stadt zurückgewinnen. Es wird aber dabei auch die Pflicht erfüllen müssen, für den dann einsetzenden starken Fremdenverkehr die nötige Unterkunftsmöglichkeit zu schaffen. Bis heute stehen folgende Tage und Veranstaltungen fest: 4. Juni: Deutsches Gausängerfest; 6. Juni: Autoveranstaltung (Allgemeiner Deutscher Automobil-Klub, Deutscher Automobil-Klub); 11. Juni: Elbgausängerbund; 18. Juni: Arbeiter-Sportkartell; 24. bis 25. Juni: Berliner Sängerbund; 25. bis 28. Juni: Deutsche Keramische Gesellschaft; 29. Juni: Deutscher Baumschulenverband; 23. Juli: Regimentstag, Ersatz-Inf.-Reg. 23; 6. August: Hilfsverein Jäger-Bataillon 13; 10. September: Gau Sachsen des Deutschen Radfahrerbundes.

Außer diesen werden noch folgende Verbände ihre Versammlungen in Dresden abhalten, deren genaue Termine noch festzusetzen sind: Verband Deutscher Emaillierwerke, Verein Deutscher Chemiker, Vereinigung Deutscher Spülwaren- und Sanitätsgeschirrfabriken, Verein der rheinisch-westfälischen Tafelglashütten, Ostdeutsch-sächsischer Hüttenverein, Verband deutscher Glasfabriken für Medizinglas, Vereinigung Deutscher Hohlglasfabriken, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigte Steingutfabriken, Verband der Glasindustriellen Deutschlands, Verband deutscher Porzellanfabriken, Verein deutscher Eisenportlandzementwerke, Sächsischer Handwerkertag, Deutscher Kalkbund, Einkaufsgenossenschaft Nord und Süd, Deutscher Zementbund, Deutsche Gartenstadtgesellschaft, Verband Sächsischer Industriellen, Verband deutscher Porzellanarbeiter.

Schon diese Uebersicht läßt erkennen, daß in der Zeit der Ausstellung im städtischen Ausstellungspalast vom Juni bis September ungezählte Tausende Dresden besuchen und hier übernachten werden. Da während der Zeit des allgemeinen Reiseverkehrs die Hotels an und für sich überfüllt sind, ergeht heute schon der Aufruf an die Bevölkerung Dresdens, geeignete Quartiere zur Verfügung zu stellen und sie möglichst bald dem Wohnungsnachweis des Dresdner Verkehrsvereins (Geschäftsstelle Hauptbahnhof, Dresden) mit Angabl der Betten und des Preises anzumelden.

Bund der Kinderreichen. Die Beitrittserklärungen zum Bund der Kinderreichen, Ortsgruppe Dresden, sind so zahlreich eingegangen, daß zur Bewältigung der geschäftlichen Arbeiten der Vorstand sich veranlaßt gesehen hat, eine besondere Geschäftsstelle zu eröffnen. Diese befindet sich Jakobsgasse 11, 1. (in der Nähe des Postplatzes), also im Mittelpunkt der Stadt und ist bis auf weiteres wochentäglich Montag bis Freitag von 5½ bis 8 Uhr abends und Sonnabends von 3 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. In der Geschäftsstelle wird Auskunft in allen Angelegenheiten, die den Bund der Kinderreichen betreffen, bereitwilligst und kostenlos gegeben, auch werden weitere Anmeldungen entgegengenommen. Anmeldungen können auch schriftlich unter gleichzeitiger Einsendung des Eintrittsgeldes und des ersten Monatsbeitrages erfolgen, und zwar mittels Zahlkarte über Postscheckkonto Dresden 19 975. Die Eintrittsgebühr beträgt mindestens 2 M. ohne Grenze, der Monatsbeitrag 1 M. Aufklärende Drucksachen und Mitgliedskarte werden den neuen Mitgliedern sofort zugesandt. Außer der Hauptgeschäftsstelle befinden sich noch Bezirksgeschäftsstellen in Pieschen: Osterbergstraße 4, 1. (Heinrich), Altstadt-West: Jakobsgasse 18, 2. (Hennig), Altstadt-Ost: Eliasplatz 4 (Schmidt), Johannstadt: Schumannstraße 64 (Bär).

Die alte Staatsstraße, die von der Bienertmühle am alten Forsthaus vorüber in den Plauenschen Grund führt, wird von heute an für jeden Verkehr vollkommen gesperrt. Die Straße war bekanntlich, seitdem der Bau der neuen Straße an der gegenüberliegenden Talseite am Fuße der Ratssteinbrüche vollendet und die Straßenbahn dorthin verlegt worden war, seit einiger Zeit bereits für den Wagenverkehr gesperrt, aber der Fußgänger benutzte gewohnheitsgemäß gern noch die alte Straße. Die Bahnerweiterungsarbeiten sind nun soweit vorgeschritten, daß mit den Absprengungsarbeiten an den Felsen zwischen dem Bienertpark und dem Forsthaus begonnen wird und daher wird die Straße auf dieser Strecke, unmittelbar beim Forsthaus beginnend, durch Drahtzaun usw. fest abgesperrt.

Die Wettkonzerne vor Gericht. In der nächsten Zeit wird gegen eine Anzahl von Wettkonzerngründern verhandelt werden, die im letzten Herbst das Publikum um Hunderte von Millionen Mark geschädigt haben. Die Verhandlungen gegen Köhn und Klante werden voraussichtlich Ende März stattfinden. Vorher werden jedoch die meisten „kleineren Fälle" erledigt werden, in denen die „Sportbankinhaber" ihre Kunden um Summen in Höhe von ein bis zwei Millionen Mark geschädigt haben. Nach eingehender Prüfung der Sachlage wird gegen die angeklagten Wettkonzerngründer in fast allen Fällen wegen Konkursvergehens, Betrugs, wegen unlauteren Wettbewerbs verhandelt werden. Die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220106/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gerichte erhoben wegen dieses letzten Punktes Anklage, da der „Zentralverband für das Deutsche Bank- und Bankiergewerbe" in der Bezeichnung „Sportbank" einen unlauteren Wettbewerb gegenüber den Bankinstituten erblickt hatte.

Tragödie am Krematorium. Am Mittwoch nachmittag in der 5. Stunde fielen am Eingang des Urnenfriedhofes zu Tolkewitz hintereinander zwei Schüsse. Beim Näherkommen fand man ein junges Mädchen, das sein Leben bereits ausgehaucht hatte, und einen Mann, der noch am Leben war. Beide hatten schwere Wunden an den Schläfen. Der Mann wurde nach dem Krankenhaus Johannstadt übergeführt, wo er bald verschied. Beide sind im Einverständnis freiwillig aus dem Leben geschieden, nachdem sie am vorgestrigen Nachmittage noch anscheinend in bester Stimmung die Einrichtung der Feuerbestattungsanstalt besichtigt hatten. In den Toten wurde der 35 Jahre alte Reisende K. Seelmann, der in Magdeburg eine feine Stellung bekleidete, und dessen 26 Jahre alte, bei ihrer Schwester am Schillingplatz wohnhaft gewesene Braut Ernestine May festgestellt. Seelmann wohnte hier bei seiner alten Mutter in der Reisewitzer Straße. In hinterlassenen Briefen an ihre Angehörigen werden die Gründe angeführt, die sie zur Ausführung der entsetzlichen Tat bewogen haben, die an der Urnenstätte des Vaters Seelmanns ausgeführt wurde.

Ein aufregender Vorgang trug sich am Mittwoch abend 7 Uhr auf der Albertbrücke zu. Dort sprang ein 75 Jahre alter Gutsbesitzer über das Brückengeländer, um sich in die hochgehenden Fluten der Elbe zu stürzen. Zahlreiche Fußgänger eilten herzu, packten den Greis fest an seinen Armen und vermochten ihn wieder über das Geländer zu ziehen. Der lebensmüde Mann konnte der nächsten Sicherheitspolizeiwache in der Glacisstraße zugeführt und von dort aus nach der Heil- und Pflegeanstalt gebracht werden. Der Gutsbesitzer ist in einem Orte der Leipziger Umgebung wohnhaft; er war kurz vor Ausführung der Tat erst mit dem Leipziger Zuge nach Dresden gefahren. Welche Gründe den Greis bewogen haben, gerade in Dresden und von der Albertbrücke aus den Tod freiwillig zu suchen, darüber war nichts in Erfahrung zu bringen.

Wer kann Auskunft geben? Die Staatsanwaltschaft Plauen veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der jedermann, der über den Aufenthalt des Kunstmalers Ludwig Werner Waschert Auskunft geben kann, dazu aufgefordert wird. Waschert, geboren am 15. August 1892 in Hasselburg, welcher vom 18. Juni bis 10. Juli 1921 in Plauen wohnhaft war und einen Handel mit selbstgefertigten Oelgemälden betrieb hat am 10. Juli 1921 Plauen verlassen und soll vom 10. bis 14. Juli 1921 in Dresden aufhältlich gewesen sein. Seit dieser Zeit ist er verschollen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Spenden der Dresdner Süßwarenindustrie für hilfsbedürftige Kinder. Von dem Arbeitgeber-Verband der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie Dresden sind dem städtischen Jugendamt Schokolade und sonstige Süßigkeiten und Nährmittel überwiesen worden. Die Spenden wurden in der Hauptsache an die in den Kinderanstalten (Heimen, Krippen, Bewahranstalten und Horten) untergebrachten und zum Teil an die vom Jugendamt beaufsichtigten und betreuten, durchgehends hilfsbedürftigen Kinder verteilt.

Meier Löbtau! Dienstag den 10. Januar, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Bürgergarten, Löbtau, an der Wernerstraße. Neuwahl der Bezirksleitung. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Haus- und Straßenbeleute werden ganz besonders gebeten, darauf hinzuwirken. Ohne Ausweis kein Zutritt. Die Versammlung des 3. Unterbezirks fällt infolge der außerordentlichen Versammlung aus.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer. Gruppe Peschen-Teichenberge. Sonnabend Mitgliederversammlung in A. Michels Restaurant, Torgauer Straße, Ecke Mohnstraße 1. Beginn 7½ Uhr. Vollzähliges Erscheinen erwünscht, da wichtige Tagesordnung.

Militärversorgungsgebührnisse und Versicherungsrenten werden bei den Zweigpostämtern 4 (Freiberger Straße) und 10 (Holbeinplatz) in der Zeit vom 8. bis 6. jedes Monats zur Entlastung der Schalterstellen nicht mehr gezahlt. Ausgenommen hiervon sind einmalige und erstmalige Zahlungen.

Verfertiger von falschen Fünfzigmarkscheinen abgefaßt. Der Polizei in Leipzig gelang es, dank der Aufmerksamkeit eines Geschäftsinhabers zwei Dresdner, den Händler Horst Rau, Bautzner Straße 67, und den Händler Richter, Burkhardtstraße 4, wohnhaft, bei der Verausgabung von falschen Fünfzigmarkscheinen abzufassen. Bei der Durchsuchung der beiden Personen wurde noch eine ganze Anzahl solcher Scheine vorgefunden, die sie an den Mann zu bringen beabsichtigt hatten. Rau war im Sommer 1921 Mitinhaber einer Druckerei am Taybera. Dort wurden auch die Falschgeldscheine auf einer sogenannten Bostonpresse hergestellt. Hier wurde noch der jetzige Inhaber der Druckerei, Wendler, und die Ehefrau des Rau, die offenbar an der Herstellung des Falschgeldes mitgewirkt haben, in Haft genommen. Bei Wendler wurde noch eine Anzahl halbfertiger Falschscheine im Geldschrank liegend vorgefunden. Desgleichen wurde auch die Notenpresse beschlagnahmt.

Einbruch. In der Nacht zum 4. Januar ist in ein Uhrengeschäft an der Tharandter Straße ein Einbruch verübt worden. Gestohlen wurden 10 Stück verschiedene Herrenuhren mit Nickelgehäuse, innen im Werk die Firma Junghans, 15 Nickelketten, 7 Dublee-Kavalierketten, 8 goldene Armbänder, 1 Dublee-Armband, 2 goldene, 5 silberne und 10 Dublee-Damenhalsketten, 4 runde Standwecker aus Nickel usw. Der Kriminalposten Löbtau, Tharandter Straße 5, bittet hierzu um sachdienliche Mitteilungen. — Ferner wurden aus dem Keller einer Schankwirtschaft in der Fritz-Reuter-Straße in der Nacht zum 5. Januar 8 Korbflaschen mit zusammen 40 Liter Kognak, 8 Flaschen Sekt, Marke Burgeff Grün, 2 Flaschen Likör, Marke Abtei Gold, 8 Flaschen Allasch und 1 Flasche Kümmel gestohlen. Die Kriminalpolizei bittet auch hierzu um sachdienliche Mitteilungen.

Tod im Straßenbahnwagen. Am Donnerstag gegen Mittag fiel in einem Straßenbahnwagen der Linie 1 während der Fahrt durch die Prager Straße ein 58 Jahre alter Gutsarbeiter aus Bobersdorf bei Frauenstein plötzlich um und verschied in dem stark besetzten Wagen augenblicklich am Herzschlag.

Dresdner Umgebung

Coschütz. Aus der Tätigkeit des Elternrates. Der am 10. Juni 1921 gewählte Elternrat der Coschützer Volksschule beschäftigte sich bisher in drei Sitzungen mit verschiedenen Schulfragen. Außerdem wurde eine Besichtigung der Schule und der Lehrmittel vorgenommen, über die bereits kurz in unserer Presse berichtet worden ist. In der ersten Sitzung wurde als Vorsitzender des Elternrates, der bekanntlich aus fünf Vertretern der weltlichen Schule und zwei Vertretern des christlichen Elternbundes besteht, unser Genosse Oswald Horn gewählt. In der zweiten Sitzung berichtete Herr Schularzt Dr. Ludwig über den Gesundheitszustand der Kinder und über die Schulgesundheitspflege, dabei wurden vom Genossen Hölzel (U. S. P.) die Abortverhältnisse kritisiert und vom Genossen Horn dazu eine Besichtigung der Schule angeregt, um eine Eingabe an das Schulamt richten zu können. In der dritten Sitzung wurde darauf die vom Genossen Rüdiger ausgearbeitete Eingabe beraten und gutgeheißen. In der Eingabe wurde die Notwendigkeit der Umänderung in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht begründet und ein möglichst baldiger Umbau der Abortanlage gefordert, die zumindest mit Wasserspülung versehen werden muß. Außerdem wurde in der Eingabe auf die Möglichkeit der Einrichtung eines Schulbrausebades im Keller des neuen Schulgebäudes hingewiesen, die eventuell auch von der Einwohnerschaft gegen ein entsprechendes Entgeld benutzt werden könnte. Zu dieser Sache berichtete Herr Dr. Böhmig, daß das Schulamt die Notwendigkeit eines Umbaues der Abortanlage bereits anerkannt habe, daß aber die gemeinsam unterschriebene Eingabe des Elternrates und der Lehrerschaft die Angelegenheit wesentlich beschleunigen könnte. — Auf Anregung des Genossen Rüdiger wurde für nächstes Weihnachten fabriziert, eine Weihnachtsbücherausstellung verbunden mit einer Ausstellung von Schülerarbeiten, zu veranstalten. Leider war dies am verflossenen Weihnachten nicht möglich, aber nächstes Jahr soll bestimmt darauf zugekommen werden. Die Eltern können sich also schon für nächstes Weihnachten darauf einrichten, daß sie ihre Bücher-Einkäufe in der Ausstellung erledigen können. — Auf Beschluß des Elternrates findet Donnerstag den 19. Januar, abends 7 Uhr, in der Turnhalle ein Aufklärungsvortrag des Herrn Lehrers Rudolf Ziemann über: „Das Kind und die sexuelle Erziehung" statt. Um die Unkosten zu decken, wird ein mäßiges Eintrittsgeld erhoben. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Elternschaft von Coschütz diesen wichtigen und lehrreichen Vortrag zahlreich besucht. Der Vortrag dürfte ganz besonders unsern Müttern wertvolle Fingerzeige über die schwierige sexuelle Aufklärung des Kindes geben. — Von der Lehrerschaft hat Lehrerin Fräulein Braun um Aufschluß, wie sich die Elternratsmitglieder von Coschütz zu dem Wahlspruch des christlichen Elternbundes zu den Stadtverordnetenwahlen stellten. Der Wahlspruch ist auch in Coschütz verbreitet worden und enthielt schwere Vorwürfe gegen die Lehrerschaft, die daran schuld sei, daß die Kinder jetzt verwilderten usw. In einer lebhaften Debatte darüber sprachen sich alle Mitglieder des Elternrates entschieden gegen das Flugblatt des christlichen Elternbundes aus, bis auf Herrn Frenzel, der bekannte, veranlaßt zu haben, daß das Blatt in Coschütz verbreitet würde. Er wollte sich nichts weiter dabei gedacht haben, obwohl ihm persönlich das Flugblatt ebenfalls zu weit gegangen sei. Unverständlicherweise legte Herr Lehrer Bösenberg dem Flugblatt angeblich keinen großen Wert bei und meinte, im Wahlkampfe seien solche Entgleisungen üblich. Ihm wurde von Fräulein Braun und den übrigen Mitgliedern des Elternrates ganz entschieden erwidert, die diese Stellungnahme verurteilten. Darauf erklärte Herr Lehrer Bösenberg, daß er nicht die Absicht gehabt habe, das Flugblatt zu verteidigen, sondern nur gemeint habe, daß so etwas im Wahlkampfe nicht so schlimm sei. Bisher wurde immer von der christlichen Seite den Vertretern der weltlichen Schule vorgeworfen, daß sie Politik in die Schule getragen hätten; durch das Flugblatt ist aber klipp und klar bewiesen, daß die Christlichen niemals davor zurückschrecken, wenn es ihren Zwecken entspricht. Der Entschließung des Hauptelternrates, die öffentlich in der Dresdner Presse die Anwürfe des Elternbundes gegen die Lehrerschaft zurückwiesen hat, wurde darauf gegen eine Stimme beigetreten. — Sodann wurden noch verschiedene andre Schulfragen besprochen und dabei der Wunsch ausgedrückt, die diesjährige Schulentlassungsfeier auf die späten Nachmittagsstunden zu verlegen, damit die Arbeitereltern Gelegenheit haben, daran teilzunehmen. Vom Herrn Dr. Böhmig wurde versprochen, diesen Wunsch des Elternrates dem Lehrerkollegium zur Beschlußfassung zu unterbreiten. — Aus diesem kurz zusammengefaßten Tätigkeitsbericht des Elternrates, der nur das Wichtigste aus den Sitzungen und Besprechungen berücksichtigt, ersieht die Coschützer Elternschaft, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Elternrates nützliche Arbeit zum Wohle unsrer Kinder geleistet haben. Wir werden selbstverständlich bei gegebener Gelegenheit wiederum über wichtige Angelegenheiten unsrer Fragen aus dem Elternrat berichten. ar.

Aus dem Parteileben

Dresden-Neustadt, Bezirk II. Heute keine Sitzung. Morgen Sonnabend gemütliche Zusammenkunft im Kurfürstenhof.

Gruppe Altstadt, Jungsozialisten. Sonnabend den 7. Januar in der Weißen Schleife, Ecke Wettiner- und Balmstraße. Vortrag des Genossen Böttel über: Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei. Pünktliches Erscheinen aller Teilnehmer ist erwünscht.

6. Unterbezirk

Neußlitz-Wölfnitz. Nächsten Sonntag, nachmittags 5 Uhr, in unserm Parteilokal Schneiders Restaurant: Gemütliches Beisammensein, zu welchem Genossen und Genossinnen herzlichst eingeladen sind.

Gorbitz und Umgegend. Dienstag den 10. Januar, abends 7½ Uhr, in Lösters Gasthof, Volksversammlung. Oberlehrer Genosse Heinicke wird über: Die 10 Gebote im Volke Israel und im Christentum sprechen. — Freie Aussprache. — Gründung einer Freidenkergruppe. Arbeiter, sorgt für guten Besuch dieser wichtigen Versammlung.

Bezirk Landesgast. Mittwoch den 11. Januar, nachmittags 5 Uhr, im großen Vereinszimmer des Ratskellers in Laubegast, Weihnachtsfeier für die Kinder der Genossen und Genossinnen. Anmeldungen sind bis spätestens Montag den 9. Januar an Genossen Heide, Bismarckstraße 21, zu richten. Ohne Anmeldung keine Teilnahme. Eltern und Gäste herzlich willkommen.

Frauen des Bezirks Coschütz, Gittersee, Burgk, Kleinnaundorf. Dienstag den 10. Januar Besuch der Weihnachtsfeier der Frauengruppe Löbtau, Jugendheim, Poststraße. Treffen der Genossinnen von Burgk und Kleinnaundorf abends 6 Uhr bei der Genossin Thümmler, der Genossinnen von Gittersee 6¼ Uhr bei der Genossin Eggert und der Genossinnen von Coschütz 6½ Uhr bei der Genossin Fröhlich. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Gewerkschaftsbewegung

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung

Von der Afa wird noch einmal auf die am 8. Januar für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt stattfindenden Wahlen der Vertrauensleute zur Angestellten-Versicherung hingewiesen. Die Wahlen für die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt finden von 2 bis 4 Uhr und für die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt von 11 bis 2 Uhr statt.

Es ist zweckmäßig, daß sich sämtliche Wähler bei der Ausübung der Wahl mit dem Einwohnermeldeschein versehen, um dadurch den Nachweis zu führen, daß das in Frage kommende Wahllokal für sie zuständig ist.

Die Verhandlungen mit den Beamten

Berlin, 5. Januar. Im Reichsfinanzministerium traten heute abend 5 Uhr die Vertreter der Reichsregierung und der Spitzenorganisationen zu den lange erwarteten Verhandlungen über die neue Teuerungsaktion für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches zusammen. An den Beratungen nahmen Vertreter aller Reichsressorts, des preußischen Finanzministeriums und Mitglieder des 23er-Ausschusses des Reichstags teil. Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Schlieben vom Reichsfinanzministerium wurde eine allgemeine, eingehende Aussprache gehalten. Es herrschte auf allen Seiten das Bestreben, die Verhandlungen so rasch zu führen, daß man dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt am 19. Januar eine Vorlage zugehen kann. Anfang nächster Woche werden die Verhandlungen fortgesetzt und dabei zunächst mit der Einzelberatung der Arbeiterfragen begonnen werden, nachdem inzwischen die Reichsregierung mit den Finanzministern der Länder sich ausgesprochen haben wird. Im unmittelbaren Anschluß an die Arbeiterfragen sollen die Beamten- und Angestelltenfragen behandelt werden.

Ganz wie bei uns

Die Leitung des Hauptverbandes der Industrie in Deutschösterreich hat ein vertrauliches Rund-Schreiben an die Verbandsmitglieder gerichtet, das „prinzipielle Grundsätze" enthält, die „in der Vorstandssitzung des Hauptverbandes der Industrie Oesterreichs vom 16. 11. 21 als verbindlich für sämtliche Unterverbände und Mitgliedsfirmen einstimmig zum Beschluß erhoben wurden". Einige Punkte aus diesem Feldzugsplan gegen das moderne Arbeitsrecht seien hervorgehoben:

Streikenden oder ausgesperrten Arbeitern oder Angestellten ist unter allen Umständen die Aufnahme zu verweigern.

Die 47stündige Arbeitswoche gilt als Arbeitswoche. Auch in Betrieben, wo nach den geltenden Bestimmungen die 44stündige Arbeitswoche in Betracht käme ist mit allen Mitteln anzustreben, daß die 48stündige Arbeitswoche aufrechterhalten bleibt.

Das Betriebsrätegesetz ist strikt und einschränkend zu interpretieren, das heißt, es ist keinem Mitglied der Verbände gestattet, über den Wortlaut des Gesetzes hinausgehende Konzessionen zu machen. Es gilt als strenge Verpflichtung, daß jede prinzipielle Forderung der Betriebsräte, selbst wenn sie mit dem Gesetz nach den Anschauungen des betreffenden Arbeitgebers im Einklang steht, vorher dem zuständigen Arbeitgeberverband zu unterbreiten ist.

Sozialisierungsbestrebungen welcher Art immer, ob sie nun von der Gesetzgebung oder von andrer Seite aus ausgehen, sind abzuwehren und ist mit dem Hauptverband der Industrie Oesterreichs als Gesamtarbeitgeberorganisation bei Auftreten solcher Bestrebungen das Einvernehmen zu pflegen.

Forderungen auf Abzug der Gewerkschaftsbeiträge durch den Arbeitgeber und deren Abführung an die Gewerkschaften in welcher Form immer sind abzulehnen. Es sind ferner alle Forderungen auf Erweiterung der gesetzlichen Urlaube abzulehnen.

Ebenso sind abzulehnen Forderungen auf Einflußnahme des

Ausschneiden! Aufbewahren!

Die neuen Postgebühren

Die wesentlichsten neuen Gebühren, die am 1. Januar 1922 im Post-, Postscheck- und Telegraphenverkehr

innerhalb Deutschlands

in Kraft traten, sind folgende

Für **Postkarten** im Ortsverkehr . . . . . 75 Pf.
" " " Fernverkehr . . . . . 1 M. 25 "
" **Briefe** im Ortsverkehr
bis 20 Gramm . . . . . 1 M 25 Pf.
über 20 bis 250 Gramm . . . 2 "
" **Briefe** im Fernverkehr
bis 20 Gramm . . . . . 2 M.
über 20 bis 100 Gramm . . . 3 "
" 100 " 250 " . . . . 4 "
" **Drucksachenkarten** . . . . . 40 Pf.
" **Drucksachen** bis 50 Gramm . . . . . 50 Pf.
über 50 bis 100 Gramm . . . 1 M.
" 100 " 250 " . . . 2 "
" 250 " 500 " . . . 3 "
" 500 Gramm bis 1 Kilogr. . . 4 "
" **Ansichtskarten**, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind . 40 Pf.
(Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.)
" **Geschäftspapiere** bis 250 Gramm . 2 M.
über 250 bis 500 Gramm . . . 3 "
" 500 Gramm bis 1 Kilogr. . 4 "
" **Warenproben** bis 250 Gramm . . 2 M.
über 250 bis 500 Gramm . . . 3 "
" **Päckchen** bis 1 Kilogramm . . . . 4 M.
" **Pakete**

	Nahzone	Fernzone
bis 5 Kilogramm	6 M.	9 M.
über 5 bis 10 Kilogramm	12 "	18 "
" 10 " 15 "	20 "	30 "
" 15 " 20 "	30 "	40 "

(Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungspakete —, bis 5 Kilogramm in der Nahzone kosten 3 M.)

Für Wertsendungen Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, welche beträgt

a) bei **Wertbriefen** für je 1000 M. der Wertangabe . . . . . 1 M 50 Pf.
b) bei **Wertpaketen** für je 1000 M. der Wertangabe . . . . . 2 "
mindestens bei einer Sendung . 3 "

Für **Postanweisungen** bis 100 M. . . 2 M.
über 100 bis 250 " . . . 3 "
" 250 " 500 " . . . 4 "
" 500 " 1000 " . . . 5 "
" 1000 " 1500 " . . . 6 "
" 1500 " 2000 " . . . 7 "

Die Einschreibegebühr ist auf 2 M. festgesetzt.

Für die **Eilbestellung** sind bei Vorausbezahlung zu entrichten

	für eine Briefsendung	für ein Paket
nach dem Ortsbestellbezirk	3 M.	6 M.
" " Landbestellbezirk	9 "	12 "

Für **Jahlkarten** bis 100 M. einschließlich . . . . 75 Pf.
über 100 bis 500 " " . . . 1 M. 50 "
" 500 " 1000 " " . . . 3 "
" 1000 " 2000 " " . . . 4 "
" 2000 " 5000 " " . . . 5 "
" 5000 M. . . . . 6 "

Für Auszahlungen mit Scheck eine feste Gebühr von 75 Pf und eine Steigerungsgebühr von ein Fünftel vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrages. Für Kassenschecke, die bargeldlos beglichen werden, wird die feste Gebühr von 75 Pf. nicht erhoben.

Für **gewöhnliche Telegramme** für jedes Wort 1 M., mindestens 10 M.

Die Inlandgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Oesterreich und Westpolen, jedoch sind Päckchen nur nach Westpolen zugelassen.

Nach Ungarn gelten die Inlandgebühren für Briefsendungen nicht mehr, jedoch bestehen für Ungarn niedrigere als die Weltpostvereinsgebühren für Briefe bis 20 Gramm und für Postkarten bestehen. Gleiche Ermäßigungen für Briefe bis 20 Gramm und für Postkarten werden im Verkehr nach der Tschecho-Slowakei eingeführt.

Die Weltpostvereinsgebühren

betragen vom 1. Januar 1922 an:

Für **Postkarten** . . . . . 2 M. 40 Pf
jedoch nach Ungarn und Tschecho-Slowakei . . . . . 1 M. 80 Pf
" **Briefe** bis 20 Gramm . . . . . 4 M.
jede weiteren 20 Gramm . . . . . 2 M.
(Meistgewicht 2 Kilogramm)
jedoch nach Ungarn und Tschecho-Slowakei bis 20 Gramm . . . . 3 M.
jede weiteren 20 Gramm . . . . . 2 M.
" **Drucksachen** für je 50 Gramm . . . . . 60 Pf.
" **Blindenschrift-Sendungen** für je 500 Gramm . . . . . 40 Pf.
(Meistgewicht 3 Kilogramm)
jedoch nach Tschecho-Slowakei für je 500 Gramm . . . . . 10 Pf.
" **Geschäftspapiere** für je 50 Gramm . . . 80 Pf.
mindestens 4 M.
" **Warenproben** für je 50 Gramm . . . . . 80 Pf.
mindestens 2 M.

Die **Einschreibegebühr** und **Rückscheingebühr** ist auf 2 M., die **Eilbestellgebühr** für Briefsendungen auf 3 M. festgesetzt.

Die **Gewichtsgebühr** für **Wertkästchen** beträgt 1 M. 50 Pf. für je 50 Gramm, mindestens 3 M. Die **Behandlungsgebühr** für **Wertpakete** wird in Höhe von 2 M. erhoben. Die **Versicherungsgebühren** erfahren keine Aenderung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220106/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Betriebsrates oder der Gewerkschaften bei Einstellung oder Entlassung von Arbeitern und Angestellten.

Charakteristisch für den Geist der geplanten Aktion ist die straffe Zentralisierung, die auch in den andern Grundsätzen zum Ausdruck kommt. Das „Einvernehmen des Hauptverbandes“ ist stets erforderlich, gleichgültig, ob es sich um die Bekämpfung der Sozialisierung, um Auseinandersetzungen mit Arbeiter- und Angestelltenorganisationen oder staatliche Interventionen bei Arbeitskonflikten handelt.

Glücklicherweise hat es der Hauptverband der Industrie Oesterreichs in den österreichischen Gewerkschaften mit einem glänzend organisierten Gegner zu tun. „Stramme zentrale Organisationen und vermehrte Kampffondssammlungen werden die Antwort sein“, erklärt die Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs in der Gewerkschaft vom 29. November 1921.

Giuseppe Bianchi gestorben

In Mailand verschied der Genosse Giuseppe Bianchi an den Folgen einer schweren Erkältung, die er sich auf seiner Rundreise durch Deutschland, an der er auf Einladung der deutschen Gewerkschaften im Dezember teilnahm, in Kiel zugezogen hatte. Nach kurzem Wirken als Korrektor am Avanti kam der junge, begabte Mann vor Jahren nach Deutschland, wo er den für die italienischen Mitglieder erscheinenden Operaio Italiano im Auftrage des Deutschen Bauarbeiterverbandes redigierte. Das alte Deutschland vertrieb ihn bald durch einen Majestätsbeleidigungsprozeß. Darauf übernahm er die Leitung eines italienischen Arbeiterblattes in der schweizerischen Hauptstadt, um kurz vor dem Krieg Herausgeber des Popolo in Verona, in seiner Heimat, zu werden. Von dort wurde er bald als Sekretär der Arbeiterkammer nach Venedig berufen, wo er zugleich das örtliche Arbeiterblatt redigierte. Als der Avanti ein eigenes Blatt für Turin gründete, übertrug man dem schreibgewandten und klugen Bianchi die Leitung, aber der italienische Gewerkschaftsbund zog ihn bald wieder fort, um ihn zum Sekretär seiner Zentrale und Schriftleiter seines Wochenorgans zu machen. Bei den allgemeinen Wahlen 1919 zog er als der jüngste Parlamentarier in die Kammer ein. Im gleichen Jahre sandte ihn die Partei mit der ersten Mission nach Rußland zum Studium der dortigen Verhältnisse. Seine letzte große Reise führte ihn durch die ehemalige deutsche Rüstungsindustrie, über deren Umwandlung zur Friedenserzeugung er ausführliche Berichte verbreitete. Von dieser Arbeit hat den erst Dreiunddreißigjährigen der Tod abberufen. Bianchi gehörte zu den jüngsten, aber auch tüchtigsten und vielversprechendsten Köpfen der so rasch aufstrebenden italienischen Arbeiterbewegung. Partei und Gewerkschaften erleiden durch seinen frühen Heimgang einen herben Verlust.

Angestelltentarif für die **Milchversorgungsanstalt.** Der zwischen dem Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, und der Dresdner Milchversorgungsanstalt abgeschlossene Tarifvertrag ist im Druck erschienen und im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Ritzenbergstraße 6, part., gegen Zahlung von 2 M. zu haben. Bei Zusendung durch die Post ist das Porto, 1,25 M., mit beizufügen.

Robert Zeiske, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, ist nach längerem Leiden im Alter von nahezu 57 Jahren gestorben. Zeiske war Mitbegründer des Verbandes der Gastwirtsgehilfen und seit April 1894 dessen Angestellter, zunächst als Kassierer der Berliner Ortsverwaltung, dann als Redakteur des Verbandsorgans und seit den letzten Jahrzehnten als Verbandsvorsitzender. Auch im Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und im Ausschuß des Gewerbegerichts war er tätig. Sein Ableben bedeutet besonders für die Bewegung der Gasthausangestellten einen schweren Verlust.

Die Wurzener Teppichfabrik A.-G., deren Arbeiterschaft sich seit mehr als 5 Wochen im Streik befindet, hat jetzt den Betrieb bis 1. April **gänzlich eingestellt.**

Die Bäcker in Essen sind gestern in den Streik getreten. Einigungsverhandlungen sind eingeleitet worden. Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkte, daß ohne eine Brotpreiserhöhung von 50 Pf. für das dreipfündige Brot die Forderungen der Bäckergesellen nicht erfüllt werden können. Der Regierungspräsident hat die Genehmigung zu der geforderten Brotpreiserhöhung verweigert.

Sportwetterbericht

Ort	Temperatur	Schneehöhe cm	Sportverhältnisse für Rodel	Ski
Geising-Altenberg	— 6	30	sehr gut	sehr gut
Kipsdorf	— 6	30	sehr gut	sehr gut

Touristenverein Die Naturfreunde, Dresden. Wintersportsektion. 8. Januar: Skitour Geising, Rehefeld, Kipsdorf. Abfahrt Sonnabend nach Hartmannmühle. — Ferner Uebungsfahren für Anfänger. Abfahrt wie oben.

Verantw. für den redakt. Teil Edgar Hahnewald, Dresden-A., für den Inseratenteil Max Seifert, Dresden-Gruna. Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden

Pirna. Nachdem in der hiesigen Gasanstalt eine Wassergasanlage errichtet wurde, soll Wassergas erstmalig am 7. d. M. in das Rohrnetz abgegeben werden.

Die Gasverbraucher werden von dieser neuen Einrichtung mit dem Bemerken hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß bei dem Wassergaszusatz die Luftschieber sowohl an den Leuchtflammen sowie auch an den Kocherbrennern je nach Bedarf geschlossen werden müssen. Bei den Leuchtflammen muß unmittelbar über der Brennerkrone der Glühlichte oder am Brennermundstück der Hängelichte ein intensiv grüner Kern sichtbar sein, andernfalls sind die Gasregulierdüse und der Luftschieber derart einzustellen, bis sich dieser intensiv grüne Kern auf alle Fälle zeigt. Bei den Kocherbrennern ist der Luftschieber gleichfalls zu schließen, bis sich an den einzelnen kleinen Brennflämmchen ein intensiv grüner Kern bemerkbar macht.

Bei den alten Kocherbrennern sind in der Regel keine Luftschieber vorhanden, an diesen muß die Luftöffnung durch Umschließen von Blechhülsen am Halse des Mischrohres teilweise geschlossen und dadurch der Lufteintritt in das Brennermischrohr gedrosselt werden.

Sollten die einzelnen Gasverbraucher diese Einstellung nicht selbst vornehmen können, so wolle man sich diesethalb an die Gasanstalt wenden.

Pirna, den 5. Januar 1922. [b251]

Der Rat der Stadt Pirna.

Herr Verwaltungssekretär **Wilhelm Mochaupt**, hier, ist von der Kreishauptmannschaft Dresden zum stellvertretenden Standesbeamten für den zusammengelegten Standesamtsbezirk Pirna bestellt worden.

Pirna, den 4. Januar 1922. [b251]

Der Rat der Stadt Pirna.

Sonnabend den 7. Januar, früh von 8 bis 9 Uhr, Verkauf **gekochten Rindfleisches** (1 Pfund 8 Mark) an die Inhaber der Freibankkarten auf Nr. 1278—1346 und Abschnitt 48.

Pirna, am 5. Januar 1922. [b251]

Der Rat der Stadt Pirna.

Rodelbahn. Auf dem Flurstück Nr. 568, zwischen der Hohen Straße und der Seminarstraße, ist eine **Rodelbahn für Kinder bis zu 14 Jahren** angelegt worden. Aelteren Personen ist die Benutzung dieser Bahn verboten. Von den Eltern, deren Kinder die Bahn benutzen, sind die Kinder nachdrücklich anzuhalten, die Nachbarfelder nicht zu betreten; etwaigen Schaden, den die Kinder auf den Nachbarfeldern anrichten, haben die Eltern zu vertreten. Die **Rodelbahn in der Pichlette** bleibt für **Erwachsene** wie bisher bestehen. Die gleichzeitige Benutzung eines Schlittens durch mehrere Personen auf dieser Bahn ist verboten. Im übrigen wird nunmehr im Hinblick auf das Vorhandensein von Rodelbahnen für Erwachsene und Kinder **das Rodeln auf den öffentlichen** Straßen, Wegen und Plätzen allgemein verboten. Zuwiderhandlungen werden auf Grund von § 366 des Reichsstrafgesetzbuches und § 1 der Verordnung vom 9. Juli 1872 bestraft.

Pirna, am 5. Januar 1922. [b251]

Der Rat der Stadt Pirna.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes vom 14. Dezember 1921 hat der Reichstag eine Erhöhung der Versicherungsgrenze für die laut § 165 RVO. betreffenden Personen auf 40 000 M. beschlossen.

Der im § 181 Abs. 2 der RVO. festgesetzte Grundlohn von 24 M. und 30 M. ist auf 40 und 80 M. erhöht worden.

Mit Genehmigung des Kassenausschusses wird der Höchstgrundlohn auf 80 M. festgesetzt und gelten ab 2. Januar 1922 folgende Grundlöhne und Beiträge:

Stufe	Tagesverdienst	Grundlohn	wöchentl. Kassenbeitrag
1	bis 4.— M. einschl. Lehrlinge ohne Entgelt	4.— M.	1.56 M.
2	mehr als 4.— bis 5.— M.	5.— „	1.95 „
3	„ „ 5.— „ 6.— „	6.— „	2.34 „
4	„ „ 6.— „ 8.— „	8.— „	3.12 „
5	„ „ 8.— „ 10.— „	10.— „	3.90 „
6	„ „ 10.— „ 12.— „	12.— „	4.68 „
7	„ „ 12.— „ 14.— „	14.— „	5.46 „
8	„ „ 14.— „ 16.— „	16.— „	6.24 „
9	„ „ 16.— „ 20.— „	20.— „	7.80 „
10	„ „ 20.— „ 24.— „	24.— „	9.36 „
11	„ „ 24.— „ 28.— „	28.— „	10.92 „
12	„ „ 28.— „ 34.— „	34.— „	13.26 „
13	„ „ 34.— „ 40.— „	40.— „	15.60 „
14	„ „ 40.— „ 50.— „	50.— „	19.50 „
15	„ „ 50.— „ 60.— „	60.— „	23.40 „
16	„ „ 60.— „ 70.— „	70.— „	27.30 „
17	„ „ 70.— „	80.— „	31.20 „

Gleichzeitig gelangen ab 1. Januar die lt. Anweisung vom 25. August 1921 vom Versicherungsamt neu festgesetzten Sachbezüge in Anrechnung.

Die Herren Arbeitgeber werden deshalb ersucht, bis spätestens 13. Januar 1922 die An- und Ummeldungen ihrer sämtlichen versicherungspflichtigen Beschäftigten betreffs der Neueinteilung in obige Klassen an die Kassenstelle einzureichen.

Wilsdruff, den 30. Dezember 1921.

Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt. Paul Neumann, Vorsitzender. [f14]

Sparkasse Cossebaude
Fortverzinsung der Einlagen mit 3 ½ %

Für die Gesellschaft!
Das Neueste in Stoff und Schnitt bei sorgfältigster Verarbeitung und unter Verwendung bester Zutaten
Fertig am Lager:
Frack-Anzug M. 2900 2500 1900
Smoking-Anzug M. 2500 2100 1900
Cut und Weste M. 1090 690 490
Für die Straße:
Herren-Anzüge aus gemustert., stark. Buckskins u. Cheviots M. 890, 690, 490, 290
Herren-Anzüge neueste Form, aus Kammgarn, Cheviot, Homespun . . M. 1650, 1350, 1200, 990
Schlüpfer, die große Mode in unerreichter Stoffauswahl, aus modernem Homespun, Flausch usw. M. 1500, 1350, 1200, 990, 690
Herren-Ulster in vielen Farben, warme Stoffe M. 1200, 990, 790, 590
Herren-Paletots für fein. solid. Geschmack, i. Marengo und Eskimo . . M. 1350, 990, 690, 290
Herren-Joppen Sport und II. Form, aus wetterfest. Loden M. 450, 350, 250, 125
Herren-Hosen für Arbeit und Straße, sehr strapazierfähig M. 190, 150, 98, 59
Herren-Hosen feine Kammgarn und Cheviot, gestreift, für Cutaway u. Gehrock, M. 490, 390, 290, 250
Reklame-Angebot
Trotz größter Preissteigerung der schweren Zeit Rechnung tragend, liefere ich unter Garantie für guten Sitz und unter Verwendung bester Zutaten aus guten haltbar. Stoffen:
Sakko-Anzug nach Maß M. 1500
Paletot nach Maß . . . . M. 1200
Schlüpfer nach Maß . . M. 1200
Beinkleid nach Maß . . M. 350
Schnellste Lieferung
Herren-Artikel • Sport-Bekleidung • Preiswerte Stoffe per Meter
Geh-Pelze • Sport-Pelze • Pelz-Joppen
in schöner Auswahl zu niedrigen Preisen!
Prager Straße **ESDERS** Waisenhausstraße
Grösstes Herren-Bekleidungshaus [f148]

Metalle zum Einschmelzen
Kupfer, Messing, Rotguß, Zinn, Zink, Blei, Zinnstanniol, Kupfer-, Messing- und Rotgußspäne kauft laufend [e365]
(Vorlage u. Satz geist. Eigentum)
Graf, Drehgasse 2
An der Amalienstr. Tel. 17229.

Pelzwaren
Reisemuster zu bedeutend ermäßigten Preisen
Pelzwarenhaus [e583]
Stöckel & Löbel
DRESDEN-A.
Schössergasse 2, II., Ecke Altmarkt

Musikinstrumente aller Art, auch defekte, kauft u. tauscht
13 Otto Friebel 13 Ziegelstraße
Man achte genau auf meine Adresse!
Fernruf 14964. [f850]

Auf **Teilzahlung** und Barverkauf [f299]
Schlüpfer, Anzüge, Hosen, Joppen, Strickjack., Gardinen | Damen-Mäntel, Kleider, Blusen, Bettwäsch., Sofas
Spiegel, Flurgarderoben, Chaiselonguedecken usw.
Langer
Frauenstr. 12, I.
Kreditverkauf nach auswärts

Vierte Sächs. **Landeswohlfahrts-Geld-Lotterie.**
Hauptvertrieb: Invalidendank für Sachsen Dresden-A. König-Johann-Str. 8.
Ziehung 28.—30. Januar 1922.
Höchstgewinn im günstigsten Falle: 125000
Prämie: 75000
Haupt-gewinne 50000, 20000, 10000, 5000 usw.
kleinst. Gewinn 10 M.
Lose à 5 M. (Postgeld u. Liste M. 3.50) bei den Staatslotterie-Einnehmern und den durch Plakate kenntlich. Geschäften. [e384]

Spülapparate
Klysos, Duschen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Monatsgürtel, Vorfallbinden, Klistierspritzen
Fr. Heusinger
Jüdenhof 3 [f244]
nahe Neumarkt u. Altmarkt.

Erstaunlich billig!
Joppen aller Art
Militärhosen, Arbeitskleidung, Streifhosen, Herren- und Burschen-Anzüge und Schlüpfer, Schaftstiefel, Militärschuhe verkauft billig [f778]
Tager, Webergasse 33, I.

Zum Jahresabschluß
empfehlen wir unser großes Lager in
Geschäftsbüchern
Briefordnern • Ablegemappen • Schnellheftern.
Emil Klink Nachf. [f303]
Haeußler & Sachse, Dresden
Geschäftsbücherfabrik und Bureaubedarfshaus
Waisenhausstraße 7. Fernsprecher 27185.

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-A., Jacobi-, Ecke Augsburger Straße
empfiehlt zu noch sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte Kernledersohlen
in verschiedenen Gerbarten, nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt. Ferner Oberleder, Täschnerleder und sämtl. Schuh-, Gürtel- u. Riemerschnallen, Maschinen, Druckknöpfe, Taschenschlösser, Leisten u. Werkzeuge.

Spare Geld, kaufe direkt! Arbeitskleidung
Sportkleidung, Spezialität: gestreifte Halbtuch-, Ledertuch- und Sporthosen, Arbeitsjacken und Westen, Maschinisten-Anzüge in bester Qualität, direkt von der Kleiderfabrik Bruno Barthel, Dresden, Waisenhausstraße 30, bei Anders Nachf., Zigarrengeschäft, Dresden, Wilsdruffer 28, Alfred Walther, Großschachwitz, Zinnastr. 2, Frau Martha Tappert, Heidenau-Süd, Friedrichstraße 31, Johann Kriebel, Schneidermstr., Großröhrsdorf, Kirchstraße 59, Frau Ida Strobel, Hinterjessen b. Copitz. [f383]

Die Volksschule als Einheitsschule
von Dr. Max Apel. Preis 1 Mark.
Zu haben in der Volksbuchhandlung.

Billig! Billig!
Möbel
Gr. Brüdergasse 19
Großer Posten Bettstellen v. 220 M. an
Auflege-Matratzen v. 220 M. an
Kleiderschr. in Eiche u. Nußbaum, einzeln, m. u. ohne Wäscheeinrichtung v. 600 M. an [e328]
Chaiselongues und Sofas, prima Verarbeit., geschmackv. Muster
E. Coldhammer
19 Große Brüdergasse 19

Achtung, Obstkahn!
wieder am Terrassenufer, am Ausgang der Münzgasse.
Hermann Manteufel. [b1532]

Haarnetze
für Wiederverkäufer.
Frau Emma Schunk
40 am Postplatz Wilsdruffer Straße 40

Der Zukunftsstaat
Produktion und Konsum im Sozialstaat.
Volksbuchhandlung

Haarnetze
zu niedrigsten Tagespreisen nur für Wiederverkäufer bei
D. Mayersohn Dresden
Wilsdruffer Str. 21.

Laubsägeholz Werkzeuge
Sommer & Seupke
Seestr. 8 [f160]
Ecke Altmarktchen.

Dresden seit der Revolution

Rede des Oberbürgermeisters Blüher anläßlich der Einweisung der Stadtverordneten

Das Vertrauen der Bürgerschaft hat am 13. November 1921 Sie, meine Damen und Herren, zu Stadtverordneten berufen, und es liegt mir heute ob, Sie namens des Rates zu begrüßen und in Ihr neues Amt einzuweisen. Als ich am 20. Februar 1919 das am Ende des vergangenen Jahres auseinandergegangene Kollegium einwies, gab ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadtverordnetenschaft auch in ihrer neuen, wesentlich andern Zusammensetzung imstande sein würde, die schwierigen Aufgaben der Stadtverwaltung gemeinschaftlich mit dem Rate zu erledigen. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Um so mehr darf ich Ihnen gegenüber die Erwartung aussprechen, daß unsre gemeinsame Arbeit in den drei Jahren, die vor Ihnen liegen, von dem Willen getragen sein wird, die uns obliegenden Arbeiten im Interesse unsrer Stadt gedeihlich zu erledigen.

Seit der Einweisung am 20. Februar 1919, bei der ein Abriß über die Tätigkeit der Stadtverwaltung bis Ende des Jahres 1918 gegeben wurde, sind drei schwere Jahre über Deutschland, den Freistaat Sachsen und die Stadt Dresden dahingegangen, schwer an Sorgen und schwer an Arbeit. Es war begreiflich, daß über die Schuld am Kriege und am Kriegsverlust das Volk sich in zwei Teile teilte. Erst langsam brach sich die Erkenntnis Bahn, daß in der Zeit, in der uns trotz dem Friedensschlusse nach wie vor die größten Gefahren von außen drohen, allen Einsichtigen die Pflicht obliegt, politische, wirtschaftliche und soziale Gegensätze nach Möglichkeit zu überbrücken und gemeinschaftlich am Wiederaufbau unsrer Wirtschaft und an der Wiederaufrichtung unsres zusammengebrochenen Volkes zu arbeiten. Wem unter uns diese Erkenntnis noch nicht gekommen wäre, dem würde das Ergebnis der letzten Wahlen die Augen öffnen müssen. Die Stimmengleichheit zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten, die in Dresden wie in Leipzig und zahlreichen andern Gemeinden Sachsens sich ergeben hat, muß jedem, der die Pflicht zur praktischen Arbeit in sich fühlt, dazu führen, daß eine Politik unmöglich ist, die auf der Gegensätzlichkeit dieser beiden zahlenmäßig gleichen Teile ruht. Es muß unser aller Aufgabe sein, im Wege gegenseitiger Zugeständnisse

eine Politik der Mitte

zu führen, und der Rat wird es als seine besondere Aufgabe betrachten müssen, dort, wo wider Erwarten noch Gegensätze bestehen bleiben sollten, den Weg zur Vermittlung zu bahnen und unser Gemeinwesen vor Erschütterungen zu bewahren, die es heute weniger denn je ertragen kann.

Nach einem kurzen Rückblick auf die außen- und innerpolitische Lage und einem Hinweis auf die Geldentwertung, fuhr der Redner fort: Die Folgen dieser Entwicklung haben namentlich die Finanzverwaltungen der öffentlichen Gemeinwesen empfunden, die heute wohl nirgend mehr die frühere Ordnung aufweisen. Die Schwierigkeiten in der Gemeindeverwaltung wurden noch durch zwei Momente gesteigert: erstens durch die Neuordnung des Steuerwesens im Wege der Verreichlichung der Einkommensteuer, die bisher das finanzielle Rückgrat, vor allem der sächsischen Gemeinden, gebildet hatte, und die gleichzeitige Neuorganisation der Steuerverwaltung; zweitens durch die allmähliche Zentralisierung der gesamten Regelung der Beamten- und Arbeiterbezüge, so daß heute die Regelung der Gehälter für die Reichsbeamten und Reichsangestellten zwangsläufig die Nachfolge auch im Lande und in der Gemeinde zur Folge hat und daß Tarifverträge für die Arbeiterschaft mehr und mehr zentral abgeschlossen werden. Diese Entwicklung bedeutet eine wesentliche

Minderung der Selbstverwaltung der Gemeinden

auf zwei wesentlichen Gebieten: dem Steuerwesen und der Beamten- und Arbeiterpolitik, und zugleich eine Herabsetzung ihrer Finanzkraft. Unter dem Drucke dieser Entwicklung und der Notwendigkeit, alle vorhandenen Kräfte nach Möglichkeit auszunutzen, ergab sich ein früher nicht beobachteter Zusammenschluß von Gemeinden. Er wirkte sich in Dresden in der

Eingemeindung von 23 Ortschaften

aus. Diese Eingemeindung gab Anlaß zu einem Versuch kommunaler Dezentralisation. Für die eingemeindeten Ortsteile und einige Nachbargebiete wurden Verwaltungsausschüsse eingesetzt, die bestimmt sind, die örtlichen Interessen gegenüber der Zentralverwaltung wahrzunehmen.

Zwei Eingemeindungen sind noch nicht zu Ende gebracht: diejenige von Roßthal und des Gutsbezirks Albertstadt. Es darf gehofft werden, daß das begonnenen Jahr diese Arbeit zu Ende führt.

Durch die Eingemeindungen wuchs die Einwohnerzahl um 58 429 Köpfe, während sie in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1921 durch Geburten- und Wanderungsüberschuß um 23 660 stieg und heute auf 606 300 angegeben wird. Die Zahl der Geburten betrug in den letzten drei Jahren 7335, 10 340 und rund 10 000; sie wuchs von 15,4 auf 18,8 v. T.; die Zahl der Sterbefälle sank ständig, von 15,9 auf 12,6 v. T. Die Säuglingssterblichkeit blieb im ganzen stehen; 11,5, 10,0, 11,6 (auf 100 Lebendgeburten); die Sterbefälle an Altersschwäche, Grippe und Lungentuberkulose gingen allmählich bis auf den Stand der Vorkriegszeit zurück; dagegen wuchsen die Geschlechtskrankheiten. Die Hochflut der Ehescheidungen ist rückläufig; sie betrugen — gegen 4325 = 7,7 v. T. in 1913 — 6358 = 11,0 in 1919, 7602 = 14,2 in 1920, 6624 = 11,0 in 1921.

Das Zurückfluten des Heeres in die Heimat äußerte sich in der Gemeindeverwaltung günstig im

Abbau des Kriegsunterstützungswesens.

Die Zahl der laufend unterstützten Familien, die im Januar 1919 noch 27 704 betrug, sank bis Januar 1920 auf 1979, bis Januar 1921 auf 70, im Juli 1921 auf 1. Gezahlt wurden an Familienunterstützungen im Jahre 1919 noch 10 527 461 M., im Jahre 1920 nur 826 778 M., im Jahre 1921 (bis November) rund 31 000 Mark. Die Gesamtsumme von 1914 bis 1921 betrug, nach Abrechnung der Erstattungen, rund 100 Millionen Mark.

Auch die Kriegsorganisation Dresdner Vereine, in der 210 Vereine und Gesellschaften sich zur ergänzenden Fürsorge zusammengeschlossen, stellte im Juli 1919 ihre Arbeit ein. Sie gab in den fünf Jahren ihres Bestehens rund 20 Millionen Mark für Familienunterstützungen, 4,8 Millionen Mark für Volksküchen, 3,7 Millionen Mark für Liebesgaben und Verpflegung der Verwundeten auf Bahnhöfen und Truppentransporten, 1,8 Millionen für sonstige durch den Krieg in Not geratene Personen aus, wozu sie aus Vereins- und Mitgliedsbeiträgen rund 8 Millionen Mark und aus 16 Haussammlungen rund 1,9 Millionen Mark beisteuerte, während das übrige die Stadt zuschoß.

Die Sorge für die Kriegsverletzten und Kriegerhinterbliebenen,

die in Sachsen der Heimatdank zu seiner Aufgabe erwählt hatte, überstieg sehr bald die Kräfte dieses freiwilligen Verbandes. Das Reich mußte hier eintreten. Zur Organisation der Reichshilfe trat am 1. August 1920 das Ortsamt für Kriegerfürsorge ins Leben. Es zahlte in der Zeit vom 1. April 1920 bis 30. November 1921 bar an Kriegsverletzte 2 273 403 M., an Kriegerhinterbliebene 1 146 703 M.; es gewährte daneben Kleidung für 220 000 M., Nahrungsmittel für 400 000 M., Heizmittel für 21 000 Mark, ferner 1921 an Einschulungsbeihilfen für Konfirmanden 64 Konfirmandenanzüge, 110 000 M. für Geschenksparbücher anläßlich des Jubiläums der Sparkasse und 72 000 M. bar; auch für 1922 sind Schulentlassungsbeihilfen vorgesehen. Zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kriegerkinder wurden im Jahre 1921 rund 497 000 M. aufgewendet. Nebenher ging die Vermittlung von Darlehen, die Förderung der Siedlungsangelegenheiten, die Auszahlung der Umschulerbeihilfen des Landesamts, die Gewährung von Vorschüssen auf Rentenerhöhung sowie von Ueberteuerungszuschüssen u. a. m.

Neben dem Ortsamt für Kriegerfürsorge leistete der Heimatdank ergänzende Arbeit; er gab in den drei Jahren rund 725 000 Mark für Kriegsverletzte und rund 800 000 M. für Kriegerhinterbliebene aus, überdies 215 000 M. für besondere Einrichtungen, vor allem die Schuhausbesserungsstelle.

Das Zurückfluten des Heeres in die Heimat hatte nicht nur die — für die Gemeindefinanzen günstige — Folge des Abbaues der Kriegsunterstützungen, sondern daneben den viel wesentlicheren Nachteil der

Erwerbslosigkeit.

Damit entstand für die Stadt eine ganz neue, umfangreiche und schwierige Aufgabe, die dem am 4. November 1918 errichteten Kriegsfürsorgeamt übertragen wurde. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen erreichte den Höhepunkt im März 1919 mit rund 20 000, sank bis Ende Januar 1920 auf 14 030 und bis Mai 1921 auf 10 257, um im Dezember 1921 auf 3500 zu fallen; in der allerletzten Zeit steigt die Erwerbslosenziffer wieder an und beträgt jetzt etwa 3700. Die gezahlten Unterstützungen beliefen sich bis Ende November 1921 auf rund 126 Millionen Mark, wovon rund 103 Millionen vom Reiche und vom Staate getragen werden, während die Stadt 23 284 057 M. endgültig belasten. Der Verwaltungsaufwand bis Ende November 1921 betrug in dem auf die Stadt entfallenden Sechstel 2 135 951 M.

Die Kontrolle der Unterstützten auf Arbeitslosigkeit und Arbeitswillen geschah, im Zusammenarbeiten mit dem Zentralarbeitsnachweis. In den Jahren 1919/21 wurden bei ihm 287 960 Arbeitsuchende und 267 686 offene Stellen gemeldet und von letzteren 228 969 = 86 v. H. besetzt. Die Höchstzahl der Arbeitsuchenden betrug 35 120 im Februar 1919, die Mindestzahl 15 349 im November 1921. Die Kosten der Zeit von 1919 bis Ende November 1921, soweit sie die Stadt treffen, betrugen 1 265 747 M. für den Arbeitsnachweis und 4 132 411 M. für die Erwerbslosenfürsorge.

Die Stadt vermittelte nicht nur Arbeitsgelegenheit, sondern beschaffte auch in weitem Umfange solche. Zu Notstandsarbeiten — Kanal- und Straßenbauten und Bau der Radeber Dutrinne — wurden 36 Millionen Mark bereitgestellt, von denen 7,2 Millionen Mark durch öffentlichen Zuschuß erstattet wurden und wobei bis zu 1300 Notstandsarbeiter Verwendung fanden.

Die Kriegswohlfahrtspflege

hatte viele Personen unterstützt, die nach dem Abbau des Kriegsunterstützungswesens weder bei dem Ortsamt für Kriegerfürsorge noch bei der Erwerbslosenfürsorge unterkamen. Sie zu betreuen übernahm das Fürsorgeamt, das am 1. Juni 1920 infolge der grundsätzlichen Umgestaltung des öffentlichen Unterstützungswesens an die Stelle des bisherigen Armenamts trat. Diese Umgestaltung, die sozialpolitisch das bedeutsamste Ereignis der Berichtszeit darstellt, bestand sachlich in der Erweiterung der Fürsorge von der Armenpflege zur vorbeugenden Fürsorge, unter Beschränkung der rechtsmindernden Gründe des Armenrechts auf die Fälle nachweislichen Verschuldens oder Mißbrauchs. Das Wesentliche war die Anstellung hauptamtlicher Sozialbeamtinnen und die Anstellung eines ärztlichen Beirats.

Die durch die Not der Zeit gebotene Erweiterung des Unterstützungswesens sowie die Geldentwertung führte dazu, daß der jährliche Aufwand für Unterstützungen, der im Jahre 1919 noch 991 000 M. betrug, im Jahre 1921 auf mehr als sechs Millionen Mark anwuchs. Geplant ist die Einrichtung von Werkstätten für Erwerbsbeschränkte (im Hause Käufferstraße 11), die Errichtung einer Zweigstelle der gemeinnützigen deutschen Hausratwerke zur Beschaffung preiswerter Möbel für Minderbemittelte sowie die Errichtung eines Schutzhauses für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen. Das frühere Fürsorgeamt, das sich mit der Sorge für die Jugend beschäftigte, erhielt den treffenderen Namen Jugendamt. Die Säuglingsfürsorge wurde ausgebaut, indem man neben der bisherigen Zentralstelle für die Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge sechs neue Säuglingsfürsorgestellen errichtete und sechs Säuglingsschwestern im Hauptamt sowie fünf Aerzte im Nebenamt anstellte. Die Erholungsfürsorge (Stadtkinder aufs Land) wurde neu organisiert und besonders gepflegt. Die Unterbringung von Kleinkindern in Stadt- wie in Landpflege verursachte außerordentliche Schwierigkeiten. Die gewaltige Teuerung namentlich der Milch erschwert die Gewinnung geeigneter Ziehmütter. Dabei besteht infolge der günstigeren Lage des Arbeitsmarktes eine Ueberfüllung in den Kinderfürsorgeanstalten. Die Anstalten der Vereine zeigen dasselbe Bild wie beim Fürsorgeamt; sie sind an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen und städtische Beihilfen müssen gegeben und erhöht werden.

Zu den wichtigsten, aber auch undankbarsten Aufgaben gehört heute

die Wohnungsfürsorge,

die dem Wohnungsamt mit zur Zeit 240 Kräften zufällt. In zahlreichen Bestimmungen auf Grund der reichs- und landesgesetzlichen Wohnungsgesetzgebung war der Rechtsboden für die Zwangsmaßnahmen des Wohnungsamtes zu schaffen, bis die Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 6. Januar 1921 eine Kodifikation des gesamten für Sachsen geltenden Wohnungsnotrechts brachte und die Dresdner Ausführungsbestimmungen vom 14. März 1921 die örtliche Anwendung regelten. In den drei Berichtsjahren wurden 1870 Wohnungen durch Neubau erstellt, gegenüber 2376 Wohnungen in dem einen Friedensjahr 1913. Davon wurden 1890 in 602 Häusern mit öffentlichen Zuschüssen errichtet, und zwar im Jahre 1919 288, 1920 834, 1921 758, davon 1666 Wohnungen mit 1 bis 4 Zimmern und 164 größere Wohnungen für kinderreiche Familien und in teilweiser Bezuschussung. Die gesamten Baukosten der Zuschußbauten betragen 106,2 Millionen Mark, wovon 80,0 Millionen Mark durch öffentliche Zuschüsse (Reich, Staat und Gemeinde) aufgebracht wurden. Die Stadt hat bisher 42,6 Millionen Mark zugeschossen. Die durchschnittlichen Baukosten sind von 38 600 Mark je Wohnung und 630 M. je Quadratmeter Wohnfläche im April 1919 auf 74 600 M. Gesamtkosten je Wohnung und 1141 M. je Quadratmeter im Jahre 1921 gestiegen. Außerdem sind in der Berichtszeit 216 Barackenwohnungen im Jägerpark und auf der Schlachthofinsel mit einem städtischen Aufwand von über 4 Millionen Mark errichtet worden; mit städtischen Zuschüssen von 6,3 Millionen Mark wurden weitere 728 Wohnungen durch Um-, Ein- und Aufbau vorhandener Häuser ausgebaut (darunter 88 Kleinwohnungen in Kasernen) und 113 verfallende Wohnungen durch Instandsetzung erhalten. In 590 Fällen wurden insgesamt 1 687 000 M. aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge für Hausreparaturen gewährt. Weiter hat die Tätigkeit der Wohnungsaufsicht insgesamt 545 Wohnungen dem Wohnungsmarkt gewonnen durch Beseitigung unzulässiger Ausnutzung oder von gewerblicher Verwendung oder von Doppelwohnungen, durch Wohnungsteilung durch Beihilfen zur Umsiedlung, Aufnahme der Inhaber in Altersheime und durch Einrichtung des Luisenhauses als Wohnheim. Im Wege der Zivileinquartierung sind seit 30. März 1919 nach Durchprüfung von 5800 Wohnungen 1380 Wohnungen — 24 v. H. der besichtigten Wohnungen für Zivileinquartierung vorgemerkt, davon 714 Wohnungen belegt und in 370 weiteren Fällen Ersatzleistungen (Ersatzwohnung oder Abfindungssumme für Wohnungsbauzwecke) gewonnen und insgesamt 777 Parteien mit 2724 Personen untergebracht worden. Alles in allem hat die Tätigkeit des Wohnungsamtes in den drei Berichtsjahren den Wohnungsvorrat um etwa 4150 Wohnungen vermehrt. Beim Wohnungsnachweis sind freilich seit Einführung des Mietausweises (im März 1920) bis zum 13. Dezember 1921 insgesamt über 36 600 Anträge eingegangen, denen in der gleichen Zeit nur etwa 15 700 Wohnungszuweisungen entgegenstehen, so daß über 20 000 der eingegangenen Anträge, davon 6000 vordringlich, bisher nicht berücksichtigt werden konnten. Wie sehr die geregelte Wohnungsverteilung durch eigenmächtiges Handeln (Schwarzmieten) erschwert wird, erweist die Tätigkeit der erst vor einem halben Jahre gegründeten Räumungsabteilung, die in 680 Fällen Leerstellungsverfügungen wegen unbefugten Wohnungsbezuges erlassen und bisher 106 Zwangsräumungen durchführen mußte, während noch über 370 Räumungsverfahren schweben. Als Ergebnis der Tätigkeit des Wohnungsamtes ist erneut zusammenzufassen, daß die kleinen Mittel der öffentlichen Wohnungsbewirtschaftung (Zivileinquartierung, Wohnungsteilung, Beschaffung von Not- und Behelfswohnungen, Beseitigung von Doppelwohnungen und gewerblicher Ausnutzung) ziemlich ausgeschöpft sind. Helfen kann nur verstärkte Neubautätigkeit.

Behandelt das Wohnungsamt den einen Teil der Wohnungszwangswirtschaft, so fällt der andre Teil dem Mieteinigungsamt zu, dessen Arbeitslast lawinenartig anschwoll. Die Zahl der Streitfälle, die 1919 noch 6750 betrug, wuchs 1920 auf 32 800 und 1921 gar auf 60 000. Trotz fortgesetzter Vermehrung des Personals auf zwölf Spruchkammervorsitzende mit 87 Beamten usw. waren im Oktober 1921 noch 32 000 Fälle im Rückstande. Einschneidende Maßnahmen werden es voraussichtlich ermöglichen, daß die Reste bis Anfang Februar 1922 aufgearbeitet sind. Für die Grundsätze des Mieteinigungsamtes wurden im Sommer 1920 zwischen Mietern und Vermietern Richtlinien vereinbart, die in gewissem Umfange vorbildlich wirkten. Sie wurden von den Mietern am 11. Januar 1921 gekündigt und von der sogenannten Neunterkommission (drei Spruchkammervorsitzenden mit je drei Beisitzern von Mietern und Vermietern) weiter ausgebaut und vereinfacht. Die neueste Vereinfachung, die seit dem 1. Dezember 1921 gilt, betrifft vor allem die sogenannten Betriebskosten. Ob die neuen Sätze den berechtigten Bedürfnissen überall genügen, muß abgewartet werden. An eine dauernde Besserung des in dieser Hinsicht unleidlichen Zustandes auf dem Gebiete des Mietwohnungswesens wird vor der Verabschiedung des Reichsmietengesetzes nicht zu hoffen sein.

Die unheilvollen Folgen der Geldentwertung machten sich begreiflicherweise auch bei den städtischen Betrieben geltend. Der bureaukratische Geschäftsgang konnte bei der sprungkasten Steigerung der Löhne und Materialienpreise weder bei den Vergebungen noch bei der Steigerung der Tarife für die Straßenbahn, Wasser, elektrischen Strom, Gas, Koks usw. rasch genug folgen. Um mit diesen Mißständen gründlich aufzuräumen, haben die städtischen Körperschaften der Verwaltung der städtischen Betriebe eine völlig neue, freiere und kaufmännische Gestalt gegeben. Die neue Verwaltungsordnung soll am 1. April 1922 in Kraft treten. Bei der

Straßenbahn

wird damit die Reform nicht abgetan sein; über die schwierigen Fragen, die hier zu lösen sind und die in erster Linie Personalfragen betreffen, werden wir Ihnen baldmöglichst Vorschläge unterbreiten.

Es stieg in den drei Jahren der Preis der Straßenbahn von 15 Pf. auf 2 M. für die Einzelfahrt, des Wassers von 15 Pf. auf 1,25 M. für das Kubikmeter, des elektrischen Lichtstroms von 75 Pf. auf 4,55 M. für die Kilowattstunde, des Gases von 19 Pf. auf 2,20 Mark für das Kubikmeter, des Kokses von 3 M. auf 28 M. für das Hektoliter. Die Zahl der Fahrgäste bei der Straßenbahn ging von 170 auf 130 Millionen zurück; die Betriebsleistung, die 1913 rund 87 Millionen Wagenkilometer betragen hatte, sank auf rund 29 Millionen in 1920 und rund 28 Millionen in 1921. Die Ausgaben, die 1913 sich auf 12,5 Millionen Mark beliefen, werden für 1922 auf 174 Millionen Mark geschätzt. Der Personalbestand, der Ende 1913 sich auf 2722 Beamte und Angestellte sowie auf 1006 Arbeiter beziffert hatte, betrug Ende 1919 3126 und 1474 und Ende 1921 2935 und 1145. Die Eingemeindungen brachten den Zugang der Linie Laubegast—Niederseditz—Meinsdorf und den Eintritt in den Verband der Linie Loschwitz—Pillnitz. Die Not führte zu einer wesentlichen Verminderung der Haltestellen. Die seit langem erwartete neue Linienvorlage ist nunmehr im Druck.

Beim Wasserwerk wurden die Fassungen sowohl in Tolkewitz-Laubegast als auch an der Saloppe erweitert und der Umbau des letzteren Werkes für elektrischen Betrieb — zur Ersparung an Betriebskosten — in Angriff genommen. Die Werke Südhau und Weißer Hirsch sollen stillgelegt und die Gebiete an das Loschwitzer Werk angeschlossen werden. Im Süden ist die Einleitung von Talsperrenwasser aus der Weißeritztalsperre geplant.

Selbst die Sparkasse stand in Gefahr, daß die Unkosten den Zinsenüberschuß mehr als aufwogen. Die Erhöhung des Hypothekenzinsfußes und einschneidende Maßnahmen haben die Gefahr beseitigt. Die Einlagen überwogen ständig die Rückzahlungen, in 1919 um 87, in 1920 um 20, in 1921 um 14 Millionen Mark. Die Zahl der Sparer stieg — zum guten Teil infolge der Eingemeindungen — von 443 600 auf 552 000, das Einlegerguthaben von 248 auf 397 Millionen Mark, das Vermögen von 256 auf 404 Millionen Mark. Am 3. Februar 1921 feierte die Sparkasse ihr hundertjähriges Bestehen.

Litten unter der Geldentwertung schon die werbenden Betriebe und Anstalten, so noch vielmehr unsre von vornherein auf Zuschuß berechneten Verwaltungen, in erster Linie

die Krankenanstalten,

bei denen die Notwendigkeit der Uebernahme des Carolahauses und des Maria-Anna-Hospitales — beide in der bisherigen Hand unhaltbar geworden — und vor allem die Wirkung eines falsch verstandenen Achtstundentages hinzutraten. Trotz einer Erhöhung der Verpflegsätze von 4 M. auf 40 M. ist der Jahreszuschuß, der 1918 noch 1 030 000 M. und 1919 noch 1 570 000 M. betrug, auf 6 827 000 M. in 1920 und auf 25 Millionen Mark in 1921 gewachsen. Auch hier wird die Personalfrage gelöst werden müssen. Im übrigen hat sich — trotz der Ungunst der Zeit — die Stadt der Notwendigkeit eines Gesamtumbaues des Krankenhauses Friedrichstadt nicht verschließen können und zunächst rund 10 Millionen Mark zum Bau eines Hauses für die Krankheiten der Luftorgane bewilligt.

Auch bei der Feuerwehr ist der Mehraufwand zu einem erheblichen Teile durch die Neuordnung des Dienstes (24stündiger Wachdienst nach 24stündiger Freizeit — statt 36stündigem Wachdienst nach 24stündiger Freizeit), zu weiteren Teilen durch eine neue Aufgabe veranlaßt: Uebernahme des Krankentransportes und der Sanitätswachen. Die Automobilisierung der Feuerwehr wird Ende 1922 durchgeführt sein.

Besonders in die Augen fällt die Aufwandssteigerung für

die Sicherheitspolizei,

die vertragsmäßig der Staat in Dresden zu besorgen hat. Zur Verstärkung der Sicherheit war es nötig, im Mai 1919 eine Einwohnerwehr zu errichten, die in dankenswerter Weise bis 1. Oktober 1920 der Stadt wertvolle Dienste geleistet hat. Vom letzteren Zeitpunkte an einigten wir uns mit der Regierung auf die Einstellung von drei Dresdner Hundertschaften der Sicherheitspolizei. Die hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sind indes gering gegenüber den Forderungen, die die Regierung jetzt erhebt und die darauf hinauslaufen, den bisherigen Beitrag von rund ¾ Millionen Mark durch einen Beitrag von rund 28 Millionen Mark zu ersetzen.

Die Wohlfahrtspolizei mußte infolge der Zunahme der Arbeiten und Einführung des Achtstundentages um 100, wegen Uebernahme des Bestellwesens um 140, bei der Eingemeindung um 63 Köpfe verstärkt werden.

Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Stadt vor allem durch die Geldentwertung und ihre Folgen erwuchsen, wurden wesentlich gesteigert durch die Umwälzungen, die die Reichsgesetzgebung

auf steuerlichem Gebiete

brachte: die Beanspruchung der Einkommenbesteuerung durch das Reich und die Einrichtung von Reichssteuerbehörden. Die trostlosen Verhältnisse, die hier herrschen, sind bekannt. Das Stadtsteueramt hat sich bemüht, wenigstens die ihm verbliebene Steuerverwaltung in Ordnung zu halten und die ihm gelassenen Steuerquellen auszuschöpfen. Eine große Anzahl kleiner Steuern ist eingeführt worden; die Hauptrolle unter den Gemeindesteuern werden — nach preußischem Muster — künftig die Grund- und die Gewerbesteuer einnehmen müssen.

Bei der geschilderten Gesamtlage stand die Finanzverwaltung der Stadt vor besonderen Schwierigkeiten. Der städtische Haushalt schloß noch im Rechnungsjahre 1919 (1. Januar

1919 bis mit 31. März 1920) bei 261 Millionen Mark Einnahmen und 247 Millionen Mark Ausgaben mit 14 Millionen Mark Ueberschuß, der Schulhaushalt mit 3 100 000 M. Ueberschuß ab. Aber das vorläufige Rechnungsergebnis für 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) weist — außer dem Verlust der Straßenbahn an 19 Millionen Mark — einen Fehlbetrag von 20 400 000 M. auf, dem sich die Schule mit 3 800 000 M. Fehlbetrag anschließt. Zur Deckung des auf

84½ Millionen Mark berechneten Fehlbetrags

im Haushaltplan 1921 liegt Ihnen eine Vorlage vor, die Sie in nächster Sitzung beschäftigen wird. Der dort vorgeschlagene Zuschlag von 200 v. H. auf die Gewerbesteuer, der trotz der Reichszusage wegen der Beamtengehälter zur Schaffung des Gleichgewichts nötig ist, kann nur einmal erhoben werden. Für die Zukunft müssen wir unbedingt Anspruch auf höhere Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer erheben, wenn wir unsre Gemeindefinanzen in Ordnung halten wollen.

Das Vermögen der Stadt wuchs noch im Rechnungsjahre 1919 von 55,7 auf 65,7 Millionen, dasjenige der Schule von 11,5 auf 15 Millionen Mark.

Um Ersparnisse zu erzielen, hat die Stadtverwaltung mehrfache Wege beschritten. Sie hat zur Durchforschung der Kanzleien wie der technischen Betriebe nach Vereinfachungsmöglichkeiten einen Kanzleirevisor und drei technische Revisoren — letztere im Nebenamte — bestellt; beider Arbeit hat gewisse Früchte gezeitigt. Weiter ist die gesamte Verwaltung im Wege der Dezentralisation vereinfacht worden. Die Gründung neuer Beamtenstellen geschieht nur noch in Fällen zwingendster Notwendigkeit. Die Geschäftsstellen sollen durch eine besondere Kommission auf die Möglichkeit untersucht werden, vorhandene Stellen einzuziehen.

Die Hauptfragen in jeder Verwaltung sind die Personalfragen. Deshalb gebührt auch bei dem Streben nach Sparen dem Personalamte eine besondere Rolle. Im übrigen hat dieses Amt in den letzten drei Jahren wohl die umfangreichste und schwierigste Arbeit zu leisten gehabt. Die fortgesetzten Verhandlungen über Besoldungsordnung und Tarifverträge mit Angestellten und Arbeitern sind Ihnen bekannt. Die Stadt beschäftigte Ende 1919 6868 Beamte und 1138 Angestellte; sie beschäftigt jetzt 7538 Beamte und 600 Angestellte; darunter an Kanzleihilfsangestellten am 1. Januar 1920 1675, heute rund 950.

Der Besoldungsaufwand

beläuft sich jetzt auf jährlich rund 220 Millionen Mark. Die Zahl der Arbeiter betrug am 15. Oktober 1920 noch 6300 (einschließlich 500 Notstandsarbeiter), am 1. Oktober 1921 dagegen 5850 (einschließlich 125 aus den Vororten), nach Entlassung von 200 Arbeitern der Straßenbahn mit Abkehrgeld.

Die Finanzlage mußte begreiflicherweise auch bei den Kulturaufgaben ihre Wirkung ausüben. Immerhin war eine Reihe von bedeutsamen Fortschritten möglich.

Das Schulamt

baute 1919 auf die Neustädter höhere Mädchenschule eine dreistufige Studienanstalt auf, gestaltete die Schülerinnenabteilung der städtischen Gewerbeschule in eine Mädchen-Gewerbe- und -Handelsschule aus und richtete 1920 die pflichtmäßige Mädchenfortbildungsschule ein. Es übernahm eine Anzahl gewerblicher Fach- und Fortbildungsschulen von den Innungen sowie die Ehrlichsche Gewerbeschule. Vor allem führte es durch Beseitigung der Bürgerschulen und Aufnahme der katholischen Schulen die allgemeine Volksschule durch und verfügt heute, nach der Eingemeindung, über 78 Volksschulen. In der 46. Volksschule wurde die Versuchsschule eingerichtet. Zur Förderung Begabter, für Freistellen an der Landesschule in Dresden-Neustadt, für Kindergärten, Jugendpflege und die Schulpflegerinnenvereinigung, für eine Lichtbildzentrale und eine Vorbildersammlung zur Geschmacksbildung, für Erweiterung des Schularztwesens, für die 1921 errichtete Schulzahnklinik und zur Wiederherstellung der Schulbrausebäder, endlich zur Beschaffung unentgeltlicher Schulschreibhefte wurden Mittel bereitgestellt, ebenso für die Beschäftigung stellenloser Kandidaten des höheren Schulamts. Die Abnahme der Schulkinderzahl wird Ostern 1922 erstmalig dazu führen, daß 3500 Kinder weniger in die Schule eintreten, was eine Minderung der Klassenzahl um 120 gestattet. Die Volksschulklassen sind durchschnittlich mit 36 Kindern besetzt.

In Arbeit sind weitere Pläne: Aufbau einer Oberrealschule auf die Realschule Seevorstadt und Ausbau der Gewerbeschule zur technischen Mittelschule, Errichtung einer Hilfsschule in Striesen und Verlegung der Altstädter und Löbtauer Hilfsschule; Einrichtungen für den Werk- und Arbeitsunterricht der Volksschüler und zur körperlichen Ausbildung dieser und der Fortbildungsschüler.

Zur Körperpflege der Jugend wie der Erwachsenen wurde dem Schulamt eine Geschäftsstelle für Leibesübungen angegliedert, die namentlich für Sport- und Spielplätze sorgt.

Zur Förderung der Gesundheitspflege wurden die städtischen Bäder, insbesondere die Volksbäder, wieder instand gesetzt und durch Uebernahme zweier bisheriger Privatbäder in Neustadt und Cotta, die vor der Gefahr der Schließung standen, vermehrt.

Die städtischen Sammlungen wurden neuorganisiert und in zwei Teile unter je einem Leiter geteilt: eine stadtgeschichtliche und eine Kunstabteilung.

Der Uebergang der früheren Hoftheater auf den Staat führte zu der Forderung eines städtischen Zuschusses, dem sich die Stadt nicht entziehen konnte.

Zur Förderung des Musiklebens haben wir das bewährte Philharmonische Orchester mit ansehnlichen Zuschüssen unterstützt.

Zur Wiederaufnahme und besseren Organisation des Ausstellungswesens wurde ein städtisches Ausstellungsamt errichtet. Das Hauptwerk wird die Veranstaltung einer jährlichen auf Qualitätsarbeit gerichteten Dresdner Jahresschau sein, deren erste im Jahre 1922 uns die Vereinigung des Besten auf dem Gebiete des Glases, des Porzellans und der sonstigen Keramik bieten wird.

Gleichzeitig ist es uns in Gemeinschaft mit der Regierung gelungen, drei bedeutsame technische Institute für Dresden zu gewinnen: ein Forschungsinstitut für Textilindustrie, das Deutsche Forschungsinstitut für Lederindustrie und die Werkstelle für Farbkunde.

Endlich haben wir eifrig mitgearbeitet an einem Werke, das dem ganzen Volke und seiner Gesundheit im besonderem Maße dienen soll: dem Ausbau und der Unterbringung des Deutschen Hygienemuseums, dem wir hoffen, einen einfachen, aber würdigen Bau in unserer Stadt helfen zu erstellen.

Der

Ausblick in die Zukunft

darf sich, nachdem ich bereits zahlreicher Einzelheiten gedacht habe, auf wenige große Richtlinien beschränken.

Die Eigenart Dresdens besteht darin, eine hervorragende Stätte wissenschaftlicher und künstlerischer Kultur und landschaftlicher Schönheit zu sein. Diese Eigenart zu erhalten, ist unsre erste Aufgabe. Ihr dient auch die Pflege des Fremdenverkehrs, an dessen Förderung uns die bestehende Raumnot nicht hindern darf.

Kulturzwecke lassen sich ohne wirtschaftliche Grundlage nicht erfüllen. Es gilt deshalb, unsre wirtschaftliche Basis, insbesondere für Handel und Industrie, zu verbreitern und namentlich unsre Lage an der Elbe, nahe dem Niederlausitzer Braunkohlenbecken und in der Nachbarschaft eines tatendurstigen Staatswesens an unsrer Südgrenze anders als bisher auszunutzen. Durch die Umgestaltung der außenpolitischen Verhältnisse ist Dresden das deutsche Ausfallor zur Tschecho-Slowakei und den anschließenden Ländern geworden; es ist der Brückenkopf zu der Brücke, die nach Prag und von dort nicht nur über die Kleine Entente nach Belgrad, sondern neuerdings auch über den Vertrag von Lana nach Wien führt. Dem heißt es, durch aktive Politik Rechnung tragen. Gleichzeitig scheint es, als ob die Schwierigkeiten, denen die deutsche Industrie im Westen, in Oberschlesien und vielleicht noch an andern Stellen begegnet, einen Zufluß nach hier Mittelelbe erzeugen wollten. Auch hierauf ist es nötig, sich einzurichten. Auf Einzelheiten einzugehen, ist hier weder Zeit noch Ort. Heute heißt es nur das Ziel aufstecken, das Ziel für eine großzügige Wirtschaftspolitik, deren Verfolgung in erster Linie dem neuen Verkehrsamt obliegen wird, die sich aber freilich nur mit Erfolg vertreten lassen wird, wenn nicht allein die Stadtvertretung, sondern vor allem der Unternehmungsgeist aller schaffenden Kräfte, besonders von Handel, Industrie und Finanzwelt, mit aller Kraft lebendig mitzuarbeiten bereit sind. Lassen Sie uns hoffen, daß die große Aufgabe ihre Männer finden wird.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Ende. Gewaltige Arbeit liegt hinter uns, gewaltigere liegt vor uns. Aber mit ernstem Willen und mit unermüdlichem Pflichteifer für das uns anvertraute Gemeinwesen werden wir auch die weitere Arbeitslast bewältigen. In dieser Hoffnung begrüße ich Sie an der Schwelle des neuen Jahres, begrüße ich Sie — trotz den auf uns lastenden Sorgen und trotz den unser Volk bedrohenden Wolken — mit einem herzlichen Glückauf zu gemeinsamer Arbeit!

•

Stadtverordnetensitzung

vom 5. Januar 1921.

Die Einweisung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten trug in früheren Jahren ein stark äußerliches Gepräge: Frack — weiße Halsbinde — Amtskette. Die Sozialdemokraten kehrten sich jedoch nicht an diese Vorschriften. Heute vollzieht sich dieser Akt in schlichteren Formen aber nicht weniger würdevoll.

Das gestern abend zusammengetretene neugewählte Kollegium weicht in seiner Parteigliederung nicht allzuviel von dem am 29. Dezember verabschiedeten ab. Stärker als früher sind die Frauen vertreten, darunter einige namhafte Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Die Unabhängigen wurden weiter nach rechts „verschoben"; ihre bisherigen Plätze werden jetzt von den Kommunisten gedrückt.

Der Oberbürgermeister gab in seiner Einweisungsrede nochmals einen Rückblick über die in den letzten drei Jahren geleisteten Arbeiten, um dann die Aufgaben der Zukunft kurz anzudeuten. Schon die kleine „Kammwanderung" zeigt den Eingeweihten, welche Schwierigkeiten noch zu überwinden sein werden, um unser Gemeinwesen, insbesondere in seinen sozialen und kulturellen Einrichtungen, an der Spitze der übrigen Großstädte zu halten.

Der Wahl des ersten Vorstehers sah man mit einer gewissen Spannung entgegen, nachdem im letzten Augenblick etwas von Erklärungen der bürgerlichen Parteien durch den Saal schwirrte. Die Deutsche Volkspartei begann mit einer solchen, doch der Inhalt stand mit ihrer Länge in keinem Vergleich. Man wolle dem parlamentarischen Brauch, nach dem die stärkste Fraktion Anspruch auf diesen Posten habe, entsprechen, obwohl in Leipzig die Mehrheitssozialdemokraten einen Unabhängigen und nicht den Kandidaten der Einheitsliste gewählt hätten. Die Deutschnationalen schlossen sich dieser Erklärung an, während die Demokraten den Anspruch unsrer Genossen als den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechend unterstützten. Darauf wurde der bisherige Vorsteher Genosse Kühn einstimmig wiedergewählt, während die beiden Vizevorsteher Holst und Kohlmann auf die Stimmen der vier Kommunisten verzichten mußten. Diese lassen anscheinend außer acht, daß sie selbst ohne die Stimmen der übrigen, also auch der bürgerlichen Parteien, bei Besetzung einzelner Posten überhaupt nicht zur Geltung kommen würden. Die Wahlen der Schriftführer und der Ausschüsse vollzogen sich glatt und einstimmig. Zum ersten Male wird eine Frau als Ausschußvorsitzende den Hammer schwingen, und zwar die deutschnationale Stadtverordnete Weißwange im Prüfungsausschuß. Vor wenig Jahren noch hätten die Rechtsparteien ein solches Beginnen als sozialistischen Irrwahn bezeichnet. Sicher werden in Zukunft die Geschäfte im Prüfungsausschuß nicht weniger korrekt geführt werden als bisher.

•

Die Vorsteherwahlen in Dresden.

Kühn (Soz.) Vorsteher, Holst (D. Vp.) 1. Vizevorsteher, Kohlmann (Dnat. Vp.) 2. Vizevorsteher.

Die erste Sitzung des neugewählten Kollegiums zeigte ein festliches Gepräge. Die Herren waren meist in „schwarz", die Damen in entsprechendem Festkleid erschienen. Das Ratskollegium hatte sich fast vollzählig versammelt. Nachdem sich der Saal allmählich gefüllt hatte, eröffnete der Oberbürgermeister die Sitzung mit einer längeren Rede, in der er — sein altes Steckenpferd — für eine Politik der Mitte eintrat und dann einen kommunalpolitischen Rück- und Ausblick gab. Die Rede, die wir an andrer Stelle ausführlich wiedergeben, wurde stillschweigend angehört. Am Schluß gab es einzelne Bravorufe.

Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes und der fünf Hauptausschüsse geschritten, über die sich die Fraktionen schon vorher verständigt hatten, so daß sämtliche Wahlen glatt und durch Zuruf vor sich gingen.

Unter Leitung des Oberbürgermeisters erfolgte zunächst

die Wahl des Vorstehers.

Vor Eintritt in die Wahlhandlung gab

Stadtv. Tonner (D. Vp.) eine Erklärung ab. Als stärkste Fraktion erhebe die Sozialdemokratie Anspruch auf den Vorsteherposten. Nach parlamentarischem Brauch sei dieser Anspruch anzuerkennen. In Leipzig hätte allerdings die Sozialdemokratie gegen diesen Brauch verstoßen, indem sie bei der Vorsteherwahl nicht für den Kandidaten der stärksten Fraktion, sondern für den einer ihr nahestehenden Partei gestimmt habe. Wenn die Deutsche Volkspartei sich trotzdem an den Brauch halte, so geschähe dies in der Erwartung, daß künftig von allen Seiten diesem Brauche Rechnung getragen werde. Man solle sich aber der Tatsache bewußt bleiben, daß Bürgerliche und Sozialisten im Kollegium zwar gleich stark vertreten seien, daß sich aber die Mehrheit der Bevölkerung für die nichtsozialistischen Parteien entschieden habe.

Stadtv. Kohlmann (Dnat. Vp.) schloß sich dieser Erklärung vollinhaltlich an.

Stadtv. Eichler (Dem.) erklärte, für seine Freunde liege kein Anlaß vor, von der parlamentarischen Gepflogenheit abzuweichen. Sie würden für Kühn eintreten und hofften, daß es seinem Einfluß wie bisher gelingen werde, den parlamentarischen Gebräuchen in allen Fraktionen Geltung zu verschaffen.

Auf Antrag des Stadtv. Schmidt wurde die Wahl durch Zuruf vorgenommen.

Genosse Kühn wurde einstimmig zum Vorsteher wiedergewählt.

Genosse Kühn dankte für das ihm durch die Wahl entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, bestrebt zu sein, es nach allen Richtungen hin zu rechtfertigen.

Oberbürgermeister Bülher beglückwünschte Kühn zur einstimmigen Wahl und gab dabei der Hoffnung eines gedeihlichen Zusammenarbeitens zwischen Rat und Stadtverordneten Ausdruck.

Genosse Kühn übernahm darauf den Vorsitz und wiederholte seine im Nov-ember abgegebene Versicherung, strengste Sachlichkeit und strengstes Recht nach allen Seiten walten zu lassen. Er werde die Geschäfte so führen, daß die Arbeit des Kollegiums eine positive und wirksame sei, und bitte dabei um die Mitarbeit und Unterstützung aller. Die Ausführungen des Oberbürgermeisters ließen erkennen, welche Arbeitsfülle hinter uns liege und vor uns liege. Die Verantwortung werde von Jahr zu Jahr größer. Die Aussichten gäben zu den allerernstesten Besorgnissen Veranlassung. Deshalb müßten alle Kräfte zusammengefaßt werden zu einer gesunden und ersprießlichen Weiterentwicklung unsres Gemeinwesens. In diesem Sinne möge man die Arbeit beginnen.

Die Wahl des ersten und des zweiten Vizevorstehers erfolgte ebenfalls durch Zuruf. Gewählt wurden der Volksparteiler Holst und der Deutschnationale Kohlmann gegen die vier Stimmen der Kommunisten.

Damit hatte sich das Kollegium konstituiert.

Beschlossen wurde die Erhöhung der Zahl der Schriftführer auf fünf (bisher vier) und die der Mitglieder der ordentlichen Ausschüsse auf je 16 (bisher 15).

Hierauf wurden zu Schriftführern gewählt gemäß den Vorschlägen: Fischer I (Soz.), Clajus (Dem.), Bösenberg (D. Vp.), Elsner (Soz.) und Zincke (U. Soz.).

Im Anschluß daran wurden die fünf Hauptausschüsse gewählt. Auch hier wurden die Vorschläge glatt akzeptiert. Die einzelnen Ausschüsse haben zu Vorsitzenden gewählt: Rechtsausschuß: Oertel (Beamtenvertreter); Finanzausschuß: Holst (D. Vp.); Verwaltungsausschuß: Hein (Soz.); Prüfungsausschuß: Frau Weißwange (Dnat. Vp.); Wahlausschuß: Schnabel (Soz.).

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Freier Turn- und Sportverein Dresden-A. 8. Abteilung: Friedrichstadt. Sonnabend den 7. Januar, 7 Uhr, Jahreshauptversammlung in der Schäferhütter, Schäferstraße 44. Tagesordnung: Wahlen usw. Alle Mitglieder haben die Pflicht, anwesend zu sein. — 3. Abteilung: Raffballspiel. Sonntag den 8. Januar, 10½ Uhr: Friedrichstadt 1 — Striesen 1 in Striesen (Serienspiel); 9½ Uhr: Friedrichstadt 2 — Pieschen 2 im Ostragehege (Gesellschaftsspiel). — 2. Abteilung: Plauen. Sonnabend den 7. Januar, 7 Uhr, Vierteljahresversammlung in Schurigs Restaurant, Plauen, Hofmühlenstraße (Kleines Volkshaus). — 1. Abteilung: Innere Altstadt. Freitag den 6. Januar Abteilungsvorturnerstunde im Vitzthumschen Gymnasium. Beginn 7 Uhr. — Dienstag den 10. Januar, 8½ Uhr, Jahreshauptversammlung im Gasthaus zur Eiche, Große Plauensche Straße 34. Erscheinen ist Pflicht.

Hosterwitz. Freie Turner Hosterwitz. Sonnabend den 7. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof Hosterwitz 1. ordentliche Generalversammlung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Turngenossen und -genossinnen pünktlich zu erscheinen.

Turnverein Pesterwitz. Sonntag, 8. Januar, nachm. 3 Uhr, Generalversammlung im Gasthof. Tagesordnung sehr wichtig.

Freie Kunstturnervereinigung Dresden — FKD. Unter diesen drei Buchstaben werden in Zukunft die Bekanntmachungen der Kunstturnervereinigung erfolgen. Die letzte Zusammenkunft am 29. Dezember erfreute sich eines recht guten Besuchs, woraus zu schließen ist, daß man dieser Vereinigung ein lebhaftes Interesse entgegenbringt. In der sich anschließenden Sitzung wurde die Kleidungsfrage geregelt und folgendermaßen beschlossen: Kurze, schwarze Hose, schwarze Strümpfe und ebensolche Schuhe, weißes Trikothemd mit langen Aermeln. Die nächste Uebungsstunde findet Mittwoch den 18. Januar, abends 7 Uhr, in der Schulturnhalle Herbertstraße, Dresden-Löbtau, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Turnen der Pflichtübungen für den Städteweitkampf Berlin—Leipzig—Dresden. 2. Eine Kürübung an den vier Hauptgeräten: Reck, Barren, Pferd und Ringe. Die Uebungen werden gewertet! Die Kampfrichter Berig, Imhof, Kurt und Zeiler wollen deshalb erscheinen. — Zur Nachahmung empfohlen!! Der Turnverein Nähnitz entsendet seine guten Turner zu den Uebungsstunden und gewährt ihnen das Fahrgeld! M. B.

Dresden-Löbtau. Wegen Reinigung der Turnhalle fällt die Turnstunde am 6. Januar aus. Sonnabend den 7. Januar, 6 Uhr Weihnachtsfeier der Kinderabteilungen im Gasthof Wölfnitz.

Freie Turner, Klotzsche. Sonnabend den 7. Januar, 7 Uhr, Generalversammlung in der Alberthöhe. Auf vielseitigen Wunsch ist am 22. Januar nochmals die Kinder-Weihnachtsaufführung in der Alberthöhe. Beginn nachmittags 4 Uhr.

Turnverein Welschhufe. Sonntag den 8. Januar, 1½ Uhr, Generalversammlung in der Turnhalle.

Turnverein Nippien. Sonntag den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr, Hauptversammlung im Vereinslokal.

Turnverein Vorwärts, Loschwitz. Sonntag den 8. Januar im Restaurant Kamerun, pünktlich nachmittags 2½ Uhr, Jahresversammlung. Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen. Abends 7 Uhr: Geselliges Beisammensein.

Heidegruppe. Turnverein Hermsdorf. Sonnabend den 7. Januar, 7½ Uhr, in Schöneris Gasthof Generalversammlung.

Turnverein Birkigt. Freitag den 20. Januar Generalversammlung. Anfang 7 Uhr. Turnstunde fällt aus.

Frauenturnen. Montag den 9. Januar, abends, wichtige Sitzung des Turnerinnenausschusses. Gruppenturnerinnen, Turnwarte und Vertreterinnen haben vollzählig zu erscheinen. Beginn 7½ Uhr im Volkshaus.

Fußball. Generalversammlungen haben Sonnabend den 7. Januar folgende Fußballabteilungen: Potschappel, 5½ Uhr, Frohe Schicht; Neustadt, 5 Uhr, bei Wendler; D. S. V., 8 Uhr, Restaurant Flora. Alle Mitglieder pünktlich erscheinen — Potschappel. Heute Freitag, 6½ Uhr, in der Frohen Schicht Weihnachtsfeier. Jeder möglichst ein Geschenk im Werte von mindestens 5 M. mitbringen. Eltern und Geschwister herzlichst willkommen.

Fußballwerter der 2. Gruppe. Mittwoch den 11. Jan. in der Frohen Schicht Versammlung. Bis spätestens 7. Jan. Jahresprogramm an Genossen Mauksch einsenden.

Touristenverein Die Naturfreunde, Ortsgruppe Dresden. Alle Wintersportler treffen sich heute abend 6 Uhr am Waldschlößchen zum Uebungsfahren mit Ski in der Dresdner Heide. Wer nicht Ski fährt, Rodelschlitten mitbringen!

Touristenverein Die Naturfreunde. Veranstaltungen am 8. Januar. Bannewitz. Jahreshauptversammlung, 3 Uhr, beim Genossen Gäbler. — Briesnitz-Cossebaude. Nachmittagswanderung nach der Heidenschanze. Führer: E. Kind. — Dresden. Tagestour nach Rathen, Polenztal, Fringberg usw., 6.10 Uhr nach Rathen. Führer: Kuntze, steigt in Pirna zu. — Durch die Heide nach Großerkmannsdorf. Abmarsch 1.30 Uhr Mordgrundbrücke, Linie 11. Führer: Roßberg. Jugendabteilung. Tagestour: Hockstein, Gauzig. Stellen 5.30 Uhr, nicht 6.30 Uhr, Hauptbahnhof. — Nachmittags: Boisenwald. Abmarsch 1.30 Uhr, Bienertmühle. — Loschwitz. Generalversammlung, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. — Lößnitzortschaften. Tagestour: Gasteigebiet. Abfahrt 4.59 Uhr bis Rathen. Führer: Hein. — Kaden-Oelsa. Wanderung nach dem Wilisch, 1 Uhr, Sängerheim. Führer: Döring. — Pirna. Copitz. Halbtagswanderung nach dem Lilienstein. Abfahrt 1.24 Uhr nach Rathen. Führer: Köckritz. — Heidenau. 9. ordentliche Hauptversammlung.

Verein für volkstümlichen Wassersport, Abteilung Striesen. Das Zentralbad, Wittenberger Straße 38, wird am 7. Januar wieder eröffnet. Es stehen den Striesener Sportgenossen und -genossinnen folgende Badeabende zur Verfügung: Montags, von 6 bis 7 Uhr für Knaben, von 7 bis 8 Uhr für Mädchen, von 8 bis 9 Uhr für Damen, Dienstags von 8½ bis 10 Uhr für Herren. Sportgenossen, sorgt für guten Badebesuch. — Montag den 9. Januar nach dem Baden Vorstandssitzung im Löschergarten.

Schwimmverein Pfeil, Freital-Potschappel. Sonntag den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der Frohen Schicht Generalversammlung. Jedes Mitglied hat zu erscheinen, beim Nichterscheinen zieht es die Konsequenzen selbst.

Kraftsportverein Hellenia. Der Retourwettkampf Hellenia gegen die Athletikvereinigung Radeberg findet Sonntag den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant Balzer, Jahnstraße 8 statt.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Coßmannsdorf u. Umg. Sonnabend den 14. Januar bringende Monatsversammlung, Lindengarten Coßmannsdorf. Sonntag den 15. Januar Weihnachtsfeier im Restaurant Eiskeller, Hainsberg.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Johannstadt. Sonntag den 8. Januar

Gruppen-Weihnachtsfeier

im Jugendheim Bönischplatz, Restaurant Barnert, Eingang Ostsenstraße. Gäste willkommen. Eintritt 50 Pf.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220106/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG